



25. Sitzung

Mittwoch, 8. Februar 2012

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg

Inhalt:

Gedenkworte zum Tode von Chantal	1889	Dennis Gladiator CDU Finn-Ole Ritter FDP Dora Heyenn DIE LINKE Dietrich Wersich CDU Carl-Edgar Jarchow FDP	1899 1900 1901, 1904 1903 1904
Mitteilungen der Präsidentin Abwicklung und Änderung der Tagesordnung	1889	Fraktion der FDP: Rechnungshof hat Recht: SPD versagt in der Haushaltspolitik	
Aktuelle Stunde	1889	(Fortführung am 09.02.2012)	
Fraktion der GAL: Kinder in staatlicher Obhut – Missstände aufklären und Verantwortung übernehmen! mit		Fraktion DIE LINKE: Neue Mitte Altona: BürgerInnen- beteiligung ernst nehmen und Verfahren neu aufstellen! (Fortführung am 09.02.2012)	
Fraktion der SPD: Der Tod von Chantal: Konsequente Aufklärung und ehrliche Ursachenanalyse und Konsequenzen Jens Kerstan GAL Dr. Andreas Dressel SPD Christoph de Vries CDU Katja Suding FDP Mehmet Yildiz DIE LINKE Detlef Scheele, Senator Christiane Blömeke GAL Dr. Melanie Leonhard SPD	1889, 1902 1891, 1903 1892 1893 1894 1895 1897 1898	Fraktion der CDU: Ex-Sicherheitsverwahrte: Unter- bringung in Jenfeld sofort beenden! (Fortführung am 09.02.2012)	
		Senatsmitteilung: Dekadenstrategie Sport – Drs 20/2948 – dazu	1905

Antrag der GAL-Fraktion:		Verkehrskonzept zur internationalen Gartenschau 2013	
Sanierungsfonds Hamburg 2020: Sanierung der Sportstätten vorantreiben		– Drs 20/3152 –	1929
– Drs 20/3141 –	1905	Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	1929
Juliane Timmermann SPD	1905	Heike Sudmann DIE LINKE	1930, 1934
Frank Schira CDU	1906	Metin Hakverdi SPD	1930
Christiane Blömeke GAL	1907, 1913	Klaus-Peter Hesse CDU	1932
Martina Kaesbach FDP	1908	Dr. Till Steffen GAL	1934
Mehmet Yildiz DIE LINKE	1910		
Michael Neumann, Senator	1911	Beschlüsse	1935
Beschlüsse	1913	Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:	
Große Anfrage der CDU-Fraktion:		Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung – können die Sozialen Medien eine neue Rolle zwischen Senat und Bevölkerung bedeuten?	
Umsetzung des Masterplans Industrie		– Drs 20/2262 –	1935
– Drs 20/2452 (Neufassung) –	1913	Kersten Artus DIE LINKE	1935, 1941
Hjalmar Stemmann CDU	1913, 1922	Hansjörg Schmidt SPD	1937
Jan Balcke SPD	1915	Andreas C. Wankum CDU	1938
Dr. Anjes Tjarks GAL	1917	Farid Müller GAL	1939
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	1918	Katja Suding FDP	1940
Kersten Artus DIE LINKE	1920		
Frank Horch, Senator	1921		
Kenntnisnahme	1922	Beschluss und Kenntnisnahme	1942
Antrag der GAL-Fraktion:		Interfraktioneller Antrag:	
Quartiere und bürgerschaftliches Engagement stärken – Quartierszentren stadtweit aufbauen!		St. Petersburg – Hamburgs Partnerstadt muss Menschenrechte achten	
– Drs 20/3013 –	1923	– Drs 20/3017 –	1942
Olaf Duge GAL	1923, 1928	Philipp-Sebastian Kühn SPD	1943
Anne Krischok SPD	1924	Roland Heintze CDU	1943
Jörg Hamann CDU	1926	Katharina Fegebank GAL	1944
Dr. Kurt Duwe FDP	1926	Martina Kaesbach FDP	1945
Dora Heyenn DIE LINKE	1927	Kersten Artus DIE LINKE	1945
Beschlüsse	1929	Beschluss	1946
Antrag der FDP-Fraktion:		Bericht des Innenausschusses zum Thema:	
Verkehrskonzept zur internationalen Gartenschau 2013		Gewalttätige Ausschreitung am Rande des Schweinske-Cups 2012 (Selbstbefassungsangelegenheit)	
– Drs 20/2988 –	1929	– Drs 20/3019 –	1946
dazu			
Antrag der SPD-Fraktion:		Kenntnisnahme	1946

Beginn: 15.03 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren!

Am 16. Januar verstarb die elfjährige Chantal – vermutlich an einer Überdosis Methadon. Wir, die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft, nehmen Anteil am Schicksal des Mädchens und sind tief betroffen. Chantal war in staatlicher Obhut, untergebracht in einer Pflegefamilie und doch alleingelassen. Wir müssen erkennen, dass unsere Stadt offenkundig noch immer nicht in der Lage ist, alle ihr anvertrauten Kinder wirksam zu schützen. Fassungslos fragen wir, weshalb Chantal in eine Familie mit drogensüchtigen, substituierten Eltern gegeben wurde, in der mehrere Familienmitglieder wegen Drogendelikten straffällig geworden sind, Kampfhunde gehalten werden, dafür aber die Kinder keine eigenen Betten haben, und warum das Kind trotz aller kritischer Hinweise von draußen dort bleiben musste.

Wir können nicht verstehen, weshalb ein Jugendamt unter den Augen eines Amtsvormunds nicht nur gegen geltende Regeln verstößt, sondern warum die Zustände in der Familie offenbar auch noch als hinnehmbar betrachtet wurden. Behörden, Freie Träger und das gesamte System haben erneut versagt, und deshalb muss auch zu Recht die Frage nach Verantwortung gestellt werden. Chantal ist das fünfte Kind, das in den vergangenen Jahren so gestorben ist, und es ist schon wieder in Wilhelmsburg passiert, dort, wo auch Lara Mia lebte, die 2009 umkam. Möglicherweise war auch die Aufarbeitung des Falls der kleinen Lara Mia nicht gründlich genug; das wissen wir jetzt.

Umso stärker sind wir Abgeordneten nun gefordert. Ich kann allen Hamburgerinnen und Hamburgern versichern, dass wir alles in unserer Macht stehende tun werden, damit die Missstände, die zum Tod von Chantal geführt haben, lückenlos aufgeklärt werden. Strukturelle Defizite und persönliches Fehlverhalten müssen benannt werden. Möglicherweise werden wir dann Anstrengungen und Hilfe aus der ganzen Stadt benötigen, um in Wilhelmsburg und mit den Verantwortlichen in Wilhelmsburg zu zeigen, dass Hamburg Jugendhilfe bewältigen und den Kindern helfen kann. Es muss nicht sein, dass wir über Jahre immer wieder Schreckensberichte aus denselben ASD-Regionen hören und lesen müssen.

Meine Damen und Herren! In der Aktuellen Stunde werden wir gleich ausführlich über das Schicksal der kleinen Chantal debattieren. Ich bitte Sie, bei aller notwendigen Klarheit und Deutlichkeit den Respekt vor dem toten Mädchen und vor den vielen, die in unserer Stadt täglich hervorragende Arbeit zum Wohle unserer Kinder leisten und richtige Entscheidungen treffen, zu wahren. Das befreit uns aber nicht von der Verpflichtung, alles daran

zu setzen, die Schwachstellen des Systems beim Schutz unserer Kinder aufzudecken, mit klaren Worten zu benennen und Konsequenzen zu ziehen.

Meine Damen und Herren! Bevor wir nun in die heutige Tagesordnung eintreten, möchte ich zuvor noch Geburtstagsglückwünsche an unsere Kollegin Hildegard Jürgens richten. Liebe Hildegard, im Namen des ganzen Hauses alles Gute zum Geburtstag und die besten Wünsche für das neue Lebensjahr.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats sind die Fraktionen übereingekommen, die Debatten zu den Tagesordnungspunkten 50 und 5 sowie 57 und 58 zu tauschen. Die ursprünglich für morgen vorgesehenen Debatten zu TOP 5 und TOP 58 finden heute als fünfte und sechste Debatte statt. Die ursprünglich für heute geplanten Debatten zu TOP 50 und 57 werden dann morgen als Debattenpunkte 4 und 7 aufgerufen.

Nun kommen wir zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Kinder in staatlicher Obhut – Missstände aufklären und Verantwortung übernehmen!

von der FDP-Fraktion

Rechnungshof hat recht: SPD versagt in der Haushaltspolitik

von der Fraktion DIE LINKE

Neue Mitte Altona: Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung ernst nehmen und Verfahren neu aufstellen!

von der SPD-Fraktion

Der Tod von Chantal: Konsequente Aufklärung und ehrliche Ursachenanalyse und Konsequenzen

und von der CDU-Fraktion

Ex-Sicherheitsverwahrte: Unterbringung in Jenfeld sofort beenden!

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste und vierte Thema gemeinsam debattieren zu wollen. Herr Kerstan wünscht das Wort und er bekommt es.

Jens Kerstan GAL:* Meine Damen, meine Herren, Frau Präsidentin! Ich möchte mich bei Ihnen für Ih-

(Jens Kerstan)

re Worte bedanken, in denen Sie unsere Anteilnahme, unsere Betroffenheit und auch die Bestürzung ausgedrückt haben, die uns alle, nicht nur in der Bürgerschaft, sondern in ganz Hamburg, ergriffen hat angesichts des tragischen Todes von Chantal. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es zu der bestürzenden Realität in unserer Stadt gehört, dass Kinder vernachlässigt werden. Und zu dieser bestürzenden Realität gehört auch, dass Chantal unter den Augen der staatlichen Stellen gestorben ist, die für sie verantwortlich waren.

Angesichts dieser Umstände, die es auch nicht zum ersten Mal gegeben hat, ist es notwendig, dass wir nicht nur unserer Bestürzung Ausdruck verleihen, dass unsere Reaktionen sich nicht nur darauf beschränken, sondern dass wir jetzt eine ehrliche und umfassende Ursachenanalyse betreiben. Wir müssen uns die Frage stellen, was wir in Zukunft tun können, um wirksam sicherzustellen, damit Kinder in dieser Stadt nicht mehr zu Schaden und ums Leben kommen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dabei geht es natürlich auch darum, das ganze System auf den Prüfstand zu stellen. Die Verfahrensweisen, die Strukturen und eingeübten Verfahren, all das müssen wir gründlich analysieren. Bei dieser Analyse stehen wir mit Sicherheit erst am Anfang und nicht am Ende. Aber wenn wir diese ehrliche Ursachenanalyse betreiben wollen, so, wie es die SPD auch angemeldet hat, dann gehört dazu, persönliche Verantwortlichkeiten und Fehler zu benennen, wenn Ehrlichkeit nicht nur eine Worthülse sein soll.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Neben den Strukturen ist in diesem Fall eines ganz deutlich geworden: Es gibt ganz konkrete Verantwortlichkeiten, ganz konkrete Unterlassungen und auch ganz konkretes Versagen. Nach allem, was wir wissen – und wir wissen mittlerweile sehr viel –, handelt es sich um ein eklatantes und persönliches Versagen und auch ein zurechenbares Versagen des Bezirksamtsleiters Markus Schreiber im Bezirk Hamburg-Mitte.

Wenn man sich diesen Fall genau ansieht, dann muss man eines feststellen: Herr Schreiber hat selbst berichtet, dass er schon vor knapp drei Jahren bei einem ähnlich gelagerten Fall, dem tragischen Tod von Lara Mia, zu der Schlussfolgerung gekommen ist, dass die zuständige Jugendamtsleiterin inkompetent ist und dass er sie versetzen wollte. Und was ist seitdem passiert, seit er vor drei Jahren zu dieser Erkenntnis kam? Gar nichts. Nachdem er damit gescheitert war, die Jugendamtsleiterin in die Sozialbehörde abzuschieben, hat er zweieinhalb Jahre nichts getan. Er hat sie weder in seinem eigenen Amtsbereich versetzt, noch hat er sie besonders beaufsichtigt oder ihr die Zuständigkeit für den ASD entzogen. Er wus-

ste, dass etwas getan werden musste, und er hat jahrelang nicht gehandelt. Was beschreibt deutlicher das ganz persönliche Versagen eines Vorgesetzten in seinem Führungsbereich?

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Wenn politische, aber auch persönliche Verantwortung in dieser Stadt überhaupt noch irgendeine Bedeutung haben soll, dann muss Herr Schreiber jetzt abgelöst werden.

Meine Damen und Herren! Es ist unehrlich, wenn man jetzt sagt – einige in diesem Hause tun das zum wiederholten Male –, es müssten noch Untersuchungen geben, bevor man diese Konsequenzen zieht. Wir wissen in diesem Fall Schreiber genug, um Konsequenzen zu ziehen. Ich glaube auch nicht, dass es in der SPD viele gibt, die wirklich glauben, dass Herr Schreiber noch länger in seinem Amt tragbar ist. Dass er bisher noch nicht abgelöst wurde, hat einen anderen Grund, einen Grund, der in der besonderen Art und Weise liegt, wie im Bezirk Hamburg-Mitte die politische Verantwortung für den Jugendhilfebereich organisiert ist.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Richtig!)

Es gibt dort einen Bundestagsabgeordneten, der gleichzeitig Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses ist, was ungewöhnlich ist, und zwar seit 18 Jahren.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Genau!)

Und in diesen 18 Jahren hat Herr Kahrs ein System aufgebaut, bei dem es bei der Verteilung der Mittel im Jugendhilfebereich und den damit verbundenen Posten um Begünstigungen und Abhängigkeiten geht. Er hat den Jugendhilfeausschuss in Hamburg-Mitte in ein Instrument verwandelt, das seine persönliche Machtbasis in Hamburg-Mitte sichert und organisiert.

(Beifall bei der GAL, der CDU, der FDP und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Kerstan, einen Schlusssatz bitte.

Jens Kerstan GAL (fortfahrend): Wann, wenn nicht jetzt, ist die Zeit, dieses System zu durchbrechen? Das Bezirksamt Hamburg-Mitte ist im Verantwortungsbereich des Senats und des Präsidenten des Senats. Der Senat ist dafür zuständig, geordnete Verhältnisse sicherzustellen. Herr Bürgermeister, wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich heute dieser Verantwortung stellen und uns jetzt sagen, was Sie tun werden, um diese unhaltbaren Zustände in Hamburg-Mitte zu beenden.

(Beifall bei der GAL, der CDU, der FDP und vereinzelt bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der tragische Tod von Chantal bewegt uns alle. Er bewegt die ganze Stadt, er macht auch mich persönlich als Vater von zwei Kindern fassungslos und traurig. Ich danke deshalb der Präsidentin, dass sie eingangs die richtigen Worte gefunden hat, mahnend, fordernd und überparteilich. Bei dieser Tonlage sollten wir in der Debatte bleiben, nur so werden wir diesem schrecklichen Fall gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten nicht den Fehler machen, zum üblichen politischen Schlagabtausch und zu parteitaktischen Attacken überzugehen. Es muss jetzt darum gehen, die Aufklärung und die Aufarbeitung voranzutreiben und dann die Konsequenzen zu ziehen. Dabei müssen wir das Kindeswohl in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin dem Bürgermeister sehr dankbar, dass er heute klargestellt hat, dass sein Senat bei der Aufarbeitung auf nichts und niemanden falsche Rücksicht nehmen wird. Dabei hat er unsere volle Rückendeckung als SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen dafür sorgen, dass ein Systemversagen, das neben vielen gleichermaßen unerträglichen und unverständlichen Fehlern bei vielen Beteiligten dazu geführt hat, dass Chantals Tod nicht verhindert wurde, abgestellt wird. Da sind wir als Parlament in der Verantwortung. Hier geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit, denn eines ist sicher: Die Veränderungen nach den letzten tragischen Todesfällen haben nicht gereicht, um Chantal zu retten. Deshalb müssen wir noch nachhaltiger daran arbeiten, durch Veränderungen in den Strukturen und im System, bei den Mitarbeitern und der EDV, bei der Arbeitsebene in den Aufsichtsinstanzen und im gesamten Bereich. Wir müssen mit aller Konsequenz handeln, das kann auch unangenehm werden. Aber wir werden das tun, weil es unsere Schuldigkeit gegenüber den Kindern dieser Stadt ist.

(Beifall bei der SPD)

Schon jetzt ist eines dabei erkennbar: Es ist kein Ressourcenproblem gewesen. Es waren fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Familie zuständig, und trotzdem wurde falsch beurteilt und falsch entschieden. Deshalb muss es auch darum gehen, dass bei der Wahrnehmung des staatlichen Wächteramts gegenüber Familien in der Praxis überall der Leitsatz gilt: Vertrauen ist gut, aber Kontrolle und Aufsicht müssen sein, das Kindeswohl steht über allem.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen für Systeme und Rahmenbedingungen sorgen, in denen einzelne Fehlbeurteilungen nicht solche fatalen Folgen haben. Es muss Kontroll- und Aufsichtsmechanismen geben, die möglichst immun sind gegenüber Betriebsblindheit. Es muss ausgeschlossen werden, dass eine sogenannte milieunahe Unterbringung zulässt, dass ein Kind von einer Kindeswohlgefährdung in die nächste wechselt. Und wir müssen sicherstellen, dass Hinweise aus der Nachbarschaft nicht ungeprüft als Mobbing abgetan werden. Wir müssen es schaffen, dass es nicht mehr Mitarbeiter gibt, die meinen, dass ein dem Staat anvertrautes Kind kein eigenes Bett haben müsse. Das sind Fehleinschätzungen, die nicht mehr passieren dürfen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der Senat hat – Senator Scheele wird das gleich noch ausführen – schnell und konsequent erste Schritte eingeleitet und auch weitreichende Konsequenzen angekündigt. Er hat eine unabhängige Untersuchung gemeinsam mit der Innenrevision der Finanzbehörde veranlasst, da es in der Tat nicht angehen kann, dass die Sachbearbeiter, die den Fall auf dem Schreibtisch hatten, dann noch diejenigen sind, die die Aufklärung betreiben. Dies muss unabhängig passieren, und es passiert jetzt auch. Der Senat hat Sofortmaßnahmen ergriffen, was die Auswahl und Kontrolle von Pflegefamilien angeht, die auf breite Zustimmung im Fachausschuss gestoßen sind.

Aber darüber hinaus ist für mich klar, dass es über alle Einzelmaßnahmen hinaus einer dauerhaften, landesweiten Aufsichtsinstanz für die Jugendhilfe bedarf, notfalls auch mit Interventionsrechten im Einzelfall. Ohne einen grundlegenden Kurswechsel in der Jugendhilfe wird es nicht gehen.

(Beifall bei der SPD)

Senator Scheele hat auch zugesagt, die weitere Aufarbeitung in enger Rückkopplung mit dem Familienausschuss zu betreiben, denn wir wollen weiter gemeinsam an der Aufarbeitung arbeiten, ohne Parteipolemik, aber mit viel Sachverstand.

Aber wir sind auch darüber hinaus gefordert, alle miteinander. Die "Bild"-Zeitung hat neulich sehr provokant gefragt, was gewesen wäre, wenn es nicht um Chantal aus Wilhelmsburg, sondern um Charlotte aus Wellingsbüttel gegangen wäre. So überspitzt das sein mag, es wirft doch die Frage auf von sozialen Spaltungstendenzen in unserer Stadt, und dem müssen wir uns als Bürgerschaft entgegenstellen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sind wir alle in der Pflicht, neben dem Einsatz für den Kinderschutz auch dafür zu sorgen, dass wir beim Thema Betreuung und Bildung gera-

(Dr. Andreas Dressel)

de in den Stadtteilen, in denen Kinder vernachlässigt sind, in denen es Elternhäuser gibt, die sich nicht so kümmern können, alles dafür tun, dass Bildungs- und Chancengerechtigkeit, Betreuung und Förderung genau den Platz haben, den sie brauchen. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Pastor Aurich hat gestern bei der Trauerfeier für Chantal die richtigen Worte gefunden. Wir alle müssen noch viel aufmerksamer werden, wenn es um das Wohl unserer Kinder geht, auf allen Ebenen und in allen Bereichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr de Vries.

Christoph de Vries CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Tod Chantals bewegt seit drei Wochen die ganze Stadt. Die Menschen sind berührt, weil ein junges Mädchen durch einen Unglücksfall, der niemals hätte passieren dürfen, sein Leben verlor. Was für ein Martyrium muss eigentlich dieses Mädchen durchlitten haben, das aus seiner Familie genommen wurde, um dann in eine Pflegefamilie von Junkies zu gehen? Die Anteilnahme der Hamburger daran ist inzwischen Wut und Fassungslosigkeit gewichen angesichts der schier endlosen Kette von Fehlern und Versäumnissen, die zwischenzeitlich bekannt geworden sind.

Zum dritten Mal nach Morsal und nach Lara Mia ist im Bezirk Hamburg-Mitte ein Mädchen in staatlicher Obhut zu Tode gekommen. Diese Häufung ist aber kein Zufall, sie ist das Ergebnis langjähriger Missstände im Bezirksamt Hamburg-Mitte.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Carl-Edgar Jarchow* FDP)

Ich sage das nach zehn Jahren Zugehörigkeit zur Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, in denen wir immer wieder Vorstöße unternommen haben, aber alle zurückgewiesen wurden, auch nach dem Fall Lara Mia. Es gab nie ein Interesse an Aufklärung und Konsequenzen, immer ging es darum, Schreiber und Co. nicht zu beschädigen und die Karrieren ungehindert fortsetzen zu lassen. Markus Schreiber trägt hierfür als Bezirksamtsleiter ohne Wenn und Aber die politische Verantwortung. Er nimmt nach dem Bezirksverwaltungsgesetz die Aufgaben des Bezirksamts wahr und ist für deren Aufgaben auch verantwortlich.

Meine Damen und Herren! Glaubt irgendjemand im Saal wirklich ernsthaft, dass Markus Schreiber und die SPD-Mitte ein aufrichtiges Interesse an einer schonungslosen Aufklärung dieses Falls haben? Die CDU-Fraktion und die Menschen in Hamburg

glauben dies nicht mehr. Ich will das auch gern begründen.

Markus Schreiber hat die Akte Chantals erst neun Tage nach dem Tod überhaupt angefordert, als er längst Getriebener der Öffentlichkeit war. Der Träger hat einen Tag gebraucht, um diese Akte zu überreichen. Als ihm das Wasser schon bis zum Hals stand, hat er kläglich versucht, seine Verantwortung auf den amtierenden Sozialsenator und auch auf seinen Vorgänger abzuwälzen. Eine Bürgerin hat mir dieser Tage dazu eine Mail geschrieben. Sie sagte, dass die Ausflüchte von Herrn Schreiber eine Schande seien. Im Namen der CDU-Fraktion kann ich dazu wirklich nur sagen: Recht hat sie.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Der Gipfel der politischen Verantwortungslosigkeit aber ist, dass Herr Schreiber seine Jugendamtsleiterin, obwohl er sie nach eigener Aussage für unfähig hielt, drei weitere Jahre nach dem Tod Lara Mias im Amt beließ. Warum hat er Frau Wolters nicht bereits nach dem Tod von Lara Mia versetzt? Warum ließ er noch ein weiteres Kind sterben, um sie erst dann von ihren Aufgaben zu entbinden? Herr Schreiber hat seine Amtspflichten aufs Größte verletzt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Die Konsequenz daraus ist, dass der Rücktritt von Markus Schreiber überfällig ist. Sein Versagen wird seit 14 Tagen medial Tag für Tag dokumentiert. Um dies festzustellen, brauchen wir das Ergebnis der Ermittlungen auch nicht mehr abzuwarten.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels* FDP und *Dora Heyenn* DIE LINKE)

Herr Schäfer, Sie haben in der Debatte über den roten Filz vor zwei Wochen an gleicher Stelle gesagt, dass die Posten in Hamburg nur nach Eignung vergeben würden. Ich frage die SPD, welche Eignung Herr Bezirksamtsleiter Schreiber denn aus Ihrer Sicht noch hat? Frau Schroeder-Piller in Wandsbek und Herr Meinberg in Harburg sind durch die SPD-Fraktion vor Ort aufgrund von Lappalien abgewählt worden. Meinen Sie, dass nach den Maßstäben, die dort angelegt worden sind, Herr Schreiber auch nur einen weiteren Tag im Amt bleiben dürfte? Zwei Drittel der Leser des "Hamburger Abendblatts" meinen das nicht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist keine Frage, dass wir auch strukturelle Probleme lösen müssen und Verfahren ändern. Wir werden darauf noch zu sprechen kommen. Aber solange Herr Schreiber im Amt bleibt und das System Kahrs weiterhin in Hamburg-Mitte Bestand hat, wird sich hieran überhaupt nichts ändern.

(Christoph de Vries)

Die "Hamburger Morgenpost" hat das Jugendamt Hamburg-Mitte dieser Tage – es ist nicht meine Wortwahl – als "Saustall" bezeichnet. Sie können für einen Saustall Hygienemaßnahmen beschließen oder auch eine Belüftung ausbauen, aber um in einen Saustall wirklich richtige Ordnung zu bekommen,

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist abartig, was Sie da sagen!)

müssen Sie den Saustall erst einmal richtig ausmisten. Genau das ist es jetzt auch, was im Bezirksamt Hamburg-Mitte passieren muss.

Ich sage Ihnen auch warum. Scheinbar haben politische Maßstäbe, die in der gesamten Republik gelten, in der SPD-Mitte keinen Bestand. Das beziehe ich im Übrigen nicht auf den anderen Teil der SPD in diesem Hause. Im System Kahrs gibt es einen Korpsgeist, der bedingungslose Loyalität in den Vordergrund stellt und jedwede kritische Distanz zum eigenen Handeln vermissen lässt.

Natürlich sind weder Sie, Herr Bürgermeister Scholz, noch Sozialsenator Scheele für den Tod von Chantal verantwortlich. Irgendetwas anderes an dieser Stelle zu behaupten wäre unredlich. Aber wenn Markus Schreiber selbst nicht die Kraft und nicht den Anstand aufbringen kann, zurückzutreten, dann sind Sie als oberster Dienstherr in Hamburg in der Pflicht, Herrn Schreiber zum Wohle und zum Schutz der Kinder seines Amtes zu entheben, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr de Vries, einen kurzen Schlusssatz bitte.

Christoph de Vries CDU (fortfahrend): Sie haben gesagt, wer bei Ihnen Führung bestelle, der bekäme sie auch. Wir fordern nach dem Tod Chantals Ihre Führung ein. Setzen Sie Ihr gesamtes politisches Gewicht als Bürgermeister, aber auch als Vorsitzender der SPD-Mitte für einen personellen Neuanfang an der Spitze des Bezirksamts Hamburg-Mitte ein. Es wäre ein Schritt zum Wohle Hamburgs. – Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Frau Suding, Sie haben das Wort.

Katja Suding FDP: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin, auch ich möchte Ihnen für Ihre Worte zu Beginn der Sitzung danken.

Unser Grundgesetz konstituiert in Artikel 2 Absatz 2 das Recht auf Leben und körperliche Unver-

sehrtheit. Und Artikel 6 des Grundgesetzes präzisiert in den Absätzen 2 und 3:

"Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen."

Meine Damen und Herren! Deutlicher kann die Intention des Verfassungsgebers wohl nicht dokumentiert werden. Kinder sind höchstes Verfassungsgut.

(Beifall bei der FDP und bei Jörg Hamann und Christoph de Vries, beide CDU)

Nur wenn ihr Wohlergehen in Gefahr ist, darf der Staat auf Gesetzesgrundlage eingreifen. Dass der Staat, wenn er denn zum Wohle des Kindes eingreift, im Zuge dessen so versagt, dass er selbst zur Bedrohung für Leib und Leben des Kindes wird, über diese entsetzliche Möglichkeit haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes 1948/1949 noch nicht nachgedacht, wohl auch nicht nachdenken wollen oder müssen.

Meine Damen und Herren! Mehr als 60 Jahre später müssen wir uns in Hamburg aber furchtbarer Weise eingestehen, dass fast ein halbes Dutzend Mal das Udenkbare in unserer Stadt allein in den letzten acht Jahren schreckliche Realität geworden ist, nämlich dass Kinder und Jugendliche, die der Obhut staatlicher Ämter unterstanden, zu Tode gekommen sind.

Michelle 2004, Jessica 2005, Morsal 2008, Lara Mia 2009 und jetzt Chantal. Diese entsetzliche Bilanz lässt keinen anderen Schluss zu als einen: Das System der Jugendhilfe versagt immer wieder ganz grundsätzlich. Deshalb müssen wir es ganz grundsätzlich infrage stellen und nicht nur nach der politischen und dienstlichen Verantwortung des Bezirksamtsleiters fragen. Da sind massive und so schwere Fehler gemacht worden, dass für die FDP-Fraktion klar ist, dass es personelle Konsequenzen geben muss. Wir müssen uns aber vor allem den Fragen nach fehlerhaften Prozessen, nicht wahrgenommener Kontrolle und ausgebliebener Fürsorge stellen.

Meine Damen und Herren! Ich will hier nicht verhehlen, dass es uns Liberalen und mir persönlich besonders schwerfällt, angesichts der tragischen Ereignisse sofort zur politischen Fehlersuche aufzubrechen. Gleichwohl stehen wir alle weiter in der Verantwortung für das Wohl von rund 1400 Pflegekindern in dieser Stadt, gleichwohl gab es alleine im letzten Jahr über 28 000 Meldungen zum Ver-

(Katja Suding)

dacht auf Kindeswohlgefährdung und gleichwohl sollen über 500 Kinder in Hamburg in Familien mit drogenabhängigen Eltern beziehungsweise Erziehungsberechtigten leben. Deshalb brauchen wir so rasch wie möglich eine grundlegende Analyse der Problematik.

(Beifall bei der FDP)

Diese hat sich nach unserer Auffassung im Wesentlichen auf drei Kernpunkte zu beziehen.

Erstens: Nach welchen Kriterien werden Kinder in Pflegefamilien vergeben? Das bisherige Kriterium einer milieunahen Vergabe hat sich offensichtlich nicht bewährt und gehört mindestens überprüft, wenn nicht neu definiert.

Zweitens: Welcher tatsächlichen Kontrolle unterliegen die Träger staatlicher Jugendhilfe? Wir Liberalen wollen hier nicht generell die Arbeit der sozial häufig hoch engagierten Menschen in Verbänden und Vereinen unter Verdacht stellen, die sich in der Jugendhilfe engagieren. Dennoch lassen die Ereignisse der letzten Jahre bis zum Tod von Chantal vor gut drei Wochen nur den Schluss zu, dass die Kontrollmechanismen mindestens in diesen tragischen Fällen überhaupt nicht funktioniert haben, und das verlangt nach grundsätzlichen Neuüberlegungen, die die gesamte Struktur der Jugendhilfe betreffen.

Drittens: Wir müssen uns fragen, ob wir angesichts des furchtbaren Versagens wirklich genug für unsere Jugendämter tun. Wir sind überhaupt keine Freunde von wachsender staatlicher Bürokratie, das wissen Sie, doch lässt schon der Auftrag des Grundgesetzes keinen Zweifel daran, dass hier ein absoluter Kernbereich staatlicher Verantwortung zur Diskussion steht. Wir fordern deshalb den Sozialsenator auf, fachliche Qualität und personelle Quantität der Besetzung in den Jugendämtern zu untersuchen und Missstände umgehend abzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Robert Heinemann CDU*)

Präsidentin Carola Veit: Herr Yildiz, Sie haben das Wort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Frau Präsidentin, ich möchte mich vorab für Ihre Worte bedanken.

Meine Damen und Herren! Das traurige Schicksal von Chantal hat uns alle berührt, aber es hat uns auch vor Augen geführt, dass wir im gesamten Jugendhilfesystem erhebliche Schwierigkeiten haben. Ich möchte auf die Fehler eingehen.

Erstens: Ob die Pflegefamilie von Chantal geeignet war, haben nicht der ASD oder das FIT, sondern der private Träger VSE überprüft.

Zweitens: Fünf Mitarbeiter haben angeblich – da habe ich auch Zweifel – Chantal zu Hause besucht, aber nicht bemerkt, dass die Lebensumstände vor Ort für die Pflegekinder nicht geeignet sind.

Drittens: Für vier Kinder standen zwei Betten zur Verfügung. Zusätzlich waren drei Hunde und zwei Erwachsene in der Wohnung untergebracht.

Viertens: Chantals Hilferufen und Beschwerden der Nachbarn über den Lärm des anderen Adoptivkindes wurde nicht ernsthaft nachgegangen.

Fünftens: Die Berichtsführung war nach Angabe der Jugendamtsleitung ungenügend, trotzdem hat man nichts unternommen. Ähnliche Fehler haben wir auch im Fall Lara Mia erlebt.

Unter Herrn Schreibers Verantwortung starben in den letzten Jahren drei Kinder im Bezirk Hamburg-Mitte. Unter Schreiber und Kahrs wurde das Jugendhilfesystem in Hamburg-Mitte zu einem Gefahrengebiet für Kinder und Jugendliche. Auch das katastrophale Krisenmanagement des Herrn Schreiber ist unter aller Sau. Das alles ist mehr als fahrlässig, Schreiber muss umgehend zurücktreten, um einen Neubeginn möglich zu machen. Das Traurige ist, dass der Bürgermeister hier nur wegschaut.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Haben Sie schon Zeitung gelesen?)

Ist das Ihr Verständnis, Herr Bürgermeister, von ordentlichem Regieren? Sie wollten Hamburg zur familien- und kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands machen, stattdessen schauen Sie nur zu, wie Kinder und Jugendliche unter unerträglichen Bedingungen leben müssen. Ich möchte auf einige strukturelle Probleme, auch im Jugendhilfesystem, eingehen.

Erstens ist der ASD völlig überlastet. Hier hat es eine hohe Fluktuation bei den Mitarbeitern gegeben. Hilfreich wäre es, die betreuten Fallzahlen pro Mitarbeiter beim ASD einmal zu überdenken. Bei der Expertenanhörung hat Herr Professor Schrapper mit dem Beispiel NRW deutlich gemacht, dass die Fälle in Hamburg zu hoch sind; man müsste über eine Fallzahl zwischen 30 und 35 nachdenken. Es ist ein riesiger Markt für private Träger entstanden. Alleine in Hamburg-Mitte sind 250 freie Träger auf dem Markt. Hier wird deutlich, dass die Privatisierung der Jugendhilfe mit dazu geführt hat, dass die Konkurrenz unter den Trägern gestiegen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bereich der Pflegefamilien ist insgesamt unterfinanziert. Die Pflegefamilien müssen ordentlich unterstützt werden. Und welche Konsequenz zieht der Senat in diesem Fall? Er will von den Pflegefamilien ein Führungszeugnis und ein Gesundheitszeugnis sowie einen Drogentest für jedes Haus-

(Mehmet Yildiz)

haltsmitglied ab dem 14. Lebensjahr. Diese Maßnahmen kommen bei Teilen der Bevölkerung vielleicht gut an. Wenn das Jugendamt konkret im Fall Chantal selbst geprüft hätte und die Prüfung nicht den freien Trägern überlassen hätte oder Hinweisen nachgegangen wäre, dann würde Chantal heute vielleicht noch leben. Zum Tode eines Kindes kann auch ein herumliegendes Herzmedikament des Opas führen. Die diskutierten Maßnahmen lenken vielmehr von den realen Problemen der Hamburgerinnen und Hamburger ab.

Meine Damen und Herren! Strukturelle Probleme der Jugendhilfe müssen im Fokus bleiben. Es wäre überlegenswert, ob man nicht eine Enquetekommission einsetzt, um fraktionsübergreifend gemeinsam zu einer Verbesserung zu kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Expertenanhörung letzte Woche machte nochmals deutlich, dass der gesamte Jugendhilfebereich unter die Lupe genommen werden muss. Sonst dürfen wir uns nicht wundern, wenn in ferner Zukunft noch mehr Kinder sterben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Abgeordneter, bitte behalten Sie bei weiteren Wortbeiträgen den parlamentarischen Sprachgebrauch im Auge. – Jetzt bekommt das Wort Herr Senator Scheele.

Senator Detlef Scheele: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe im Vorwege darum gebeten, einige Minuten länger reden zu dürfen, damit der Senat hier einmal darstellen kann, was in den letzten drei Wochen passiert ist und welche Schlüsse wir daraus ziehen. Ich bitte um Verständnis, werde das aber auch nicht überstrapazieren.

Am Abend des 16. Januar ist in Hamburg ein Kind gestorben. Das hat mich als Vater von drei Kindern, Bürger und Senator erschüttert, denn die elfjährige Chantal starb in der Obhut einer Pflegefamilie an einer Methadonvergiftung. Ihre Pflegeeltern waren substituiert und drogenabhängig und boten eben genau das nicht, was das Mädchen suchte: Schutz und Sicherheit und eine liebevolle Umgebung. Wir wissen, dass die räumlichen Gegebenheiten unzureichend waren, dass für die vier Kinder keine eigenen Betten vorhanden waren, dass Kampfhunde in der Wohnung lebten und dass der Pflegevater über ein beachtliches Register an aktenkundigen und schweren Vorstrafen verfügte. Überdies gab es mehrfach Hinweise an das Jugendamt Wilhelmsburg, aus denen hätte deutlich werden müssen, dass hier dringendes Eingreifen seitens des Staates notwendig gewesen wäre. Die sogenannte milieunahe Unterbringung war nicht Chance, sondern Falle, denn das Milieu war zwar nah, aber schädlich. Insofern haben wir

es hier in mehrfacher Hinsicht mit einem Skandal in der Jugendhilfe zu tun.

Zunächst versagten Personen – das wird man nie ganz ausschließen können – im Jugendamt und bei dem beauftragten freien Träger, weil sie zu dramatischen Fehlbeurteilungen kamen, und dann versagte das System im Jugendamt, weil es ganz offensichtlich über keine Sicherungs- und Warnvorkehrungen verfügte, die dann greifen, wenn Personen Fehler machen. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD)

Das muss sich nachhaltig ändern, denn der Staat trägt die abschließende Verantwortung für Kinder, deren Eltern die Erziehung ihrer Kinder abgenommen worden ist. Nicht der freie Träger trägt die Verantwortung, das tut der Staat. Deshalb hat der Senat zunächst umgehend gehandelt. Die Ermessensspielräume bei der Beurteilung von Straftaten, die in Führungszeugnissen vermerkt sind, sind bis auf Weiteres abgeschafft, es gibt sie nicht mehr. Im Zweifel wird für die Sicherheit des Kindes gegen die Pflegefamilie entschieden. Im Übrigen teile ich die inzwischen häufig geäußerten Zweifel an der Aussage von Führungszeugnissen. Wir brauchen mehr Transparenz in die Vergangenheit hinein. Ab sofort müssen alle Pflegeeltern und alle im gleichen Haushalt lebenden Personen ab 14 Jahren ein Gesundheitszeugnis mit Drogentest vorlegen. Wäre das geschehen, hätte Chantal nicht sterben müssen.

Außerdem habe ich verfügt, dass alle Akten von Pflegefamilien überprüft werden, ob sich darin Hinweise auf Kriminalität oder Drogensucht finden lassen. Die Bezirke machen das derzeit mit Hochdruck, am kommenden Mittwoch soll die Aktenprüfung abgeschlossen sein und wir werden darüber informieren.

Die Bezirksaufsicht der Finanzbehörde hat die Innenrevision beauftragt, die Vorgänge um den Tod von Chantal lückenlos aufzuklären. Die Innenrevision ist ein externer Dritter mit allen Durchgriffsbefugnissen und deutlich wirksamer als ein richtiger Externer, weil der nicht auf Personal durchgreifen kann. Der Allgemeine Soziale Dienst in Wilhelmsburg ist die geprüfte Instanz; er wirkt nur als Auskunftsperson mit, nicht jedoch als Aufklärer in eigener Sache. Außerdem habe ich gestern mit Herrn Senator Tschentscher den Auftrag der Innenrevision erweitert. Es wird im Jugendamt Wilhelmsburg eine gesonderte Organisationsuntersuchung stattfinden, die die Ordnungsmäßigkeit der Arbeit dort genauestens prüft.

(Beifall bei der SPD)

Meine Behörde habe ich angewiesen, die bestehenden Regelungen für das Pflegeelternwesen zu überarbeiten. Die Arbeitshilfen sowohl für die Auswahl als auch für die Begleitung von Pflegeeltern werden überarbeitet und durch eine verbindliche

(Senator Detlef Scheele)

Fachanweisung ersetzt. Die Begleitung der Pflegefamilien muss in den Blick genommen werden. Hier erreichen uns auch aus Anlass dieses Falles sehr ernste Beschwerden von Pflegefamilien, die Hilfe gebraucht und möglicherweise nicht bekommen haben. Ich bitte bei der derzeitigen Diskussion nicht zu vergessen, dass in Pflegefamilien hervorragende Arbeit geleistet wird. Wir setzen, genauso wie der Vorgängersenaat es getan hat, auf Pflegefamilien, denn unter den Aspekten Kindeswohl und Wirksamkeit der Hilfe gebührt den Pflegefamilien Vorrang vor stationärer Heimunterbringung.

Was muss nun in die Zukunft gerichtet passieren? Erlauben Sie mir eine grundsätzliche Vorbemerkung. Jugendhilfepolitik und die Steuerung der Jugendhilfepolitik ändert man nicht im Wochenrhythmus. Ich habe daher an die Reformbemühungen des Vorgängersenaats zu Beginn dieser Legislaturperiode angeknüpft, denn die Grundrichtung der bisher eingeleiteten Schritte ist richtig und sie bedarf der Fortführung. Das betrifft die Neuausrichtung und Stärkung des Allgemeinen Sozialen Dienstes, die Erarbeitung der Fachanweisung und des dazugehörigen Anlagenbandes mit konkreten Prozessbeschreibungen, und das betrifft auch die EDV-Unterstützung unter workflow-orientierten Gesichtspunkten. Das will ich hier ausdrücklich sagen und betonen.

In den vergangenen Jahren wurden die Allgemeinen Sozialen Dienste in den Bezirken ausgebaut und gestärkt. Allein von 2006 bis 2011 wurden knapp 70 neue Stellen geschaffen und der ASD ist in allen Bezirksämtern als Schonbereich von der Personalkonsolidierung ausgenommen. Darüber hinaus können 25 Prozent der Mittel für sozialräumliche Angebote ebenfalls in Personal investiert werden. Wir haben zum 1. Januar 2012 die Vergütung von E 9 nach E 10 angehoben, um die schon mehrfach beklagte Fluktuation, die zu Qualitätsverlusten führt, zu begrenzen. Darüber hinaus sind zwischen 2005 und 2011 die Ausgaben für Hilfen zur Erziehung um mehr als 100 Millionen Euro gestiegen. Ressourcen sind offensichtlich in ausreichendem Umfang vorhanden, das ist nicht das vorderste Problem. Wir haben ein Problem bei der Qualität und der Wirksamkeit von Hilfen, und die erkennbar bereits jetzt fehlerhaften Abläufe sind Ausdruck von teilweise eklatantem Führungsversagen in der Jugendhilfe.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Diese Diagnose wird untermauert, weil wir wissen, dass die Qualitäten der Arbeit in den Allgemeinen Sozialen Diensten in Hamburg ganz unterschiedlich sind. Mit der Fachanweisung 2009 und den dazugehörigen Hinweisen liegen umfangreiche Regelungen für die Aufgabenwahrnehmung vor. Diese müssen aber von den Führungskräften für alle Mitarbeiter handhabbar gemacht werden. Einige All-

gemeine Soziale Dienste nutzen diese fachlichen Instrumente geradezu vorbildlich und engagierte Führungskräfte nutzen die Impulse der Neuausrichtung und entwickeln innovative Konzepte für die Arbeit. In anderen Abteilungen sind wir noch lange nicht so weit, das hat uns der tragische Tod von Chantal gezeigt.

Deshalb muss das System gestärkt und standardisiert werden, denn das System und seine verbindlichen Regeln und Abläufe muss eine Risikoversorge vor persönlichen Fehlentscheidungen bilden. Üblicherweise erreicht man diese Risikoversorge durch ein Qualitätsmanagementsystem, das einmal zertifiziert und dann jährlich auditiert wird. Das ist der Standard, auch in Einrichtungen mit sozialpolitischem Auftrag, und ein solches System wird einheitlich in allen Jugendämtern Hamburgs jetzt eingeführt.

(Beifall bei der SPD)

Typische Qualitätsmanagementfragen sind zum Beispiel, wie sich die Führungskraft davon überzeugt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach den etablierten Prozessen und Vorschriften arbeiten. Das ist in diesem Fall nämlich nicht geschehen. Ist das richtige Besprechungssystem durch die Führungskräfte eingerichtet? Wird Kundenanliegen und Beschwerden nachgegangen? Sind die Prozesse der Zusammenarbeit mit externen und internen Stellen so organisiert, dass sie jeder richtig durchführt? Ein Qualitätsmanagementsystem, das einmal eingerichtet ist, schafft für alle Beteiligten Entlastung und bietet Sicherheit und Klarheit. Außerdem, das gehört dazu, brauchen wir ein Risikomanagementsystem, das besonders gefährdete Fälle nach einheitlichen Kriterien bewertet und sichtbar macht. Das System muss sicherstellen, dass in diesen als besonders bedrohlich geltenden Fällen die Mitarbeiter mit besonderer Sorgfalt und höherer Dichte kontrollieren, und der Staat muss in solchen Fällen dichter dran sein als freie Träger.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich von kontrollieren spreche, dann meine ich kontrollieren. Ich meine damit, unangemeldet hinzugehen, das Kind zu sehen und den Maßstab einer ordentlichen Familie anzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Dann möchte ich ein kontinuierliches Revisionsystem einführen, das verhindert, dass ähnliche Sichtweisen sich immer wieder selbst bestätigen. Deshalb wird es in Hamburg eine Jugendhilfeinspektion geben, die unabhängig und mit ähnlichen Rechten wie der Rechnungshof ausgestattet ohne Vorankündigung Akten und Prozesse prüfen kann.

(Beifall bei der SPD)

Der immerwährend mögliche externe Blick muss etablierte Routinen, die das möglich machen, was

(Senator Detlef Scheele)

passiert ist, erschüttern. Über all diese Punkte habe ich gestern mit den Bezirksamtsleitern Einvernehmen erzielt, denn die Jugendhilfe in Hamburg ist eine bezirkliche Aufgabe. Die Spitzen der Häuser haben gestern in einem persönlichen Gespräch zugesagt, diese Schlussfolgerungen umzusetzen und damit ihrer Führungsverantwortung, die man braucht, um solche Managementsysteme einzuführen, auch gerecht zu werden.

(Olaf Ohlsen CDU: Auch in Mitte!)

Sie tragen die abschließende Verantwortung für die Einführung und Pflege dieser Systeme, denn das ist kein von der Fachbehörde aufoktrozierter Prozess. Wir sehen alle gemeinsam die Notwendigkeit der deutlichen Verbesserung und des externen Blicks. Zur Umsetzung wird es eine Steuerungsgruppe unter Leitung meines Staatsrates geben, in der alle sieben Bezirksamtsleiter über die Fortschritte der Umsetzung in ihrem Verantwortungsbereich berichten und zusammenarbeiten. In diese Steuerungsgruppe werden wir auch externen Sachverstand einbeziehen. Audits und Inspektionen haben in der deutschen Jugendhilfe keine Tradition. Sie gehören in anderen Ländern, beispielsweise in Großbritannien, zum Standard, und ich möchte sie auch in Hamburg zum Standard machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mir sicher, mit meinen Vorschlägen nicht nur Lob, sondern auch ein gutes Maß an Skepsis zu bekommen, aber den Kritikern möchte ich sagen, dass sich die Jugendhilfe bei der eigenen fachlichen Weiterentwicklung nicht durch ritualisiert vorgetragene Einwände im Weg stehen sollte.

Auf die Tagesordnung der Politik gehören aber noch zwei weitere Punkte, die ich zum Abschluss kurz ansprechen möchte. Ich bin mit meiner Kollegin Prüfer-Storcks einig, dass die substituierenden Ärzte in der Suchthilfe enger und systematischer mit der Jugendhilfe kooperieren müssen, und das dürfen sie auch nach dem neuen Bundeskinder-schutzgesetz. In Hamburg sollen künftig alle substituierenden Ärzte an die Jugendhilfe melden, wenn Kinder im Haushalt ihrer Patienten leben. Die Verhandlung über einen Rahmen für dieses Vorgehen hat die Gesundheitsbehörde mit der Kassenärztlichen Vereinigung und der Ärztekammer aufgenommen, damit wir möglichst schnell zu Potte kommen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens kommt es darauf an, die Rolle, die Aufgabe und die Kontrolle der freien Träger sowie deren innere Qualitätssicherung zu bewerten. Ich erwarte, dass nach einer kurzen Übergangszeit alle von der Stadt Hamburg beauftragten in der Jugendhilfe tätigen Träger ihre Qualitätssicherung ebenso zertifizieren lassen, wie das künftig die Jugendämter

tun werden, und auch regelmäßig auditieren lassen. Da kann man keine Abstriche zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Das werden neben einer kontinuierlichen gemeinsamen Falleinsicht, die nicht getrennt davon laufen darf, zunächst die Minimalanforderungen sein. Zusammengefasst arbeiten wir an folgenden Punkten: Aufklärung über die Innenrevision der Bezirksaufsicht in der Finanzbehörde, Organisationsuntersuchung im Jugendamt Wilhelmsburg, Überprüfung aller Akten bis zum 15. Februar, neue Fachanweisungen zur Auswahl und Begleitung von Pflegeeltern, Festlegung und Einführung eines QM-Systems mit Zertifizierung und Auditierung nach einem einheitlichen Standard in allen Jugendämtern, Einführung eines Risikomanagementsystems und Etablierung einer Jugendhilfeinspektion.

Wenn die laufenden Untersuchungen in den nächsten Wochen ergeben, dass es neue Themen gibt, die auf die Tagesordnung müssen, die ich heute nicht kenne, dann kommen sie auf die Tagesordnung, und wir bringen sie in die Beratung des Parlaments und seiner Ausschüsse ein. Es wird nichts unter den Teppich gekehrt, und ich sichere zu, dass wir die Zwischenberichte und die Erkenntnisse, die wir haben – genauso wie ich es im Familienausschuss in der vergangenen Woche gemacht habe, zum Beispiel die Frage der Richtlinie für Pflegeeltern –, in den Ausschuss einbringen und gemeinsam erörtern und mit einem Höchstmaß an Konsens hoffentlich auf einen guten und strukturierten Weg für die Jugendhilfe kommen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vier tote Kinder in sechs Jahren, Kinder, die gestorben sind, obwohl sie unter staatlicher Aufsicht waren, das macht uns alle betroffen. Fachlich wird es in der Tat deswegen erforderlich sein, das System der Jugendhilfe auf den Prüfstand zu stellen. Die von Ihnen genannten Maßnahmen, Herr Senator Scheele, werden wir auf ihre Eignung hin überprüfen. Aber alle Maßnahmen, von denen wir heute gehört haben, können uns dennoch nicht davor bewahren, auch über die Verantwortung zu sprechen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU und der LINKEN)

Der Schutz von Kindern braucht unsere vollste Aufmerksamkeit, eine intensive Begleitung im Senat und eine hohe Priorität in den Bezirksämtern. Bezirksamtsleiter wie Markus Schreiber, die mangelnde Führungsverantwortung zeigen, den Kin-

(Christiane Blömeke)

derschutz nachrangig behandeln und Fehlentscheidungen in Serie treffen, sind hier fehl am Platz.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU und der LINKEN)

Von der Fehlentscheidung Schreibers, die Jugendamtsleitung Frau Wolters nach dem Tod des Babys Lara Mia im Amt zu belassen, haben wir hier schon gehört und auch, dass keine engmaschige Kontrolle danach erfolgte. Aber das war nur eine Fehlentscheidung von vielen. Ausgangspunkt war doch die Tatsache, dass Frau Wolters 2004 als Jugendamtsleitung von Herrn Schreiber überhaupt eingestellt wurde, und zwar nachdem sie damals von dem Bezirksamtsleiter Krupp nach dem Tod des Mädchens Michelle ihres Amtes und ihrer Leitungsfunktion im Bergedorfer Jugendamt enthoben wurde. Kurz darauf entschied der Bezirksamtsleiter Schreiber dann auch noch, seine damalige, fachlich sehr kompetente Dezernentin wegzuloben – oder auch zu versetzen – und die Stelle neu zu besetzen, und zwar mit der Ärztin Dr. Ruf, die als Medizinerin sicherlich sehr kompetent ist, aber wenig Ahnung von Jugendhilfe hat. Eine fachliche Kontrolle von Frau Wolters durch ihre eigentliche Vorgesetzte war eben nicht gegeben. Fast könnte man meinen, dass diese Besetzung von Führungspositionen im Jugendamt Hamburg-Mitte System hat, nämlich das System Kahrs, denn hinter vorgehaltener Hand erzählen die Experten der Jugendhilfe in Hamburg, dass der Vorsitzende Johannes Kahrs die Entscheidung trifft, vorbei an der Dezernentin und vorbei an der ehemaligen Jugendamtsleitung, aber unter den Augen von Bezirksamtsleiter Schreiber.

Verantwortung trägt Herr Schreiber auch für seine Entscheidung, eine Stelle im Kinderschutz seines Jugendamtes zu streichen und mit dieser Stelle stattdessen Verwaltungsaufgaben zu stärken, eine Entscheidung übrigens, die im Jugendamt auf viel Unverständnis gestoßen ist. Spätestens als Bezirksamtsleiter Schreiber am 29. August 2011 im Jugendhilfeausschuss Hamburg-Mitte auch noch verkünden lässt, dass er Verantwortungsbereiche der Jugendhilfe von Frau Wolters abzieht und sie in ein anderes Fachamt überträgt, wird doch erneut deutlich, dass er von der fachlichen Arbeit seiner leitenden Mitarbeiterin wenig hält. Erstaunlicherweise, das können Sie im Protokoll dieses Ausschusses nachlesen, hinterfragt der Ausschussvorsitzende Kahrs diesen Schritt und auch die Hintergründe nicht weiter. Vielleicht weil er das selbst mit veranlasst hat? Am Ende sieht sich Bezirksamtsleiter Schreiber durch all diese Vorgänge nicht veranlasst, engmaschig seine Führungsverantwortung wahrzunehmen und ein Auge auf das Jugendamt zu haben. Traurig, aber wahr: Stattdessen beschäftigt er sich mit dem Aufstellen von Zäunen gegen Obdachlose oder mit dem Kampf gegen die Straßenprostitution.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der LINKEN und bei *Robert Heinemann CDU*)

Seine Schwerpunkte liegen im öffentlichen Auftritt und nicht in der Führung des Bezirksamts und nicht beim Kinderschutz.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU und der LINKEN)

Das Führungsversagen, Herr Senator Scheele, liegt nicht allein in dem System Jugendhilfe, sondern es liegt beim Bezirksamtsleiter Schreiber.

Die SPD und auch der Bürgermeister Scholz können sich nach meiner Ansicht und der Ansicht meiner Fraktion nicht mehr länger hinter der fachlichen Aufklärung verstecken. Wir brauchen einen personellen Wechsel an der Spitze des Bezirksamts, denn das Vertrauen, die Jugendhilfe und den Kinderschutz kompetent zu steuern und vor allen Dingen die Systeme zu überprüfen, wie wir es wollen, möglicherweise mit all den Maßnahmen, die Sie gerade genannt haben, dieses Vertrauen hat Herr Schreiber gründlich vertan.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Frau Dr. Leonhard.

Dr. Melanie Leonhard SPD: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich möchte dies noch einmal zum Anlass nehmen, Ihnen für Ihre Worte zu danken. Sie haben ausgedrückt, was manche vor Wut und Empörung offensichtlich nicht mehr in Worte fassen können. Chantal ist tot. Besonders erschütternd für uns alle ist, dass es hier nicht um einen Fall geht, der sich hinter verschlossenen Türen und vor unser aller Augen verborgen abgespielt hat, sondern Chantal ist in staatlicher Obhut gestorben. Das Jugendamt selbst hat sie 2008 in eine Familie gegeben, die schon damals offensichtlich völlig ungeeignet war. Das allein ist nicht nachvollziehbar und hier beginnt in Wahrheit schon der Skandal, über den wir heute sprechen. Jetzt gilt es, Aufklärung zu leisten, Analysen vorzunehmen und Konsequenzen zu ziehen, und es reicht hier nicht, sich hinter einer Personaldebatte zu verstecken. Deshalb haben wir als SPD eine Selbstbefassung im Familienausschuss veranlasst, deswegen hat der Familienausschuss auch einstimmig eine Aktenvorlage auf den Weg gebracht, und es ist gut, dass die Fraktionen in dieser Frage einig sind. Die durch den Senator eingeleiteten Sofortmaßnahmen zur Überprüfung aller bestehenden Pflegeverhältnisse und die Einführung von verpflichtenden Drogentests für alle Familienmitglieder sind die ersten richtigen Schritte. Fassungslos macht uns, dass zwar aufmerksame Nachbarn, die Schule von Chantals Schwester, Einrichtungen im Stadtteil und in der Jugendhilfe

(Dr. Melanie Leonhard)

erfahrene Leute ihre Verantwortung hier wahrgenommen haben und dem Jugendamt über die offensichtlich unhaltbaren Zustände in der Familie, über die völlig unwürdige Lebenssituation von Chantal, über die Drogensucht ihrer Pflegeeltern und die Probleme der Geschwisterkinder berichtet haben, dass all diese Hinweise aber entweder gar nicht verfolgt oder als üble Nachrede abgetan wurden. Das ist eine Katastrophe.

(Beifall bei der SPD – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Die wichtigste Aufgabe ist nun – viele meiner Vorredner haben es schon gesagt –, genau zu ermitteln, wann wir es mit persönlichem und wann wir es mit Organisationsversagen im Jugendamt zu tun hatten. Der Schutz des Kindeswohls ist die Aufgabe des Jugendamtes, hieran darf es keinen Zweifel geben. Diese Verantwortung gilt auch dann, wenn Träger in seinem Auftrag tätig werden. Dahinter können wir uns nicht verstecken. Bei der Arbeit mit Familien muss im Spannungsfeld zwischen vertrauensvoller Zusammenarbeit und notwendiger Kontrolle dieser Schutzauftrag immer im Vordergrund stehen. Das war bei der Betreuung von Chantal ganz offensichtlich nicht der Fall, und das ist tragisch und macht uns wütend.

Deshalb war es richtig, dass gemeinschaftlich entschieden wurde, dass die Innenrevision unter Federführung der Finanzbehörde die Ermittlungen übernimmt, schnell und mit klaren Rechten und Kompetenzen ausgestattet. Wir erwarten, dass hier ohne Ansehen von Personen und Strukturen zügig ermittelt wird. Keine Frage darf offen bleiben, wenn es darum geht herauszufinden, warum Hinweisen auf die katastrophale Lebenssituation von Chantal nicht nachgegangen wurde.

(Beifall bei der SPD)

Dazu zählt auch die Frage nach der Rollenverteilung zwischen dem freien Träger und dem Jugendamt, das die Familie betreut hat. Es ist nicht akzeptabel, dass vermeintlich vertrauensvolle Arbeitsverhältnisse dazu geführt haben sollen, dass – wohl gemerkt – bestehende und zwingende Voraussetzungen für eine Pflegschaft im Jahr 2008 weder durch den Träger abgefragt wurden, noch deren Kontrolle vom Jugendamt eingefordert wurde. Hamburger Pflegefamilien leisten einen wesentlichen Beitrag, um Kindern und Jugendlichen ein neues Zuhause zu geben, die schon ein schweres traumatisches Erlebnis gehabt haben. Die schlimmste Intervention, die einem Kind widerfahren kann, ist in Wahrheit die staatliche Inobhutnahme. Ihre Leistung für die Jugendhilfe, die Leistung dieser vielen Familien und die Gesellschaft darf nicht in Misskredit gebracht werden durch die eklatanten Fehler, die im Fall Chantal gemacht wurden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist es richtig, dass das vorhandene Pflegeelternkonzept fortgeschrieben und weiterentwickelt wird. Hierzu gab es im Familienausschuss in der Vergangenheit Einigkeit und es ist gut, dass alle Fraktionen im jüngsten Ausschuss bekräftigt haben, zu diesem Konzept zu stehen. Das Vertrauen der Hamburger in die Fähigkeit der Jugendämter, ihr Wächteramt zum Wohle der Kinder wahrzunehmen, ist erschüttert. Die Etablierung einer von den bezirklichen Jugendämtern unabhängigen Stelle, also eines Inspektionswesens für die Jugendhilfe, ist unseres Erachtens das richtige Instrument, damit zukünftig sichergestellt werden kann, dass ein ASD oder ein Jugendamt nicht mehr allein darüber bestimmen, wann sein Handeln überprüft oder korrigiert werden muss. Wir als Regierungsfraktion werden auch diese Schritte begleiten. Ziel all dessen muss das Wohl der Kinder sein, ihnen sind wir verpflichtet und nur ihnen. Diese Pflicht werden wir auch erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Gladiator.

Dennis Gladiator CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir alle sind betroffen und erschüttert über den Tod der elfjährigen Chantal, über den Tod eines jungen Mädchens, das heute noch leben könnte, wenn das Bezirksamt in Hamburg-Mitte nicht so gravierende Fehler gemacht hätte. Gerade deshalb ist es so erschütternd, wie Markus Schreiber vermeintlich versucht, diese Krise aufzuklären.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Er klärt nicht auf, das machen die anderen!)

Denn Markus Schreiber trägt nicht dazu bei, die Versäumnisse seiner Verwaltung aufzuklären, sondern er tut mit aller Kraft alles dafür, seine Verantwortung auf andere abzuwälzen und sich selbst einen Persilschein auszustellen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Dieses Verhalten ist unerträglich und muss ein Ende haben. Stück für Stück haben wir in den vergangenen Tagen von den unglaublichen Fehlern des Jugendamts erfahren. Besonders fassungslos macht uns, dass das Bezirksamt sehr umfassend über die Missstände in Chantals Pflegefamilie informiert war, aber nichts dagegen unternommen hat. Und, Herr Senator Scheele, so richtig und wichtig die Maßnahmen sind, die Sie heute in der Debatte angesprochen haben und die wir auch unterstützen werden, so zutreffend ist es doch auch, dass es nicht der Datenschutz war, der das Jugendamt daran hinderte, Chantal zu schützen. Es lag auch nicht in erster Linie an fehlenden Vorschriften oder einer zu geringen Personalausstat-

(Dennis Gladiator)

tung. Nein, Chantal musste sterben, weil das Jugendamt alle Hinweise ignorierte und geradezu systematisch wegschaute.

(Beifall bei der CDU)

Darum müssen wir alle gemeinsam der Frage nachgehen, ob Bezirksamtsleiter Schreiber nach dem Tod der kleinen Lara Mia im Jahr 2009 alles getan hat, um ein solches Versagen seiner Verwaltung zu verhindern. Mittlerweile wissen wir, wir mussten es in den vergangenen Tagen immer wieder auf erschreckende Weise erfahren, dass Herr Schreiber diese Pflichten eines Bezirksamtsleiters nicht erfüllt hat, denn obwohl er seit drei Jahren wusste, dass seine Jugendamtsleiterin nicht geeignet ist oder er sie zumindest für nicht geeignet hielt, beließ er sie im Amt und sorgte nicht einmal dafür, dass ihre Arbeit stärker kontrolliert und überwacht wurde. Genau hier liegt Markus Schreibers persönliches Versagen, für das er endlich die Verantwortung übernehmen und als Bezirksamtsleiter zurücktreten muss.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Liebe Kollegen der SPD, es gibt kein Entweder oder zwischen einem Rücktritt und einer lückenlosen Aufklärung. Beides ist notwendig. Wir brauchen eine ehrliche und umfassende Aufklärung, aber Markus Schreiber hat bereits jetzt bewiesen, dass er Teil des Problems und nicht Teil der Lösung ist. Deshalb darf er dem notwendigen Neuanfang im Jugendamt Hamburg-Mitte nicht länger im Weg stehen.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der GAL und der LINKEN und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Herr Senator Scheele, die besten Maßnahmen, die Sie treffen, helfen Ihnen nichts, wenn die verantwortlichen Personen nicht in der Lage sind, diese umzusetzen, und dieses Unvermögen hat Markus Schreiber bedauerlicherweise mehrfach bewiesen.

(Beifall bei der CDU)

Heute hat sich der Erste Bürgermeister in verschiedenen Tageszeitungen zu Wort gemeldet. Herr Bürgermeister, die Frage nach der politischen Verantwortung ist bereits beantwortet. Wir fordern Sie deshalb auf, handeln Sie im Interesse der Stadt, und belassen Sie es nicht bei bloßen Ankündigungen. Lassen Sie ihren Worten nun endlich auch Taten folgen. Ihr Senator hat eben eine Vielzahl von Maßnahmen angekündigt. Er hat diese Maßnahmen angekündigt, bevor wir alle das Untersuchungsergebnis kennen. Hier warten Sie nicht auf die Ergebnisse der Untersuchung, bei den personellen Konsequenzen verstecken Sie sich allerdings hinter den Ermittlungen und trauen sich nicht auszusprechen, was wir alle wissen. Markus Schreiber trägt die politische Verantwortung für

das Versagen seiner Verwaltung und muss zurücktreten.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Herr Bürgermeister Scholz, die Hamburger erwarten von Ihnen Führung. Werden Sie aktiv und zeigen Sie, dass sich der Erste Bürgermeister dieser Stadt nicht von einem SPD-Kreisvorsitzenden lähmen lässt. Zeigen Sie, dass es Ihnen nicht um den Frieden und die Machtverhältnisse innerhalb der SPD geht, sondern um den Schutz der Kinder in unserer Stadt. Herr Bürgermeister, es ist jetzt Ihre Pflicht, zum Wohle der Stadt für einen personellen und inhaltlichen Neuanfang im Bezirksamt Hamburg-Mitte zu sorgen.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ritter.

Finn-Ole Ritter FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Angesicht des durch Behördenversagen möglich gewordenen Todes einer Elfjährigen sollten wir in diesem Hause einen Fehler nicht machen, das Thema auf seine personellen Konsequenzen zu reduzieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auch die FDP-Bürgerschaftsfraktion ist einmütig der Ansicht, dass ein Bezirksamtsleiter nach derartigem Führungsversagen nicht im Amt bleiben sollte. Auch wir haben vor dem Hintergrund der mangelnden Einsicht, die Herr Schreiber in diesem Zusammenhang an den Tag legt, an den Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzenden Olaf Scholz appelliert, seinen Einfluss für eine personelle Erneuerung an der Spitze des Bezirksamts geltend zu machen. Und auch wir registrieren mit Betroffenheit, dass dies offenbar an einer internen Machtbalance in der Hamburger SPD im Allgemeinen

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Da würd' ich mal vorsichtig sein!)

und der SPD-Mitte des Herrn Kahrs im Besonderen scheitert. Aber das kann und darf nicht der relevante Punkt sein, über den dieses Haus nach einem derart furchtbaren Behördenversagen diskutiert. Vielmehr müssen wir uns nach Ansicht der FDP-Fraktion den Fragen widmen, die direkt dem Schicksal von Kindern und Jugendlichen unter Jugendamtsaufsicht gelten. Gerade eben hat Sozialsenator Scheele nochmals angekündigt, die bisherige Praxis zu verändern. Bevor die Bezirke eine geeignete Pflegefamilie auswählen können, müssen angehende Pflegeeltern und alle Hausangehörigen künftig nicht nur ein Führungszeugnis, sondern auch ein Gesundheitszeugnis vorlegen, damit die Behörden Suchterkrankungen und andere rele-

(Finn-Ole Ritter)

vante Krankheiten zweifelsfrei ausschließen können. Auch sollen sich die sogenannten Eignungsprüfungen nach Paragraf 33 Sozialgesetzbuch künftig nicht mehr nur auf einschlägige Straftaten wie Gewalt gegen Kinder, Kindesmissbrauch beziehen, sondern auf alle Straftaten, die bis zur Prüfung vorliegen. Das sind Ansätze, die wir begrüßen, Herr Scheele, trotzdem bleiben viele Fragen offen. Können die bezirklichen Jugendämter diese neuen Anforderungen überhaupt erfüllen? Werden wir nicht mit diesen zu Recht verschärften Regeln die übergroße Mehrheit der vorhandenen oder künftigen Pflegefamilien davon abhalten, sich für Pflegekinder zu engagieren? Diese Fragen stehen unter anderem nach der Tragödie, die wir erlebt haben, und nach den ersten Sofortmaßnahmen, die Sie, Herr Senator Scheele, verkündet haben, ungeklärt im Raum.

Sie verlangen nach Auffassung der Liberalen nach einer Beantwortung in umfassendem Rahmen. Wir appellieren deshalb an den Senat, die bisherige Konzeption der Jugendhilfe in Hamburg ganz grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen. Hier sollten insbesondere die Vorgehensweisen in anderen Bundesländern in den Blickpunkt rücken. In Berlin etwa gibt es nicht nur ein geeignetes Internetportal für interessierte Eltern, sondern auch amtlicherseits eine deutlich restriktivere Auswahl geeigneter Pflegefamilien. An solchen transparenteren wie strengeren Regeln zur sicheren Organisation der Kinder- und Jugendpflege sollten wir uns dringend orientieren, damit wir hier nie wieder ein Ausmaß von Behördenversagen diskutieren müssen, wie momentan das des Jugendamts Hamburg-Mitte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Christoph Ahlhaus* und *Ralf Niedmers*, beide CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Fünf Kinder sind in Hamburg gestorben, und die waren in staatlicher Obhut. Jedes Mal war die ganze Stadt entsetzt, jedes Mal wurde gefragt, wie konnte es passieren, und jedes Mal wurde gefragt, wie kann das in Zukunft verhindert werden. Und es passierte immer wieder. Jedes Mal wurde geschworen, dass man eine gründliche Untersuchung macht, dass Aufklärung herbeigeführt und Konsequenzen gezogen würden. Deshalb begrüßen wir, dass Herr Scheele erste Konsequenzen vorgelegt hat, wir möchten aber darauf hinweisen, dass zum Beispiel das Mädchen Jessica in Wandsbek nicht bei Pflegeeltern, sondern bei ihren eigenen Eltern gestorben ist. Es ist ein Problem, das weit über Pflegeeltern hinausgeht, dass in dieser Stadt Kinder unversorgt sind, schlecht behandelt werden und letztendlich daran sterben. Da muss man ein bisschen weiter ausholen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben davon gesprochen, dass Sie eine Innenrevision anordnen wollen. Das mag gut sein. Wir haben sehr intensiv mit unseren Abgeordneten in der Bezirksfraktion Hamburg-Mitte gesprochen, und wir sind gemeinsam zu der Auffassung gekommen, dass eine Aufklärung über die Ursachen in einem parlamentarischen Ausschuss, sei es im Bezirk oder sei es in der Bürgerschaft, wichtiger wäre. Dort werden dann auch noch Vorschläge gemacht werden.

Herr Dressel, Sie haben gesagt, es gebe so etwas wie eine soziale Spaltung in dieser Stadt. Die gibt es und die gibt es sehr massiv. Es ist auch darauf hingewiesen worden, dass die Hilfen zur Erziehung erhöht worden sind, konkret von 140 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 240 Millionen Euro im Jahr 2011. Das heißt aber nicht, dass die Sozialen Dienste jetzt mehr Ressourcen haben als vorher. Der Punkt ist, dass die Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung exorbitant steigen. Das hat Herr Senator Scheele hier auch schon einmal deutlich gemacht. Da muss man sich natürlich fragen, woran das eigentlich liegt und ob man nicht bei der Ursachenbekämpfung tiefer einsteigen muss. Und es ist keineswegs so, dass die personellen und finanziellen Ressourcen bei den Sozialen Diensten und den Jugendämtern nur so sprudeln.

(Beifall bei der LINKEN)

In Gesprächen mit Mitarbeitern, nebenbei erst diese Woche, kam heraus, dass sehr viele private Träger, die in der Jugendhilfe tätig sind, ihren Mitarbeitern Klausur verordnet haben. Die müssen nämlich diese Woche alle ihre Akten in Ordnung bringen. Das heißt für mich, dass sie vorher wahrscheinlich nicht in Ordnung waren. Das ist auch ein Missstand, der aufgegriffen werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Und wer sich mit den Mitarbeitern im Sozialen Dienst unterhält, der weiß, dass sie sehr stark belastet sind. Die Verantwortung ist ständig gestiegen, und auch der Krankenstand und die Fluktuation sind ständig gestiegen, weil es kaum zu leisten ist. Trotz der höheren Mittel ist das ein sehr schwieriger Job, der eigentlich gar nicht zu handeln ist. Und ich glaube auch nicht, dass man den Mitarbeitern die Verantwortung für die Geschehnisse übertragen darf.

Das System Kinder- und Jugendhilfe, das ist mehrfach hier gefordert worden, muss neu überdacht werden. Wir müssen neue Kriterien entwickeln, das ist ganz wichtig. Trotzdem muss man sich natürlich fragen, warum im Bezirk Hamburg-Mitte eine Häufung von Todesfällen bei Kindern stattgefunden hat. Die Fallzahlen konzentrieren sich in Hamburg-Mitte, das ist schon richtig, aber die Ursachen liegen natürlich auch in diesem System. Es ist das System Kahrs genannt worden. Wir haben

(Dora Heyenn)

18 Jahre lang einen Bundestagsabgeordneten als Vorsitzenden des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und es ist nicht einmal gelungen, dass die Arbeitsgemeinschaften, die laut Gesetz existieren, im Jugendhilfeausschuss berichtet haben. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses wissen noch nicht einmal, wer überhaupt in diesen Arbeitsgemeinschaften ist. In Paragraph 78 Sozialgesetzbuch ist festgehalten:

"Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen."

Diese Arbeitsgemeinschaft gibt es in Hamburg-Mitte, sie haben nie berichtet, niemand weiß, wer dort Mitglied ist. Das heißt, hier sind sehr viele Fehler gemacht worden, in erster Linie von Herrn Kahrs, und die Verantwortung hat der Bezirksamtsleiter.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Robert Heinemann CDU*)

Heute habe ich in der "Welt" ein Interview mit dem Bürgermeister gelesen. Auf eine Frage nach der Verantwortung antworten Sie, Herr Bürgermeister:

"Es gibt eine formale Verantwortung, und es gibt auch eine politische Verantwortung."

Sie haben nicht gesagt, wer die trägt. Wir sagen, Herr Schreiber muss zurücktreten.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Robert Heinemann CDU*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Debatte hat sehr deutlich gemacht, dass man es sich nicht einfach machen darf, dass diese tragischen Todesfälle viele Ursachen haben: fachliche, persönliche, die Art und Weise, wie Mandatsträger, Funktionsträger ihre Verantwortung ausüben, und die Art und Weise, wie politische Funktionen in der Jugendhilfe besetzt werden. In den beiden letzten Punkten, die persönliche Verantwortung von Funktionsträgern und die Vergabe politischer Positionen, unterscheidet sich Hamburg-Mitte von allen anderen Bezirken. Das ist vielleicht auch einer der Gründe, warum wir gerade in Hamburg-Mitte zwei Todesfälle hintereinander haben, denn die fachlichen Gründe wirken in allen Bezirken. Wir haben jetzt den zweiten Todesfall in Hamburg-Mitte unter der Verantwortung desselben Bezirksamtsleiters und derselben Jugendamtsleiterin. Aufgefallen ist, dass

Herr Scheele sehr umfassend und durchaus beeindruckend viele kluge Gedanken und Maßnahmen im fachlichen Bereich dargelegt hat. Wozu aber Herr Scheele und kein Redner der SPD auch nur ein einziges Wort gesagt haben, ist die politische Verantwortung von Funktionsträgern in Hamburg-Mitte und das System Kahrs. Diese Botschaft ist sehr laut und sie ist erschreckend.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Wir müssen doch feststellen, dass sich in Hamburg-Mitte im Bereich der Jugendhilfe eine Kultur des Wegschauens herausgebildet hat. Der Träger hat bei der Pflegefamilie weggeschaut, die Jugendamtsleiterin hat weggeschaut, als konkrete Beschwerden kamen, und der Bezirksamtsleiter hat nicht darauf geschaut, was seine Jugendamtsleiterin tat. Was wir jetzt feststellen ist, dass die SPD nach diesem tragischen Todesfall nicht willens und in der Lage ist, sich die politischen Strukturen im Bezirk Hamburg-Mitte anzuschauen. Sie sind immer noch nicht bereit, dieses Tabu, das es ganz offenkundig gibt, anzuschauen. Strukturen, über die nur hinter vorgehaltener Hand geredet wird – und das haben viele in diesem Hause schon seit vielen Jahren getan, auch Abgeordnete aus der SPD-Fraktion –, müssen endlich das Licht der Öffentlichkeit erblicken,

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

sonst werden wir diese tragischen Fälle nicht verhindern können.

Liebe FDP-Fraktion, wenn Sie hier in der Bürgerschaft sagen, das sei ein Problem der SPD Hamburg-Mitte, dann müssen wir doch eines feststellen: Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte wählt den Bezirksamtsleiter, kann jetzt einen neuen wählen und damit Herrn Schreiber ablösen, so wie Sie es hier gefordert haben, Frau Suding. Dort gibt es eine Mehrheit zusammen mit der FDP, und diese Mehrheit kommt nicht zustande. Da zeigt sich sehr deutlich, wie dieses System Kahrs funktioniert, denn mittlerweile ist die FDP in Hamburg-Mitte –

(*Katja Suding FDP:* Abwarten! Warten Sie ab!)

das sieht sehr danach aus – Teil dieses Systems geworden.

(Beifall bei der GAL, der CDU, der LINKEN und vereinzelt bei der FDP)

Die Sitze in den Ausschüssen der Bezirksversammlung werden nach dem Wahlergebnis festgelegt. Nach diesem Wahlergebnis hat die FDP keinen Anspruch auf mehrere Sitze in der Bezirksversammlung. Sie hat von Herrn Kahrs im Jugendhilfeausschuss einen zusätzlichen Sitz bekommen und auch in einem anderen Ausschuss, die nicht durch das Wahlergebnis begründet sind. Sie müs-

(Jens Kerstan)

sen vielleicht einmal darlegen, ob nicht das der Grund ist, warum diese beiden Abgeordneten der FDP in Hamburg-Mitte in bedingungsloser Loyalität zu Herrn Schreiber stehen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der LINKEN – *Katja Suding FDP*: Warten Sie's ab!)

Da nun ganz offenkundig die politischen Verhältnisse in Hamburg-Mitte es nicht ermöglichen, den direkten Weg zu gehen, ist es Sache dieses Senats zu handeln, denn das Bezirksamt Hamburg-Mitte ist Teil der hamburgischen Verwaltung, und verantwortlich für diese Verwaltung ist dieser Senat und der Präsident dieses Senats, der Bürgermeister. Geordnete Verhältnisse im Bezirksamt Hamburg-Mitte gibt es doch gar nicht. All die fachlichen, vielleicht auch richtigen fachlichen Maßnahmen, Herr Scheele, glauben Sie wirklich, dass Herr Schreiber der richtige Mann ist, um diese Qualitätskontrolle und all diese Maßnahmen durchzuführen? Er hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass er die Fähigkeiten und die Eignung dafür nicht hat. Und es ist Ihre Aufgabe sicherzustellen, dass jetzt eine Leitung im Bezirksamt Hamburg-Mitte eingesetzt wird, die diesen Aufgaben gerecht wird. Sie dürfen jetzt nicht mehr nur reden, sondern Sie müssen handeln, und Sie müssen dafür sorgen, dass dort Personen eingesetzt werden, die handeln können.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der LINKEN)

Die letzte Bemerkung. Angesichts dieser Verantwortung des Senats fand ich es schon bemerkenswert, dass der Bürgermeister in den vergangenen Tagen und Wochen sehr wenig dazu gesagt hat. Ich würde mir wünschen, dass Sie nicht nur mit der Zeitung sprechen, sondern dass Sie heute hier im Parlament zu Ihrer persönlichen Verantwortung und Ihrer Verantwortung zu handeln etwas sagen. Ich bedauere sehr, dass Sie diese Chance bisher nicht ergriffen haben.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, es ist bedauerlich, dass Sie diese Debatte mit einer falschen Behauptung beenden wollen, nämlich mit der Behauptung, dass die SPD-Fraktion und der SPD-Senat in irgendeiner Form bei dieser Aufarbeitung auf irgendetwas Rücksicht nehmen. Sowohl der Bürgermeister im Interview als auch Herr Scheele in seinen Ausführungen sowie Frau Leonhard und ich haben klargestellt,

(Zurufe von der CDU und der GAL)

dass die Aufarbeitung rückhaltlos stattfinden wird, dass auf nichts und niemanden Rücksicht genommen wird. Das ist die Maßgabe, und die wird jetzt umgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Auf das Systemversagen, die Problematik, die Tragweite, die sich hier aufgetan hat, haben alle hingewiesen. Dann wurde relativ kurz auf den wirklich sehr eindrucksvollen Zwischenstand der Aufarbeitung, den Herr Scheele hier vorgestellt hat, eingegangen so in der Art, das sind gute Sachen, aber jetzt gehen wir zur Personaldebatte über.

(*Anja Hajduk GAL*: Nicht nur, aber auch!)

Ich glaube, dass es wichtig wäre, uns damit in der gebotenen Tragweite zu befassen

(*Robert Heinemann CDU*: Das sind doch Ablenkungsmanöver! Unerträgliche Ablenkungsmanöver!)

und auch bei der Frage nach Konsequenzen und Verantwortung die Aufklärung vernünftig abzuschließen. Bei einem so tragischen Fall ist es erforderlich, dass wir zu einem ordentlichen Ergebnis kommen und dann miteinander entscheiden, wie die Konsequenzen auszusehen haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir erleben hier von der SPD eine halbherzige Debatte, und aus halben Sachen können keine ganzen Lösungen werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Senator Scheele hat hier fachliche Konsequenzen vorgestellt, die nachvollziehbar klingen, aber er hat kein Wort zur politischen Verantwortung des Bezirksamtsleiters in Hamburg-Mitte gesagt. Das ist verständlich, denn der Senator ist nicht der Vorgesetzte von Markus Schreiber. Der Vorgesetzte von Markus Schreiber ist der Präsident des Senats, das ist Olaf Scholz, und es zeugt nicht von Souveränität, Herr Scholz, wenn Sie zu der politischen Verantwortung dieses Falls länger schweigen.

(Beifall bei der CDU, der GAL, der LINKEN und bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*)

Nicht nur die Redner eigentlich aller Fraktionen haben heute die Hilflosigkeit von Markus Schreiber im Krisenmanagement beschrieben, sondern Markus Schreiber hat selbst sein jahrelanges Führungsversagen eingestanden. Das Parlament und die Stadt haben Fragen. Welche Konsequenzen zieht der Bürgermeister? Wann gibt es wegen dieser offensichtlichen Dienstpflichtverletzung des Be-

(Dietrich Wersich)

zirksamtsleiters Disziplinarmaßnahmen des Senats? Und welche Stelle in der Stadt untersucht eigentlich das System Kahrs? Die inneren Machtstrukturen und die Probleme der SPD werden zu Problemen der Stadt. Herr Bürgermeister, Sie sind gefordert, der Stadt hier und heute Antworten zu geben. Sie schätzen das Parlament, das Parlament ist der richtige Ort für diese Antwort. Sagen Sie uns, welche politischen Konsequenzen Sie ziehen. – Vielen Dank

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Dressel, ich verstehe Ihre Empörung nicht. Wir haben in diesem Hause mehrere Diskussionen über den Tod von Kindern gehabt, zum Beispiel von Morsal und Lara Mia. Die waren nicht von der Sachlichkeit und dem Respekt getragen, wie wir es heute erleben; das möchte ich sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der GAL)

Ich erinnere mich mit Grausen, wie die damalige jugendpolitische Sprecherin Ihrer Fraktion unglaublich emotional die Regierung angegriffen hat, wo es überhaupt nicht mehr um sachliche Aufklärung ging. Das ist heute wohlthuend anders.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU, der GAL und bei *Robert Bläsing FDP*)

Alle, die hier geredet haben, haben deutlich gemacht, dass es an dem, was in Hamburg-Mitte passiert – im Jugendhilfeausschuss, im Sozialen Dienst, bei der Betreuung von Kindern, die in staatlicher Obhut sind –, Kritik gibt. Diese Kritik müssen Sie sich gefallen lassen. Selbst der Bürgermeister hat in einem Zeitungsinterview gesagt, es gibt eine politische Verantwortung. Es ist heute zu Recht gesagt worden, dass wir niemandem eine persönliche Verantwortung für den Tod an diesem Kind unterstellen werden, aber die politische Verantwortung hat die Partei, die im Bezirk die Regierung und diesen Bezirksamtsleiter stellt. Sie müssen es sich schlicht gefallen lassen, dass dann auch personelle Konsequenzen gefordert werden.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der GAL)

Sie können hier nicht beleidigt, empört und mimosenhaft sagen, so geht es aber nicht. Doch, es geht so. Die politische Verantwortung haben Sie, und deshalb werden wir Sie auch fordern. Wir fordern nach wie vor, Herr Schreiber muss zurücktreten. Der Bürgermeister wäre gut beraten, einen Schritt in diese Richtung zu machen und das zu ermöglichen.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Jarchow.

Carl-Edgar Jarchow FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir an dieser Stelle ein Wort zum Beitrag von Herrn Kerstan. Herr Kerstan, ich hätte mir doch eine etwas sachlichere Beurteilung dieser ganzen Geschichte gewünscht. Wir als SPD...

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, der GAL und der LINKEN)

Als FDP, Entschuldigung, ich freue mich, Sie erheitert zu haben.

(Glocke)

Wir als FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft haben im Vorfeld zu dieser Debatte keinen Zweifel an unserer Meinung zu den Geschehnissen im Bezirk Hamburg-Mitte gelassen. Wir haben uns ganz klar distanziert und eindeutig gefordert, dass dort aufgeräumt wird. Auch die Vorredner aus meiner Fraktion haben das heute klar und unmissverständlich getan. Ich verstehe nicht,

(*Jens Kerstan GAL:* Wir sind nicht in der FDP!)

warum Sie jetzt aufgrund des Verhaltens unserer Bezirksabgeordneten den Unmut in Richtung FDP lenken wollen. Diese Bezirksabgeordneten sind frei gewählte Abgeordnete, mit denen wir im Gespräch sind, wenn auch nicht einer Meinung. Es entspricht aber durchaus unserer demokratischen Tradition, dass wir nicht dahingehend auf sie einwirken können, dass sie sich immer so verhalten, wie wir es gerne hätten. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Und ich sehe es als Selbstverständlichkeit im politischen Umgang miteinander, dass man das auf eine sachliche Art und Weise austrägt. Das hätte ich mir von Ihnen sehr gewünscht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen und stelle fest, dass uns deutlich weniger als 15 Minuten verbleiben, um das zweite Thema zu debattieren. Deshalb frage ich: Wird vonseiten der antragstellenden Fraktion eine Vertagung auf morgen gewünscht? – Das ist der Fall. Dann beginnen wir morgen die Aktuelle Stunde mit dem von der FDP angemeldeten zweiten Thema.

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

Wir kommen zum Punkt 11 der Tagesordnung, Drucksache 20/2948, Senatsmitteilung: Dekadenstrategie Sport.

**[Senatsmitteilung:
Dekadenstrategie Sport
– Drs 20/2948 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/3141 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Sanierungsfonds Hamburg 2020: Sanierung der
Sportstätten vorantreiben
– Drs 20/3141 –]**

Die Drucksache 20/2948 möchten die Fraktionen der SPD und der FDP an den Sportausschuss überweisen.

Meine Damen und Herren! Ich persönlich kann es verwinden, dass mir jetzt keiner zuhört. Aber wenn bei der nachfolgenden Debatte die Lautstärke im Saal so bleibt, dann sollten wir entweder einen Augenblick warten, bis alle hinausgegangen sind, die gehen möchten, oder bis alle ruhiger werden.

Zur Drucksache 30/3141 liegen Anträge auf Überweisung an den Sportausschuss vonseiten der GAL- und der FDP-Fraktion vor. Wer wünscht das Wort? – Frau Timmermann, bitte.

Juliane Timmermann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach einer solchen Aktuellen Stunde nun zum Sport zu kommen und dem Sport die nötige Aufmerksamkeit zu widmen, ist tatsächlich nicht ganz einfach. Trotzdem hat es der Sport verdient, denn die vielen Ehrenamtlichen, die hier jeden Tag ihrer Arbeit nachkommen, leisten vieles, insbesondere auch für Kinder und Jugendliche.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, es ist manchmal auch wichtig, hier einen Moment innezuhalten.

Die Hamburger Sportpolitik ist auf einem guten Weg. Der Senat hat mit der vorliegenden Drucksache zur Dekadenstrategie Sport die Visionen, Ziele und Maßnahmen für die nächsten zehn Jahre aufgezeigt und formuliert. Das Sofortprogramm für das Jahr 2012 umfasst 28 Vorhaben. Erstmals ist für den Sport eine kurzfristige und langfristige Strategie aus einem Guss vorgelegt worden und kein Stückwerk. Dies ist ein großer Erfolg für den Hamburger Sport.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Dekadenstrategie ist es dem Senat gelungen, die Hamburger Akteure zu versöhnen und gemeinsam an einem Tisch eine Entwicklung für die nächsten zehn Jahre zu diskutieren und aufzuzei-

gen, die – und das ist nicht selbstverständlich – von allen unterstützt und getragen wird. Dies ist ein großer Fortschritt gegenüber dem Zustand der letzten Jahre.

(Beifall bei der SPD)

In einem verbindlichen und umfassenden Prozess ist mit allen Akteuren des Sports, dem Hamburger Sportbund, der Handelskammer, dem Olympiastützpunkt, den Agenturen und Verbänden, die Dekadenstrategie "HAMBURGMachtSPORT" erarbeitet worden. Und wir danken allen für ihr Engagement – Herr Ploß, schön, dass Sie heute da sind.

(Beifall bei der SPD)

Nun liegt ein erstes behördenübergreifendes Strategiepapier für den Sport vor, das den Sport nicht nur als eine Marketingidee mit wenigen Inhalten versteht, sondern als ein Konzept, das Verlässlichkeit, Inhalte und Raum für konzeptionelle Ideen bietet. Wir erkennen den Sport als Querschnittsaufgabe und eigenes Politikfeld an.

(Beifall bei der SPD)

In nur neun Monaten ist es uns gelungen, die Sportentwicklungsplanung von Professor Wopp zu einem Strategiepapier mit klaren Maßnahmen für den Hamburger Sport weiterzuentwickeln. Wir stellen uns der Weiterentwicklung der Dekadenstrategie mit den Sportakteuren in einem jährlichen Sportbericht, den wir in einem Sportkonvent diskutieren und immer wieder auch korrigieren wollen. Transparenz und Mitnahme der Akteure im Sport werden die Dekadenstrategie weiterentwickeln und zu einem Erfolgsmodell machen.

Es gibt bereits die ersten Erfolge. Die Drucksache zur Profiquote für Spitzensportler ist von der Deputation und auch im Sportausschuss beschlossen worden. Zum Wintersemester werden die ersten Spitzensportler davon profitieren und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD)

Der öffentliche Ausschuss Sicherheit und Sport, der insbesondere durch nicht gerade schöne Ereignisse zu Anfang des sportlichen Jahres an Gewicht gewonnen hat und der von uns schon seit vielen Jahren gefordert wurde, tagt in der nächsten Woche zum ersten Mal. Auch hier haben wir gesprochen und gehalten.

Die richtige und wichtige Sanierungsoffensive für die Sportstätten setzen wir fort. Hier muss man – das fällt mir in der Sportpolitik sonst meistens schwer – dem Vorgängerssenat auch einmal ein Lob aussprechen. Sie haben hier den richtigen Weg eingeschlagen.

Sportvereine beteiligen sich zudem an der ganzjährigen Betreuung an den Schulen. Bereits über 40 Vereine bieten sportliche Angebote an und ge-

(Juliane Timmermann)

hen eine verlässliche Kooperation mit einer Schule ein. Auch hier sind wir auf einem Erfolgsweg.

Wir haben dem Hamburger Sport wieder eine Stimme gegeben. Zu den Akteuren im Sport gehört selbstverständlich auch die Politik. Wir wollen mit Ihnen gemeinsam diskutieren und laden Sie ein mitzugestalten. Daher beantragen wir die Überweisung der Drucksache zur Dekadenstrategie an den Ausschuss für Sport.

Wir sind es den vielen Ehrenamtlichen im Sport schuldig, uns für den Sport einzusetzen und auch hier Verlässlichkeit, Klarheit und Transparenz zu schaffen. Dies ist ein Beitrag zur Anerkennung und Wertschätzung der vor Ort geleisteten Arbeit und die Dekadenstrategie ist hierfür ein wesentlicher Baustein.

Ich möchte nicht vergessen, kurz auf den Antrag der GAL einzugehen, der uns als Tischvorlage vorliegt. Es ist sicherlich eine hübsche Idee, Mittel aus dem Sanierungsfonds Hamburg 2020 auch für die Sanierung von Sportstätten einzusetzen. Dieser Fonds ist allerdings anders ausgelegt und insoweit werden wir dies nicht unterstützen.

Zum anderen, Frau Blömeke, ein Schelm, der Böses dabei denkt. Dass Sie den Sportplatz Im Allhorn, der in Ihrem Wahlkreis liegt, sanieren möchten, vorbei an einer langen Liste von Sportplätzen, die ebenfalls einen hohen Sanierungsbedarf haben, dazu fallen mir nur Worte ein, die dem parlamentarischen Sprachgebrauch nicht unbedingt entsprechen. Deshalb möchte ich es einfach mit einem Fragezeichen und dem Satz "ein Schelm, wer Böses dabei denkt" stehen lassen.

Wir werden diesen Punkt 2 ebenfalls nicht unterstützen. Es gibt eine lange Liste an Sportplätzen, die zur Sanierung anstehen, und diese lange Liste wird der Reihenfolge nach abgearbeitet werden. Diese beiden Plätze stehen leider im Moment nicht ganz oben auf der Liste. Trotzdem sehen wir diesen Sanierungsstau und werden uns weiter auf den Weg machen, möglichst viele Sportstätten in einen guten Zustand zu bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Schira.

Frank Schira CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute sprechen wir in der Bürgerschaft zum ersten Mal über die Dekadenstrategie. Ich möchte für die CDU-Fraktion festhalten, dass das Thema Sport für uns natürlich weiterhin eine hohe Priorität haben wird. Über die Historie dieser Drucksache haben wir in den letzten Sitzungen der Bürgerschaft ausgiebig gesprochen. Es ist uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass Ihr Leitbild, Senator Neumann, ohne die sportpolitischen Akti-

vitäten der letzten zwei Vorgängersenate gar nicht denkbar gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehören natürlich die Sportentwicklungsplanung und die von der CDU angestoßene und umgesetzte Sanierungsoffensive, das heißt, die Instandhaltung der Hamburger Sportanlagen. Den jetzt gewählten ganzheitlichen Ansatz für den Sport, der nicht nur Aufgabe einer Behörde, sondern Querschnittsaufgabe des gesamten Senats sein soll, begrüßen wir. Und wir wünschen Ihnen, Herr Neumann, die Kraft und Energie, dies auch im Senat durchzusetzen und Ihre Senatskollegen, insbesondere den Schulsenator, von der positiven Kraft des Sports zu überzeugen, denn ein Dreh- und Angelpunkt – und dies habe ich auch in den letzten Sportdebatten gesagt – ist der Aspekt, wie es uns in Hamburg gelingt, durch den Ausbau von Ganztagschulen das Thema Kooperation zwischen Sportvereinen und Schulen positiv zu gestalten. Man möchte es gar nicht glauben, aber es gibt immer noch Schulleiter, die gar nicht wissen, welche Sportvereine in unmittelbarer Nähe ihrer Schule aktiv sind. Und es gibt leider auch noch Vereine, die sich mit dem Thema Ganztagschule und Sport für die Schüler nicht ausreichend auseinandergesetzt haben. Hier muss eine Menge passieren. Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung hat Prozesse auf den Weg gebracht und dies ist ein gutes Beispiel dafür.

(Beifall bei der CDU)

Tatsache ist aber auch, dass gerade im Kleinen noch einiges im Argen liegt; denken Sie an die Vergabe von Hallenzeiten und Nutzungszeiten in den Sportanlagen. Dort kommt es immer wieder zu Problemen. Der berühmte Hausmeister mit der Schlüsselgewalt steht dafür nicht nur symbolisch. Und auch die zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen Anwohnern und Sportvereinen, zum Beispiel beim Thema Lärm oder Lichtemissionen oder Erweiterung und Neubau von Sportstätten, sind ein wichtiges und immer größer werdendes Problem.

Meine Damen und Herren! Die vorliegende Drucksache hat wohl auch zum Ziel, Hamburg weiter fit zu machen, insbesondere für nationale, internationale und große Sportereignisse. Auch dies begrüßen wir ausdrücklich. Die CDU wird das konstruktiv unterstützen, was diesem Ziel dient. Aber wir weisen auch auf die Defizite hin. Es ist in dieser Drucksache, Herr Neumann, viel die Rede von Organisationsveränderungen, von Entflechtungen, von Neuorganisation. Das wird sehr allgemein beschrieben und ist daher nicht richtig fassbar. Aber die größte Schwachstelle ist nach Ansicht der CDU die Finanzierung.

Unter Punkt 5, Kosten und Finanzierung, heißt es in Ihrer Drucksache:

(Frank Schira)

"Aus der Dekadenstrategie ergeben sich keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen."

Und es heißt weiter:

"Eine darüber hinausgehende Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen erfolgt mit weiteren Drucksachen zur Umsetzung der Maßnahmen."

Meine Damen und Herren! Dies ist herrlich unkonkret. Wir wissen doch alle, dass zum Beispiel der Sportetat nicht im Ansatz ausreicht. Und Sie sagen, dass die von der CDU und der GAL begonnene Sanierungsoffensive der Sportstätten weiter fortgesetzt werden soll. Woher das Geld allerdings kommen soll, das verraten Sie uns auch in Ihrer Drucksache nicht.

(Beifall bei der CDU)

Und dies ist kein vernünftiges Regierungshandeln.

Jetzt zum Zusatzantrag der GAL: Ich denke schon, dass der Vorschlag, noch Geld aus dem Sonderfonds zu akquirieren, sehr richtig und wichtig ist; das ist ein guter Lösungsvorschlag. Zu einzelnen Projekten kann man tatsächlich unterschiedlicher Meinung sein. Ich finde es aber sehr bedauerlich und auch ein wenig unsouverän von der SPD, den Zusatzantrag der GAL nicht mit an den Sportausschuss zu überweisen. Da hätten wir dann auch intensiv darüber sprechen können.

Meine Damen und Herren! Über die Finanzierungsfragen und all die anderen Fragen, die mit der Sportdekadenstrategie und mit dieser Drucksache zusammenhängen, werden wir im Ausschuss intensiv sprechen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Senator Neumann, ohne Zweifel ist es Ihnen gelungen, dem Sport eine bedeutende Rolle als Querschnittsaufgabe in dieser Stadt zuzuweisen.

(Beifall bei der SPD)

– Toben Sie sich ruhig aus.

Mit der Einrichtung der Zukunftskommission wurden in der Tat wesentliche Akteure im Sport wieder vereint. Und die Dekadenstrategie ist jetzt sozusagen Ihr Sahnehäubchen auf dem Sportkuchen.

(Beifall bei *Dirk Kienscherf SPD*)

Für die nächsten zehn Jahre weiß jeder, was er zu tun hat, und die Marschrichtung ist für die zehn Ziele, die in der Dekadenstrategie benannt werden, klar – so weit, so gut.

Aber die Sportpolitik des Senators und der SPD hat hinter dieser schönen Fassade doch einige Schwachpunkte, denn bis jetzt ist die Dekadenstrategie leider nichts anderes als ein Papiertiger. Auf dem Papier – und bislang nur auf dem Papier – enthält die Dekadenstrategie eine Reihe von vernünftigen Vorschlägen, da können wir durchaus mitgehen. Bei anderen Vorschlägen, die auf den ersten Blick gut und sinnvoll erscheinen, müssen wir erst einmal die Umsetzungspläne abwarten. Dazu gehört zum Beispiel die blumige Aussage, die wir in der Dekadenstrategie finden – ich zitiere –:

"Regelungen hinsichtlich der Thematik Sport und Lärm im Sinne der umfangreichen Sicherung des Sportbetriebs [...]"

sollen geschaffen werden. Warten wir einmal ab, was der Senat da vorlegt, denn vor dem Hintergrund der Lärmproblematik – auch wenn es um die Einrichtung von Kitas geht, gerade heute stand dazu etwas in der Zeitung – sind wir sehr gespannt, welchen Ausweg der Senat hier weist.

Der überwiegende Anteil der auf dem Papier genannten Maßnahmen steht und fällt aber mit der Finanzierung – Herr Schira sagte das bereits –, so beispielsweise auch das unstrittige Ziel, dem wir durchaus zustimmen, der Ausbau und die Stärkung der Schwimmfähigkeit von Kindern. Verehrter Herr Senator, das geht leider nicht auf dem Trockenen. Es hilft wirklich nur eine Ausweitung von Wasserzeiten und die kostet Geld. Doch dazu schweigt Ihre Drucksache.

Nicht umsonst zu haben wäre auch eine neue Doppelrennbahn für Galopp- und Trabrennen, die in der Dekadenstrategie erwogen wird. Und wir alle wissen, dass auch die Sanierung von Sportplätzen nicht im Sonderangebot zu haben ist. Die Behauptung des Senats also, dass hier kein zusätzliches Geld gebraucht werde, halten wir in der Tat für wenig glaubwürdig. Im Gegenteil, Herr Senator, Sie müssten eigentlich mit dem Bürgermeister gemeinsam einmal zügig erklären, woher denn diese zusätzlichen Mittel zur Umsetzung der Dekadenstrategie kommen sollen. Bis dahin bleibt das einfach ein Papiertiger.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Kurzum: Auf die schönen Worte des Senators müssen jetzt Taten folgen. Und damit wir mit den Taten schon einmal beginnen können, haben wir heute einen Antrag eingebracht, der aus dem Sanierungsfonds Hamburg 2020 1 Million Euro für die Sanierung von Sportplätzen fordert.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Zufällig in Volksdorf!)

Frau Timmermann hat das vielleicht nicht richtig gelesen: Es handelt sich um Sportplätze, die nicht im Sanierungskonzept sind,

(Christiane Blömeke)

(Dirk Kienscherf SPD: Aber in Ihrem Wahlkreis!)

und es handelt sich um zwei Sportplätze, einen in Eimsbüttel, das ist überhaupt nicht mein Wahlkreis, und einen in der Tat in den Walddörfern. Aber wenn Sie genau gelesen hätten, dann hätten Sie gesehen, dass gerade dieser Sportplatz Im Allhorn einen massiven Bedarf hat; wir haben es in unserem Antrag beschrieben. Die Fußballsparte ist dort von 300 auf 800 Mitglieder angewachsen. Ich denke, da besteht dringender Handlungsbedarf.

(Beifall bei der GAL)

Die Gegenfinanzierung, meine Damen und Herren von der SPD, ist solide. Erst in der letzten Bürgerschaftssitzung hat sich die SPD-Fraktion mal eben rund 13 Millionen Euro zur Sanierung der Deichtorhallen aus dem Sanierungsfonds genehmigt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sich genehmigt? Die GAL hat zugestimmt!)

– Regen Sie sich nicht auf.

Ich denke, da sollte 1 Million Euro für den Sport auch drin sein – mit Ihrer Zustimmung oder Ablehnung heute, denn Herr Schira hat völlig recht, Sie überweisen diesen Antrag nicht einmal an den Sportausschuss. Zeigen Sie, dass die Sanierung der Sportplätze wirklich so schnell vorankommt, wie Sie es gerne hätten, und wie ernst es Ihnen damit ist.

(Beifall bei der GAL – *Dirk Kienscherf SPD: Das sind wieder Ihre parteipolitischen Spielchen!*)

Meine Damen und Herren! Die Forderung, aus dem Papiertiger Dekadenstrategie eine durchfinanzierte Planung zu machen, ist das eine. Sorge, liebe Kolleginnen und Kollegen, bereitet mir aber auch die Rolle des Parlaments in Bezug auf den Sport. Und ich bin schon ganz dankbar, wenn Frau Timmermann uns ankündigt, dass die Dekadenstrategie wenigstens an den Ausschuss überwiesen wird. Denn mein Eindruck ist, dass die Sportpolitik zunehmend im Amtszimmer von Senator Neumann stattfindet und mit ihm gemacht wird.

(Jan Quast SPD: Das ist sein Job! – Dr. Andreas Dressel SPD: Das hat er gut gemacht!)

Aber eine Einbeziehung des Parlaments, Herr Quast, ist in vielen Punkten gar nicht vorgesehen.

(Zurufe von der SPD)

– Ich schein den Nerv getroffen zu haben bei der SPD, sonst würden Sie nicht immer dazwischenreden.

Das gilt beispielsweise für den jährlichen Hamburger Sportbericht. In der Drucksache zur Dekadenstrategie, Herr Dressel, wenn Sie die gelesen haben, heißt es dazu:

"Der Sportsenator diskutiert im 'Hamburger Sportparlament' mit den Akteuren des Sports den jährlichen 'Hamburger Sportbericht'."

Von Parlament ist keine Rede.

Zur Frage, welche Sportevents in Hamburg als Großveranstaltungen durchgeführt werden sollen – durchaus eine relevante Frage, auch für das gesamte Parlament –, heißt es dort:

"Über die Aufnahme von Veranstaltungen in den Kalender der 'Hamburg Top Ten' entscheidet die 'Zukunftskommission Sport'."

Wir haben von Frau Timmermann gehört, wer in der "Zukunftskommission Sport" sitzt: neben dem Senat die Akteure, die Frau Timmermann nannte, aber nicht das Parlament.

(Beifall bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Stattdessen möchte ich Ihnen erzählen, wie die Rolle der Abgeordneten in der Dekadenstrategie definiert wird. Es heißt dort:

"Die Vertreter von Politik und Wirtschaft besuchen regelmäßig Hamburger Sportveranstaltungen und nehmen an Preisverleihungen teil."

Das ist toll – aber bei allem Respekt, Herr Senator Neumann, so nett Sportveranstaltungen auch sind, mir und meiner Fraktion reicht das nicht. Diesen Closed Shop im Sport können und wollen wir nicht mittragen. Ich sehe hier dringenden Bedarf für einen Kurswechsel und fordere Sie auf, das Parlament an Entscheidungen zu beteiligen, für die letztendlich die Bürgerschaft das Geld gibt.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Kaesbach.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir reißen uns auch bei den Gratulanten ein, zumindest anfänglich. Ihnen, Herr Senator Neumann, liegt der Sport wirklich am Herzen. Das haben Sie bewiesen, indem Sie die Sportakteure sehr zügig mobilisiert und mit ihnen zusammen ein Konzept entwickelt haben, das zum großen Teil überzeugt und vor allen Dingen den Glauben an die Sportstadt Hamburg wieder ein wenig entfacht.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Chapeau, Herr Senator Neumann. Ihnen ist geglückt, was Ihren Vorgängern verwehrt war. Sie bringen mit der Einberufung der "Zukunftskommission Sport" nicht nur die Sportakteure der Stadt, die bisher nach den Worten Professor Wopps eher ein Gegeneinander betrieben haben, nachhaltig an einen Tisch. Sie starten sogar den Versuch, der

(Martina Kaesbach)

Querschnittsaufgabe Sport durch einen breiten Maßnahmenkatalog gerecht zu werden. Sport bedeutet Gesundheit, Bildung, Integration, Stadtentwicklung und vieles mehr. Insofern ist Ihnen auch hier ein Kompliment zu machen, denn mit der Festlegung der 28 Maßnahmen und der Zuschreibung der Verantwortlichkeiten an die einzelnen Behörden wird versucht, benachbarte Behörden zu aktivieren. Dazu gehören ganz konkrete Maßnahmen, wie zum Beispiel zusammen mit der Wirtschaftsbehörde einen sportübergreifenden Veranstaltungskalender zu führen, und noch völlig offene Vorhaben, wie zum Beispiel zusammen mit der Bildungsbehörde für den Ausbau und die Verbesserung der Schwimmfähigkeit der Kinder zu sorgen. Unsere Fraktion wird intensiv beobachten, ob und in welchem Zeitrahmen diese Maßnahmen umgesetzt werden. Auf jeden Fall wünschen wir Ihnen – genauso wie die CDU – für die Aktivierung der eingebundenen Behörden viel Erfolg.

Meine Damen und Herren! Die Umsetzung der Dekadenstrategie soll in drei Phasen geschehen und befindet sich somit ständig in Fortschreibung – das hat Charme. Außerdem darf die Sportstadt Hamburg weiterhin auf die Sportevents im Hamburger Format zählen. Vier weitere Sportevents in diesem Format sollen hinzukommen. Ein Ideenwettbewerb soll ausgeschrieben werden, Kreativität ist hier gefragt. Dem Ganzen wird noch ein Logo verpasst: "Sport begeistert Hamburg".

An den Breitensport und die teilweise sehr defizitäre Lage ist auch gedacht. Die Sanierungsbedarfe der Sportanlagen sind immer noch vordringlich zu behandeln. Deshalb ist die Fortführung der Sanierungsoffensive so eklatant wichtig und deshalb stimmen wir auch dem Zusatzantrag der GAL zu, die für die Sanierung 1 Million Euro aus dem Sanierungsfonds Hamburg 2020 nutzen möchte.

Auch die Thematik Sport und Lärm wurde mit aufgenommen. Das Thema gerät zunehmend ins Blickfeld, denn Bürgerinteressen und Sportbegeisterung müssen in Einklang gebracht werden, sonst braucht man zukünftig weder einen Sportstättenneubau noch einen Sportstättenausbau zu betreiben – so schön, so gut.

Kommen wir nun aber zur Kritik. Das Ganze soll es zum Nulltarif geben, wir haben es eben schon von Frau Blömeke und Herrn Schira gehört. Der Senat erklärt, es gebe keine zusätzlichen Haushaltsbelastungen. Der Tag der Wahrheit wird der Entwurf für den nächsten Doppelhaushalt sein, denn darin muss die Dekadenstrategie in Zahlen auftauchen. Wir sind also gespannt.

Die Entscheidung zur Zukunft des Pferdesports steht auch noch aus. Der Senat hat sie zwar unter einer der Maßnahmen mit aufgelistet, aber ohne jede Terminangabe. Die FDP-Fraktion spricht sich seit Langem für den Bau der Doppelrennbahn aus.

Der Pferdesport mit seiner mehr als 150-jährigen Tradition braucht endlich eine Entscheidung.

(Beifall bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*)

Ähnlich ist es mit dem Thema Schwimmunterricht und der Forderung nach einer täglichen Bewegungsstunde für Kinder in den Kindergärten. Die Antwort auf unsere Schriftliche Kleine Anfrage zur Bewegungs- und Sporterziehung für Kinder in Kindergärten und Grundschulen hat ergeben, dass der Senat kein Konzept für die flächendeckende Einführung von verpflichtender Bewegungsförderung in den Kitas hat. Noch am vergangenen Samstag war dem Thema frühkindliche Bewegung im "Hamburger Abendblatt" ein großer Artikel gewidmet. Einer der Kernsätze war, dass Bewegung nicht nur für die Fitness eine Rolle spielt, sondern auch für die geistige Entwicklung von Kindern. Ich hoffe, dass der Forderung der Dekadenstrategie nach einer Stunde Bewegung pro Tag in der Kita auch Handlungen folgen.

(Beifall bei der FDP)

Auch was das Thema mangelhafte Schwimmkompetenz der Viertklässler in sozial schwachen Stadtteilen betrifft, sind wir gespannt auf die konkreten Vorhaben des Senats. Am 23. März findet auf unseren Antrag hin im Bildungsausschuss eine Anhörung dazu statt. Hoffen wir, dass der Senat den Oppositionsfraktionen Gelegenheit gibt, mit ihm gemeinsam die Erkenntnisse aus der Anhörung in ein sinnvolles Konzept einzubinden.

Und zu guter Letzt noch ein wichtiger Punkt, die Vergabe der Hallennutzungszeiten, Herr Schira sprach das auch schon an. Wir können es uns nicht leisten, dass in Hamburg weiterhin Hallenzeiten ungenutzt bleiben, erst recht nicht, wenn die Kooperation der Schulen mit den Sportvereinen angestrebt wird. Deshalb hat die FDP-Fraktion einen Antrag eingebracht, in dem wir die bezirksübergreifende Darstellung der Hallennutzungszeiten durch eine internetbasierte Datenbank fordern, in der sich jeder über die Nutzungsmöglichkeiten und die Auslastung der Sportstätten in Hamburg übersichtlich und leicht zugänglich informieren kann.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass der Senat bei der Dekadenstrategie nun den Worten auch Taten folgen lässt,

(Beifall bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*)

das Parlament kontinuierlich einbezieht und bei Fehlentwicklungen auch tatsächlich nachsteuert.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Neumann, seien Sie nicht traurig, dass ich Ihnen als einziger Abgeordneter heute nicht gratuliere. Ich möchte die Dekadenstrategie kritisch betrachten.

(Beifall bei der LINKEN – Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

In der Dekadenstrategie steht – ich zitiere –:

"Hamburg schafft seinen Bürgerinnen und Bürgern noch bessere Sport- und Bewegungsmöglichkeiten."

Zugegeben, das klingt nicht schlecht.

(Dirk Kienscherf SPD: Wie oft waren Sie eigentlich im Sportausschuss?)

Aber ist es wirklich so? Stellt Hamburg wirklich bessere Sport- und Bewegungsmöglichkeiten für alle bereit, egal in welchem Alter, von welcher Herkunft und ob mit oder ohne körperliche oder geistige Behinderung? Kann die Dekadenstrategie dazu beitragen, dass allen Hamburgerinnen und Hamburgern die gleichen Bedingungen angeboten werden? Nach genauerem Hinschauen kann man sagen: wohl kaum. Ich möchte dies mit einigen Beispielen begründen.

Erstens wird in der Dekadenstrategie deutlich, dass Innensenator Neumann auf die Fortführung der unter Schwarz-Grün geplanten Sanierung der Sportstätten und öffentlichen Turnhallen setzt. Dies ist sehr problematisch, weil sich die Stadt damit nach und nach aus ihrer Verantwortung verabschiedet. Dass großen Vereinen und anderen Trägern die Verfügungshoheit über die öffentlichen Anlagen überlassen wird und Instandhaltung, Sanierung und Betrieb nur noch nach Kassenlage stattfinden, kann nicht sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens wird die Ausführung von PPP-Projekten mittel- und langfristig darauf hinauslaufen, dass Stiftungen und private Geldgeber entscheiden, ob und wer die Sportanlagen nutzen darf. Ein aktuelles Beispiel ist das Pestalozzi-Quartier in Sankt Pauli. Dort überlässt es die Stadt den privaten gewinnorientierten Investoren, ob und unter welchen Bedingungen eine Turnhalle erhalten bleibt. Vereine und Mitglieder, die über wenig Geld verfügen, sind die Leidtragenden. Das hat mit Sport, Herr Senator, gar nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Stadt ist gefordert, jedem Verein und allen Sportlern und Sportinteressierten kostengünstigen Zugang zu Sportanlagen zu ermöglichen. Der Senat ist davon jedoch weit entfernt. Unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Sportoffensive wird der Ausverkauf öffentlicher Anlagen vorangetrieben.

Kritikwürdig sind drittens die Pläne des Senats in Bezug auf die Einführung einer Spitzensportlerquote für Bewerberinnen und Bewerber an Hamburger Hochschulen. Problematisch ist dabei nicht nur, dass gleichzeitig die Härtefall- und Ausländerquoten, also die Quoten, die den Zugang von benachteiligten Menschen verbessern sollen, massiv gekürzt werden, zweifelhaft ist auch, dass ein Hochschulgesetz verändert werden soll – hören Sie bitte zu – wegen zehn von 58 Spitzensportlern, die in den letzten drei Jahren nicht zugelassen worden sind.

Bedenklich ist außerdem das Vorhaben des Senats, jährlich zehn Großveranstaltungen nach Hamburg zu holen. Allein die Bewerbung um die Schwimmwettbewerbsmeisterschaften 2013 hat die Steuerzahler, das heißt den Hamburger Haushalt, mit knapp 50 Millionen Euro belastet. Wenn man bedenkt, dass in benachteiligten Stadtteilen wie Billstedt oder Veddel teilweise nur jedes zehnte Kind schwimmen kann, während in Blankenese die Quote bei nahezu 100 Prozent liegt, dann ist es sinnvoll, Steuergelder nicht für die Anwerbung von Sportwettbewerben zu verschenken, sondern benachteiligten Stadtteilen zukommen zu lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn zum Beispiel nur ein kleiner Bruchteil der Bewerbungskosten für Großveranstaltungen in den Breitensport investiert würde, könnte jedes Kind und jeder Erwachsener unabhängig von finanziellen Hintergründen Sport treiben. Die Breite des Sports lege die Basis für die Spitze, heißt es in der Dekadenstrategie. Dies bringt das ganze Problem zum Ausdruck, dass nämlich die Masse für die Spitze instrumentalisiert wird.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Bitte hören Sie dem Abgeordneten zu. Wenn Sie sich unterhalten wollen, gehen Sie bitte hinaus. Fahren Sie fort, Herr Abgeordneter.

Mehmet Yildiz DIE LINKE (fortfahrend): Vielen Dank. – Wir verlangen eine stärkere Förderung des Breitensports, weil die breiten Massen und die Menschen in den benachteiligten Stadtteilen auf Förderung angewiesen sind, während im Spitzensport diese Förderung und Subvention nicht gegeben ist.

Es ist schön, dass sich beim Thema ganztägige Bildung und Betreuung auch die Sportverbände beteiligen. Ich habe den Senator bereits in den letzten Bürgerschaftssitzungen gebeten, die Sportverbände zu einem Gespräch einzuladen. Die Träger sollten in diesem ganztägigen Bildungs- und Betreuungskonzept ernst genommen und mit in Betracht gezogen werden und nicht darum bitten

(Mehmet Yildiz)

müssen, mitmachen zu dürfen, weil sie sonst keine Zukunft mehr haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Senator Neumann hat das Wort.

Senator Michael Neumann:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Dekadenstrategie, die der Senat Ihnen in einer Mitteilung vorgelegt hat und die Sie jetzt im Sportausschuss, wenn ich das richtig verstanden habe, debattieren wollen, ist aus meiner Sicht und aus Sicht des Senats eine Drucksache, die sich auf eine Strategie bezieht, nämlich auf die Anerkennung des Sports als Querschnittsaufgabe. Sie haben völlig richtig zu beschreiben versucht, Frau Blömeke, ähnlich wie der Kollege von der CDU, dass es in Zukunft darauf ankommen wird, dass wir mit weiteren Drucksachen mit dem Haushaltsplan-Entwurf der Jahre 2013/14 der Bürgerschaft konkret benennen werden, welche Maßnahmen wir finanziell hinterlegen. Die Bürgerschaft wird nach ihrem Budgetrecht natürlich beteiligt, da muss sich niemand Sorgen machen.

Vielleicht hat nicht jeder, der sich bisher mit der Dekadenstrategie beschäftigt hat, deren Konzeption wirklich verstanden, Frau Blömeke. Der Hamburger Sport hat sich, unterstützt durch das Sportamt und die Politik, auf den Weg gemacht, seine Ziele für 2020 zu formulieren. Der entscheidende Punkt ist, dass dieser Senat gesagt hat, dass er die autonom vom Sport formulierten Ziele als seine Ziele übernimmt, also nicht politisch und schon gar nicht parteipolitisch oder wahlkreispolitisch eingreift, sondern das als Dekadenziele für die Senatspolitik übernimmt, was der Sport in Hamburg in seiner Breite erarbeitet hat. Und wenn Sie sagen, dass das aus Ihrer Sicht nur ein Papiertiger sei, dann muss ich Ihnen offen sagen, dass ich enttäuscht darüber bin, dass Sie diese Ambitionen, die Sie in der Sportpolitik entwickelt haben, nicht vor einem, zwei oder drei Jahren verfolgt haben, als Sie selbst die Verantwortung trugen und die Möglichkeit dazu gehabt hätten.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Wenn man mich sieht, dann kommt man nicht auf den Gedanken, dass ich sehr viel Sport mache, schon gar nicht in meinem Dienstzimmer. Daher weiß ich nicht, wie Sie zu der Formulierung kommen, dass Sport jetzt im Dienstzimmer des Senators gemacht werde.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es gab in den letzten Jahren und Jahrzehnten keinen so breiten Beteiligungsprozess, angefangen mit dem Sportgutachten des Vorgängersenats von Herrn Wopp. Es wurde vom Hamburger Sportbund

initiiert, dieser hat über Jahre darauf gedrängt, auch daran will ich erinnern. Es war keine freiwillige Entscheidung des Vorgängersenats, ein Sportgutachten in Auftrag zu geben, sondern das fast jahrzehntelange Drängen des Präsidenten des Hamburger Sportbunds, der immer wieder im positiven Sinne genervt hat. Irgendwann war der Druck so groß, dass der Vorgängersenat nicht mehr anders konnte, als dieses Sportgutachten in Auftrag zu geben. Solch eine Beteiligung hat es im Hamburger Sport in den letzten zehn, zwanzig Jahren nicht gegeben. Daher wird Sport nicht im Dienstzimmer des Senators gemacht, sondern dort, wo er hingehört, nämlich in den Sportanlagen und Sporthallen, wo die Menschen selbst Sport betreiben und wo sich die Sportfunktionäre einbringen und beteiligen können, und nicht als Vorgabe des Senats oder gar der Bürgerschaft.

(Beifall bei der SPD)

Denn drittens ist der Sport autonom. Es gibt in unserem Land Gott sei Dank keinen Staatssport. Das Modell ist 1989 gescheitert, wie auch vieles andere gescheitert ist, und die Autonomie des Sports muss und soll weiter bewahrt und ausgebaut werden. Auch das ist ein Bekenntnis des Senats mit seiner Entscheidung, die Dekadenstrategie als seine Strategie zu übernehmen, nämlich die Anerkennung der Autonomie des Sports. Das ist ein hohes Gut, hat Verfassungsrang und große Anerkennung. Der Sport legt zu Recht Wert darauf, dass er diese Autonomie genießt. Der Hamburger Senat unterstützt ihn dabei, und ich bin mir sicher, die Bürgerschaft in der Breite auch.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mich nicht an einzelnen Formulierungen, die ich vorhin gehört habe, abarbeiten, aber auf zwei Dinge will ich eingehen. Es wurde gesagt, dass der Sport eine von mir zugewiesene Rolle eingenommen habe. Die Denke, die dahintersteht, ist völlig falsch. Es ist nicht die Politik, die dem Sport eine Rolle zuweist, sondern es ist der Sport, der sich selbst eine Rolle zuschreibt, der sie sich nimmt, der sie ausfüllt und der sie vor allem jeden Tag lebt. Wir sollten uns bei unserem Regulierungswahn, den Bürgerschaft und Senat häufig gemeinsam haben, vielleicht manchmal einfach zurücknehmen und dem Sport Freiheit zubilligen und Möglichkeiten geben. Denn die Menschen, die sich im Sport ehrenamtlich engagieren, sind von hoher Kompetenz geprägt, und Vertrauen in die Ehrenamtlichkeit innerhalb des Hamburger Sports zu setzen, ist eine gute Entscheidung. Wenn wir die Rahmenbedingungen richtig stellen, werden wir das Beste aus dem Hamburger Sport herausholen. Es ist nicht die Politik, die ihm die Rolle zuweist, sondern es ist das Selbstverständnis des Sports, dass er diese Rolle in unserer Gesellschaft hat und haben soll.

(Beifall bei der SPD)

(Senator Michael Neumann)

Es fiel auch das Wort, dass nicht nur nach Kassenlage Politik gemacht werden dürfe. Das ist eine alte Formulierung, auf die ich allergisch reagiere. In den letzten Jahrzehnten wurde leider eben nicht nach Kassenlage Politik gemacht. Man muss darauf achten, dass das Geld auch auskömmlich ist. Und zu sagen, dafür müsse aber Geld da sein, ist mit unserem Ansatz "pay as you go", nicht politische Schwerpunkte zu setzen, gefolgt worden, und daran will ich erinnern, wenn gefragt wird, wie die Finanzierung aussieht. Diese Bürgerschaft hat im letzten wie in diesem Jahr jeweils 4 Millionen Euro für die Instandsetzungsoffensive zusätzlich investiert. Das war die Entscheidung des Parlaments. Deswegen bin ich etwas überrascht, wenn Abgeordnete danach fragen, wie das finanziert werden soll. Dieses Parlament hat die Entscheidung getroffen, jedes Jahr zusätzlich 4 Millionen Euro in die Instandsetzung von Sportplätzen zu investieren. Es erinnert sich vielleicht nicht mehr jeder daran, aber es war der Beschluss dieser Bürgerschaft und ich danke dafür.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Sie haben die Kooperationen von Schule und Verein angesprochen, eine große Herausforderung, um die ich meinen Kollegen Rabe nicht beneide. Es ist wirklich eine große Herausforderung, so wie das auch der Kollege von der CDU beschrieben hat, sich dort auf Augenhöhe zu begegnen. Meine Erwartung ist – und ich weiß, dass das auch die Haltung von Senator Rabe ist –, dass sich die Akteure im Stadtteil und in der Schule auf Augenhöhe begegnen. Deswegen müssen wir das auf der einen Seite den Schulen so anbieten, aber auch den Vereinen deutlich stärkend immer wieder sagen, dass sie nicht nachgeordnet sind, sondern Akteure im Stadtteil, die sich auf Augenhöhe begegnen. Genau auf dieser Ebene der Gleichheit wollen wir die enge Kooperation zwischen den Schulen und den Sportvereinen im Stadtteil, denn das ist der einzige Weg, auch die Schulen so aufzustellen, dass sie mit dem Schwerpunkt Sport erfolgreich arbeiten können. Das geht aber nur auf Augenhöhe, und deshalb erinnere und mahne ich in Richtung Schule und fördere und stärke den Anspruch in Richtung Vereine.

Bei der zweiten inhaltlichen Einlassung ging es um das Thema Lärmschutz und Lichtemissionen. Das ist ein großes Problem. Man wundert sich über manche Haltung in unserer Stadt, was Kinder angeht, aber auch den Sport generell. Wir haben darüber bereits mit Herrn Vesper und Herrn Bach vom DOSB gesprochen. Es gibt Vorschläge seitens des DOSB, die der Senat übernehmen wird, und eine entsprechende Initiative im Bundesrat ergreifen wird. Darüber habe ich bereits mit dem Bundesinnenminister gesprochen. Der entscheidende Punkt ist, dass wir es gemeinsam machen. Nutzen Sie auch die Möglichkeiten, Einfluss auf die Länderkol-

legen in den anderen Bereichen zu nehmen, denn die Frage der Lärmemission stellt sich in einem Stadtstaat anders als in einem Flächenland. Der bayerische Dorfbürgermeister sagt, kein Problem, wir bauen den neuen Sportplatz einfach an den Rand unseres Dorfes. Das können und wollen wir in Hamburg aber nicht machen. Erstens haben wir in Bergedorf schon viele Sportanlagen, und zum anderen müssen die Menschen Sportanlagen fußläufig erreichen können. Man kann den Menschen in Sankt Pauli nicht sagen, dass sie nach Niendorf, Schnelsen oder Bergedorf gehen sollen, um dort Sport zu treiben. Deshalb bitte ich darum, sich auf den Fraktionsvorsitzenden-Konferenzen der verschiedenen Parteien – das gilt auch für die Grünen – deutlich dafür stark zu machen, dass unserer Initiative zur Privilegierung des Sportlärms gefolgt wird und nicht mit der Arroganz des Flächenlandes geschaut wird. Wir haben als Stadtstaat eine besondere Bedeutung in diesem Themenfeld, und deshalb brauche ich dafür die Unterstützung aller Parteien, auch auf Bundesebene. Und wenn Sie Möglichkeiten haben, hier Einfluss zu nehmen, dann nutzen Sie sie bitte.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich auf gute, gerne auch strittige Diskussionen innerhalb des Sportausschusses. Ich hoffe, dass wir es gemeinsam hinbekommen, das Signal aus der heutigen Debatte, aber auch aus den Debatten im Sportausschuss an den Hamburger Sport zu senden, dass er gewollt ist und wir alles tun wollen, um ihn in seinen verschiedenen Facetten zu fördern. Wir sollten nicht in einen parteipolitischen Streit um des Streites willen geraten – ich habe manchen Debattenbeitrag so begriffen –, sondern uns zusammenreißen und gemeinsam an dem Ziel arbeiten, Hamburg sportlicher aufzustellen und die Ziele der Dekadenstrategie im Jahre 2020 gemeinsam zu erreichen.

Frau Kaesbach, Sie haben vielleicht bewusst oder unbewusst die Formulierung benutzt, dass Sie das ganz interessiert beobachten werden. Beobachten Sie nicht, bringen Sie sich mit ein. Wenn wir sagen, Hamburg macht Sport, dann bezieht sich das auch ausdrücklich auf das Parlament gemeinsam mit dem Senat. Wir sollten nicht nur im Sinne der Metropolregion-Werbung "Runter vom Sofa" zusehen und beobachten, sondern Sport als eine tägliche Aufgabe begreifen, der wir selbst gerecht werden müssen, im politischen wie auch im persönlichen Bereich. Dazu lade ich Sie ganz herzlich ein und hoffe, dass der konstruktive Weg, der von den Fraktionsvertretern deutlich beschrieben worden ist, in Zukunft fortgesetzt wird und von heute das Signal ausgeht, dass Hamburg zur Dekadenstrategie steht und Bürgerschaft und Senat am selben Strang ziehen. – Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Blömeke, Sie haben das Wort.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin! Sehr verehrter Senator Neumann, lassen Sie mich auf Ihre Anmerkungen kurz zwei Punkte erwidern. Sie sprachen von dem groß angelegten Beteiligungsprozess, den sehen wir auch. Aber ich habe in Ihren Darstellungen zum Beispiel die Zusage vermisst, das Parlament oder den Ausschuss an dem Sportbericht oder an der Entscheidung, welche Großsportevents wir in Hamburg haben werden, teilhaben zu lassen. Der Beteiligungsprozess ist doch eher auf Sie beschränkt, gemeinsam mit den Vertretern des Sports.

Und wenn ich den Senat oder den Senator kritisiere, hat das überhaupt nichts damit zu tun, dass ich nicht hohe Anerkennung für den Bereich des Sports habe. Natürlich kann ich ohne Zweifel das Signal aussenden, dass der Sport gewollt ist, und ich denke auch, dass all die sportlichen Vertreter in der Zukunftskommission große Arbeit geleistet haben, um diese Dekadenstrategie zu erstellen. Aber in dem Moment, wo Sie diese Ziele übernehmen und daraus eine Senatsdrucksache machen, reden wir im Parlament politisch über das, was der Senat will. Das ist der Grund, warum ich in dieser Drucksache die Darstellung der Finanzierung vermissen und die leicht schwammigen Aussagen kritisiere. Das muss im Parlament weiterhin erlaubt sein, ohne dass bei Ihnen das Signal ankommt, dass wir den Sport diskreditieren. Das ist keinesfalls Sinn der Sache, aber wir werden im Ausschuss weitere Diskussionen dazu führen müssen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung, zunächst zu den Überweisungsbegehren.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/2948 an den Sportausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Nun zum Antrag der GAL-Fraktion aus Drucksache 20/3141. Wer möchte diesen an den Sportausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der GAL-Fraktion aus Drucksache 20/3141 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe nun den Punkt 8 auf, Drucksache 20/2452 in der Neufassung, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Umsetzung des Masterplans Industrie.

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Umsetzung des Masterplans Industrie
– Drs 20/2452 (Neufassung) –]**

Wird das Wort gewünscht? – Herr Stemmann. Bevor Sie es haben, bitte ich das Haus erneut um Ruhe. Bitte, liebe Abgeordnete, hören Sie Herrn Stemmann zu.

Hjalmar Stemmann CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete! Herzlichen Dank an alle, die mir zuhören.

(Beifall bei der CDU, der SPD, vereinzelt bei der GAL und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Unser neuer Bürgermeister bestätigte beim 4. Hamburger Industrietag Ende Juni 2011, dass er zu diesem Anlass – ich zitiere –:

"[...] den zwischen Wirtschaft und Behörden abgestimmten 'Masterplan Industrie' heute schon in der Hand halten [wollte], aber [...]: Wir arbeiten noch dran."

Das ist über ein halbes Jahr her und noch immer liegt nichts vor. Eben war der Bürgermeister noch da; ich hätte ihn gern gebeten, uns zu erklären, wie lange er noch daran arbeiten möchte.

(*Wolfgang Rose SPD:* Jetzt kommt Herr Horch!)

Bemerkenswert ist, dass das Interesse am Masterplan Industrie in den Folgemonaten bei ihm massiv geschwunden zu sein scheint.

(*Jan Quast SPD:* Wie kommt er denn darauf?)

Zuletzt hat der Bürgermeister am 29. November 2011 beim 15. Industrietreffen des IVH erklärt:

"Die Industrie ist für die wirtschaftliche Entwicklung [...] von grundsätzlicher Bedeutung und der Senat hat ein ureigenes Interesse daran, am 'Masterplan Industrie' intensiv weiter zu arbeiten."

(Beifall bei der CDU)

Aber weder bei seinem Grußwort auf dem Neujahrsempfang der IHK Lübeck Mitte Januar dieses Jahres noch einen Tag später anlässlich des 347. Geburtstags unserer Handelskammer gab es ein einziges Wort zum Masterplan Industrie. Auch bei der Eröffnung der größten Industriezuliefermesse in Hamburg, der NORTEC, Ende Januar keine Erwähnung mehr. Ist der "Masterplan Industrie" nicht mehr interessant oder liegt es daran, dass der Wirtschaftssenator Horch bei dem eingangs erwähnten 4. Hamburger Industrietag die Vorarbeiten der CDU-Senate zur Technologiepolitik lobte? Recht hat er, wie auch die Senatsantworten auf die Große Anfrage zeigen.

(Hjalmar Stemann)

(Beifall bei der CDU)

Als ehemaliger IVH-Vorsitzender und späterer Handelskammer-Präsident weiß er natürlich, was bis 2010 gute Industriepolitik war. In unserer Großen Anfrage zur Umsetzung des "Masterplan Industrie" hat der Senat bestätigt:

"Bei der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen konnten in einigen Handlungsfeldern beachtliche Erfolge erzielt werden."

Der Senat zählt dann auf, dass die Neuansiedlung von Industrieunternehmen durch ein Paket von Maßnahmen und Instrumenten unterstützt werde, in den vergangenen drei Jahren hätten insgesamt fast 1,5 Milliarden Euro für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestanden. Es wird gelobt, dass die CDU-geführten Senate die Gründung vieler bedeutender Zentren der Forschung und Entwicklung vorangetrieben haben, darunter das Fraunhofer-Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen, das Laser Zentrum Nord und der KlimaCampus. Dank der in CDU-Regierungszeiten eingerichteten "InnovationsAllianz Hamburg" konnte der amtierende Senat ausrufen: Hamburg soll zur Innovationshauptstadt werden; doch dazu später noch etwas mehr.

Als sehr erfolgreich wird auch die von der CDU initiierte Clusterpolitik eingestuft. Sie ist sogar so gut, dass die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation im Dezember des letzten Jahres eine Broschüre "Clusterpolitik in Hamburg – Gemeinsam an die Spitze" herausgegeben hat. Auf 24 Seiten lobt sie die Politik der CDU-geführten Vorgängersenate. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU)

Der "Masterplan Industrie" war ein Erfolgsmodell des CDU-Senats, inzwischen ist er sogar zum Exportartikel geworden. Berlin, Bremen und Düsseldorf haben entsprechende Vereinbarungen entwickelt und unterschrieben. Was aber tut der Senat? Er schiebt die Erarbeitung und Umsetzung des neuen Masterplans Industrie auf die lange Bank. Ohne konkretes Datum ist in seiner Antwort nur noch von 2012 die Rede. Alle üblichen Floskeln wie "im ersten Halbjahr" oder "im dritten Quartal" sind nirgends zu finden. Mehr noch, der Senat wirkt ahnungs- und konzeptlos.

(Beifall bei der CDU)

Vollmundig versprach die SPD in ihrem Wahlprogramm einen Verkehrsentwicklungsplan – ich zitiere –:

"[...] der die Verkehrsinfrastruktur sowie die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft berücksichtigt und aufnimmt."

Nun lautet die Antwort, man erarbeite diesen Plan, aber bis zum Ende der noch drei Jahre dauernden

Wahlperiode werde das ohnehin nichts. Statt der großen verkehrspolitischen Wegmarke wird nun vielleicht ein kleines Konzeptchen vorgeschoben.

Wenn wir schon beim Wahlprogramm der SPD sind, dann darf ich daraus einen weiteren Satz zitieren:

"Wir werden uns um alle Zweige der hamburgischen Wirtschaft kümmern, um den Mittelstand und die großen Unternehmen, das Handwerk, unternehmensbezogene Dienstleistungen, die Industrie, die Luftfahrt, Schifffahrt, Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau, Maritime Industrien, Handel, Logistik, IT, Medien mit vielen bedeutenden Unternehmen, die soziale Netzwerke betreiben, Life Sciences und Gesundheitswirtschaft, Energie, Finanzwirtschaft mit Banken und Versicherungen, Tourismus und Landwirtschaft."

So der große Rundumschlag. Wann wollen Sie denn anfangen, sich wenigstens um einen dieser Bereiche ernsthaft zu kümmern? Wer oder was hindert Sie daran? Die CDU-Fraktion bestimmt nicht.

(Beifall bei der CDU)

Dafür erweitern Sie den Abstimmungskreis und versehen das gleich mit der Einschränkung:

"Dirigistische wirtschaftspolitische Eingriffe sind in den Bereichen Beschäftigung, Wirtschaftsleistung und Investitionen nicht geplant."

Aber vielleicht in anderen Bereichen, die Sie nicht explizit ausschließen, wie zum Beispiel dem Umweltschutz oder der Clusterpolitik? Hoffentlich nicht.

Wer sagte denn eines Tages:

"Die Handelskammer wertet den bisherigen Auftritt des Senats als effektiv und professionell. Aber wichtige konkrete Entscheidungen stehen noch an: Ohne Kraftwerk Moorburg, ohne angebotsorientierte Flächenpolitik, ohne konsequenten Hafenausbaubau mit schneller Realisierung der Hafenuferspanne sowie mit dem Liebäugeln mit weiteren Steuererhöhungen werden die Investoren wieder einen Bogen um die Stadt machen. Der Senat muss beherzigen, dass nur verteilt werden kann, was vorher erwirtschaftet wurde. Die Wirtschaft wird den Senat daran messen, ob er sich von dieser Einsicht leiten lässt. Moorburg wird dabei zum Lackmuster."

Das war am 15. August 2008 Handelskammer-Präsident – Sie ahnen es schon – Frank Horch. Da gab es immerhin schon einen "Masterplan Industrie", und der CDU-Senat arbeitete fleißig die dort ent-

(Hjalmar Stemmann)

haltenen Punkte ab. Welche Note würde ein Handelskammer-Präsident dem Senat heute für seine Industriepolitik geben?

Wie wichtig ein guter Rahmenplan ist, zeigt das gestern erstmalig veröffentlichte Industriebarometer – ich zitiere –:

"Jedes dritte Hamburger Industrieunternehmen plant 2012 höhere Investitionen als im Vorjahr, 18 Prozent der Betriebe wollen in den kommenden Monaten sogar mehr Personal einstellen."

Das erklärte gestern Michael Westhagemann, Vizepräsident der Handelskammer und Vorsitzender des IVH – Industrieverband Hamburg. Dafür braucht die Hamburger Industrie die Unterstützung des Senats und aller Behörden, damit nicht Traditionsunternehmen und erfolgreiche Steuerzahler wie Tesa der Stadt den Rücken kehren und unmittelbar vor den Toren eine neue Zentrale eröffnen. Schleswig-Holstein wird es freuen, der Finanzsenator wird es merken.

(Beifall bei der CDU)

Und was macht Eimsbüttel aus dem bisherigen Standort? Vielleicht Wohnungsbau, damit Beiersdorf mit den übrigen Bereichen Hamburg auch noch den Rücken kehrt? Hoffentlich nicht.

In der Innovationspolitik, dem erklärten Schwerpunktfeld der neuen Behörde für Wirtschaft, Medien und Innovation, stockt alles. Der Innovationsstiftung laufen fähige Mitarbeiter davon, weil über Ihnen das Damoklesschwert der Integration als kleine Abteilung in der Wohnungsbaukreditanstalt schwebt. Die Anfang 2011 noch vom schwarz-grünen Senat gegründete Innovationskontaktstelle, übrigens eine alte Forderung des Handelskammer-Präsidenten Horch, droht bereits nach zwei Jahren die Schließung, wie wir auf Seite 15 der Großen Anfrage zwischen den Zeilen lesen können. Dafür wird ein webbasiertes Innovationsportal geplant – welch große Innovation. Dieses gibt es aber leider oder zum Glück schon: "TechSearch – Die Plattform für Know-how und Kooperation in Forschung und Wirtschaft". Die Seite wurde im März 2006 freigeschaltet und wird gemeinsam von der Behörde für Wissenschaft und Forschung und der Handelskammer Hamburg betrieben. Oder brauchen wir etwas Neues, weil es von der falschen Behörde kommt oder weil es ein erfolgreiches Projekt aus der Zeit der CDU-Alleinregierung ist? Und ist nicht zuletzt die Etablierung eines Förderprogramms für Existenzgründer bereits mit dem unter Schwarz-Grün gestarteten "Innovationsstarter Fonds", den Innovationssenator Horch im September 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt hat, bereits etabliert? Wie hieß es vor einem halben Jahr aus seinem Mund:

"Wir wollen junge innovative Unternehmen in Hamburg fördern, um deren Forschungs-

und Entwicklungstätigkeit zu stärken. Die so unterstützten Unternehmen werden intensiv betreut, um eine erfolgreiche und nachhaltige Unternehmensentwicklung zu gewährleisten. So können wir unser Know-how am Standort auf vielfältige Weise ausbauen und uns Wettbewerbsvorteile sichern."

Recht hat er, aber wir haben diese Stelle bereits.

Schauen wir auf den bisher immer als Spitzencluster bezeichneten Bereich Luftfahrt. Für diesen wird uns öffentlich bescheinigt, dass wir ganz hinten liegen. Da hilft auch kein Verweis aus der Behörde auf eine deutsche Spitzenstellung, denn in diesem Bereich sind nicht Paderborn oder Weißwasser die Wettbewerber, sondern sie sitzen in Toulouse, Seattle und zunehmend auch in China und Brasilien. Mit Brasilien stehen wir auf einer Stufe – laut Untersuchung nämlich auf der letzten. Da können wir nur hoffen, dass die Umweltpartnerschaft nicht genauso unter die Räder kommt. Auch hier wird uns für das Jahr 2012 ein neues Arbeitsprogramm für die Fortschreibung versprochen, damit die Umweltpartnerschaft 2013 bis 2018 in eine dritte Runde gehen kann. Wir sind gespannt, ob Sie uns hier rechtzeitig Vollzug melden.

(Beifall bei der CDU)

Vor mehr als sieben Monaten hat Senator Horch konstatiert:

"Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die Fortschreibung zuversichtlich in Angriff nehmen können, denn die Wirtschaftspolitik des Hamburger Senats verfolgt klar und transparent das Ziel, Hamburg als Industriestandort zu stärken."

Sie, sehr geehrter Herr Senator Horch, sind sicherlich unverdächtig, der Bremser zu sein. Sagen Sie uns, wo die Probleme liegen; wir von der CDU-Fraktion unterstützen Sie gerne. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Balcke hat das Wort.

Jan Balcke SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrter Kollege Stemmann, Sie haben Ihre Chance verpasst. Ich war der Auffassung, wir würden uns in dieser Debatte der Frage widmen, wie wir den Wirtschaftsstandort Hamburg gemeinsam fortentwickeln könnten. Stattdessen haben Sie uns ein Zerrbild der derzeitigen Wirtschaftspolitik dargestellt, das mit der Realität nicht im Ansatz mithält.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich wollte ich es mir ersparen, aber ich muss Sie schon noch einmal daran erinnern, dass die Zeitungen vor einem Jahr den damaligen Präsidenten der Handelskammer und Wirtschaftssenator-

(Jan Balcke)

Kandidaten in einem möglichen Scholz-Senat geradezu als Heilsbringer feierten, weil die CDU in ihrem klassischen Politikfeld, der Wirtschaftspolitik, kläglich versagt hatte.

(Beifall bei der SPD)

Zu dem, was Sie in Bezug auf die Clusterpolitik und zu einzelnen Schwerpunkten, die sich auch im Masterplan wiederfinden, ausgeführt haben, kann ich nur sagen: Sie hatten damals in diesen Punkten immer die volle Unterstützung der SPD-Fraktion, es hat da überhaupt keinen Dissens gegeben.

(*Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Wo er recht hat, hat er recht!*)

Meine Damen und Herren! Europa schaut dieser Tage mit großer Anerkennung nach Deutschland. Nachdem wir als Land der Old Economy abgetan und unsere Wirtschaft als rückwärtsgewandt gebrandmarkt wurde, weil die verarbeitende Industrie weder zeitgemäß noch konkurrenzfähig sei, sehen wir dieser Tage, dass genau das Gegenteil der Fall ist: Deutschland – und insbesondere Hamburg – ist ein Job- und Innovationsmotor. Heute zeigt sich umso mehr, dass unsere wirtschaftliche Erdung der Grundpfeiler für Stabilität und damit auch für Wachstum und Wohlstand ist. Hamburg ist in dieser Hinsicht – das wird bundesweit anerkannt – ein Vorbild nicht nur für einzelne Regionen, sondern auch für ganze Bundesländer.

117 000 Beschäftigte in der industriellen Wirtschaft bauen auf diesen Standortvorteil. Die Zahlen, Herr Stemmann, sind Ihnen natürlich auch bekannt. Die Unternehmen – und das sind gute Nachrichten für Hamburg – haben vor, allein dieses Jahr 31 Prozent mehr zu investieren als 2011. Sie haben die Zahlen genannt: 18 Prozent Personalzuwachs im Gegensatz zu 2011, allein 16 Prozent der Beschäftigten arbeiten im produzierenden Gewerbe, und die Brutto-Wertschöpfung der Hamburger Industrie lag allein in 2010 bei gut 10 Milliarden Euro. Das sind gute Nachrichten und die, Herr Stemmann, kann man ruhig auch einmal ganz deutlich betonen.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg investierte seinerseits in 2011 540 Millionen Euro in Infrastrukturmaßnahmen. Wir sollten uns eigentlich einig darüber sein, dass diese Investitionen wichtig sind, um wirtschaftliche Prosperität gewährleisten zu können. Das ist unserer Auffassung nach Aufgabe der Regierung. Insofern freuen wir uns als SPD-Fraktion über diese Erfolgsnachrichten.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus konnten wir in den letzten zehn Monaten wirtschaftliche Erfolge verzeichnen. Dabei sei insbesondere der schon oft erwähnte Dialog mit der Hafengewirtschaft genannt, der auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden musste. Die-

ser Dialog ist von Respekt und gegenseitigem Vertrauen gekennzeichnet. Die Ergebnisse dieses Dialogs werden wir in diesen Wochen vorgestellt bekommen. Außerdem haben wir dieser Tage mit Freuden die Eröffnung des Laser Zentrums Nord zur Kenntnis genommen; auch das ist eine gute wirtschaftspolitische Nachricht für den Industriestandort Hamburg.

Wir setzen auf zukunftsfähige Industrien und nachhaltige Unternehmen. Die Clusterstrukturpolitik wurde erwähnt, die immer unsere Unterstützung gefunden hat und die es nun – da setze ich auf Ihren konstruktiven Beitrag – fortzuentwickeln gilt. Das ist unser Auftrag. Selbstverständlich werden wir einfordern, dass der Senat liefert – das werden wir im Wirtschaftsausschuss tun –, aber die Strategie, wirtschaftspolitische Cluster zu identifizieren und diese dann branchenspezifisch zu stärken, ist richtig. An dieser Strategie werden wir festhalten.

Moderne Industriepolitik setzt natürlich auch ein erfolgreiches Flächenmanagement voraus. Sie haben die für uns ärgerliche Abwanderung von Tesa erwähnt. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass es auch Aufgabe Hamburger Wirtschaftspolitiker sein sollte, gerade im Hinblick auf die Clusterpolitik in der Kategorie Metropolregion zu denken. Es macht keinen Sinn, wenn wir als Flächenland

(*Heike Sudmann DIE LINKE: Wir als Flächenland?*)

uns nur darauf konzentrieren, uns in der eigenen Scholle zu bewegen. Wir müssen als Metropolregion agieren und die benachbarten Länder mit einbeziehen. Das tut der Wirtschaftssenator und er tut es mit großem Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg wird eben nicht von der Finanzwirtschaft regiert, sondern Industrie und klassischer Handel tragen zur Wertschöpfung in erheblichem Maße bei. Die Standortentscheidungen namhafter Unternehmen der Windenergiewirtschaft sprechen Bände. Siemens mit 400 Mitarbeitern ist bereits genannt worden, dazu PowerWind, Gemsa, DONG Energy, AREVA Wind aus Frankreich – lauter gute Nachrichten für den Industriestandort Hamburg.

Es ist gut, dass der Wirtschaftssenator sich so engagiert eingebracht und dafür gesorgt hat, dass wir nach langen Wochen auf einen Fortbestand der Sietas hoffen können. Von der SPD-Fraktion, Herr Senator Horch, geht unser ausdrücklicher Dank an Ihre Adresse.

(Beifall bei der SPD)

Wir schaffen gute Rahmenbedingungen für den Mittelstand. Ein wichtiger Impulsgeber dafür ist der "Masterplan Handwerk", der sich insbesondere damit auseinandersetzt, Fachkräfte am Standort auszubilden, weiterzubilden und zu konzentrieren. Das

(Jan Balcke)

ist Innovationspolitik, wie wir sie uns vorstellen, und da ist der Senat genau auf der richtigen Schiene.

Mich verwundert, dass Sie im Zusammenhang mit der Industriepolitik die Fahrrinnenanpassung nicht erwähnt haben, Herr Stemmann. Das wäre notwendig gewesen. Es wäre gerade heute notwendig gewesen, denn das absurde Schauspiel, dass der Abgeordnete des Cuxhavener Kreistags und parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Herr Ferlemann, liefert, spottet jeder Beschreibung. Auf der einen Seite ist der gute Mann zuständig für die Umsetzung der Fahrrinnenanpassung, auf der anderen Seite als verantwortlicher Politiker vor Ort Gefangener seiner selbst und redet denjenigen, die die Fahrrinnenanpassung ablehnen, das Wort. Das ist unglaublich, das kritisieren wir außerordentlich.

(Beifall bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*)

Ich muss noch einen draufsetzen: Das heutige Interview mit dem neuen Umweltminister in Niedersachsen, Herrn Birkner von der FDP, spricht ebenfalls Bände.

(*Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*: Gerade noch rechtzeitig geklatscht!)

Herr Kluth, es wäre schön, wenn wir dazu etwas von Ihnen hören würden, denn das steht genau entgegengesetzt zu dem, was Sie regelmäßig in der Bürgerschaft postulieren. Ich setze auf Sie, dass Sie mit Ihren verantwortlichen Kollegen ins Gespräch gehen und die richtigen Weichen für den Industriestandort stellen.

Der Senat hat unsere Unterstützung. Wir sind voller Zuversicht, in diesem Jahr die Fortschreibung des "Masterplans Industrie" vorgestellt zu bekommen. Wir sind gerne bereit, Herr Senator, mit Ihnen daran zu arbeiten und setzen darauf, diesen Dialog fortzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Tjarks, Sie haben das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein wesentlicher Punkt des "Masterplans Industrie" ist die Bereitstellung von 100 Hektar Industrieflächen durch die Stadt für die Industrie in Hamburg. Wenn man die Antwort des Senats auf die Große Anfrage von Frau Prien und der CDU interessiert liest, dann stellt man fest – Seite 9, Antwort auf Frage 3 –, dass die Stadt seit 2009 6624 Quadratmeter Fläche an die Industrie gegeben hat; dazu kommen weitere 4000 Quadratmeter von der HPA. Das macht zusammen etwas mehr als 1 Hektar in drei Jahren. Bei diesen Zahlen liegt der Gedanke nahe, dass entweder mit der Politik etwas nicht stimmt – viel-

leicht brauchen wir keine 100 Hektar –, mit der Ansiedlung oder mit der Antwort auf die Große Anfrage.

(*Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*: Oder es stimmt etwas nicht mit den Zahlen!)

– Oder es stimmt etwas nicht mit den Zahlen, genau.

Meine Erklärung war eigentlich, dass etwas mit der Antwort auf die Große Anfrage nicht stimmt, nur haben wir jetzt durch den Fall Tesa den Hinweis, dass vielleicht doch etwas anderes dahinter steckt. Herr Balcke, ich freue mich, dass der Bürgermeister wirtschaftspolitisch mittlerweile auch in Kategorien wie Metropolregion denkt – das war bisher eher nicht der Fall –, aber ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass dieses Haus in Sachen Beiersdorf eine besondere Rolle gespielt hat und dieses Unternehmen ein besonderes Unternehmen für Hamburg ist. Bürgerschaft und Senat sind mit über 1 Milliarde Euro ins Risiko gegangen, um diese Firma in Hamburg zu halten. Dass keine zehn Jahre später eine Standortentscheidung gegen die Stadt getroffen wird, erfasst mich schon mit Enttäuschung und ein wenig Bitterkeit, und ich würde mir an dieser Stelle auch vom Wirtschaftssenator ein paar erklärende und vielleicht auch klärende Worte wünschen.

(Beifall bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Wir freuen uns darüber, dass es gemäß der Antwort auf die Große Anfrage bis 2013 – vielleicht auch ein bisschen später, man kennt das ja von diesen Projekten – ein einheitliches Flächenmanagement in der Stadt geben soll. Das ist notwendig, nicht nur für die Industrie. Wir alle wissen: Es gibt ein zu Recht ambitioniertes Wohnungsbauprogramm. Wir wissen aber auch, dass es eine Knappheit von Flächen gibt. Und genau deswegen finden wir es unbefriedigend, wenn Sie in Ihrer Antwort die Nutzungsoptimierung und die Verdichtung etwas vage als Querschnittsaufgabe bezeichnen. Nutzungsoptimierung und Verdichtung von Flächen passieren nicht irgendwie; das muss integraler Bestandteil eines zentralen Flächenmanagements sein, damit wir diese knappe Ressource in Hamburg vernünftig einsetzen können.

(Beifall bei der GAL)

Mit Antritt des neuen Senats haben wir eine Behörde mit einem sehr wohlklingenden Namen bekommen: Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation. Eine Innovationsbehörde ist eigentlich eher ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich. Ich glaube, der Lackmestest für diese Innovationsbehörde wird die Frage sein, wie es mit der Innovationsstiftung und der Investitionsbank vonstatten gehen wird. Wir alle haben bei der Expertenanhörung im Ausschuss die klaren Worte von Herrn Dr. Eifert gehört: Innovationsförderung ist etwas anderes als normale

(Dr. Anjes Tjarks)

Wirtschaftsförderung. Sie ist in Hamburg wichtiger denn je, denn wir brauchen mehr Arbeitsplätze in diesem Bereich. Die Innovationsbehörde sollte deswegen für die Erhaltung der Innovationsstiftung kämpfen. Damit steht und fällt eigentlich auch, ob die Behörde diesen Namen tragen darf.

Meine Damen und Herren! Wir haben mit Freude gelesen, dass Sie das Programm der Umweltpartnerschaft verlängern wollen, und werden darauf schauen, wie genau Sie das ausgestalten werden. Wir freuen uns auch, dass Sie unsere Initiative des Nachhaltigkeitsberichts für den Hafen beziehungsweise die HPA positiv aufgenommen haben, möchten an dieser Stelle aber noch einmal darauf hinweisen, dass das mit Abstand erfolgreichste Programm die freiwillige Selbstverpflichtung der Großindustrie ist, dort CO₂-Tonnen zu sparen. Ihre Aussage, ob diese freiwillige Selbstverpflichtung, die immerhin einiges an CO₂ gespart hat, noch einmal kommt, ist sehr vage. Wir hoffen, Herr Senator Horch, dass Sie das klare Bekenntnis einfordern werden, dass auch die Hamburger Großindustrie weiterhin bereit ist, CO₂ zu sparen.

Der Kollege Balcke sprach es schon an: Sietas ist ein Fall, der uns noch länger beschäftigen wird. An dieser Stelle leisten Sie gute Arbeit, aber wir müssen auch schauen, wie es weitergeht. Wir hoffen, dass wir mit Ihnen darüber konstruktive Gespräche führen können werden.

Zu den Plänen: Der Hafenentwicklungsplan wurde uns zum 31. Dezember versprochen, der "Masterplan Industrie" ist auch schon überfällig. Man muss ein bisschen aufpassen, dass man nicht völlig planlos wird, wenn nirgendwo ein Plan vorliegt. Insofern hoffen wir, dass die Pläne bald kommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und bei *Robert Heinemann CDU*)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Stemmann, was war das denn für eine Rede von Ihnen? Wahrscheinlich CDU-Erinnerungskultur mit partiellem Gedächtnisverlust.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Die CDU hat mit der Großen Anfrage sicherlich eine ansehnliche Fleißarbeit geleistet, das ist anzuerkennen, aber, Herr Stemmann, welche politische Absicht Sie damit verfolgen oder welche politische Botschaft Sie kommunizieren wollen, das hat sich mir nicht so richtig erschlossen, weder nach dem Studium der Großen Anfrage noch nach dem Anhören Ihres Debattenbeitrags.

(Dietrich Wersich CDU: Das liegt jetzt aber an Ihnen, Herr Kollege!)

Da fragen Sie allen Ernstes den im März 2011 ins Amt gekommenen SPD-Senat nach der Umsetzung eines industriepolitischen Masterplans, der 2007 noch unter einem CDU-Alleinsenat mit dem Industrieverband und der Handelskammer vereinbart wurde, dann aber zwischen 2008 und Frühjahr 2011 von einem CDU/GAL-Senat nicht, widerstrebend oder nur halbherzig umgesetzt worden ist. Herr Stemmann, das macht wenig Sinn. Fakt ist doch, dass die CDU unter Schwarz-Grün die wirtschaftliche Vernunft weitgehend dem Koalitionsfrieden geopfert und für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt wichtige Bereiche kampflos der GAL-geführten BSU überlassen hat.

(Beifall bei der FDP)

Tatsache ist doch auch, dass unter Schwarz-Grün vielen Unternehmen schlicht die Ansprechpartner für ihre berechtigten Anliegen, für ihre Sorgen und ihre Probleme abhanden gekommen sind. Daher stellt sich für mich die Frage: Was wollen Sie mit dieser Großen Anfrage? Herr Stemmann, die für Hamburg industriepolitisch richtige und wichtige Frage lautet doch nicht: Ist alles vollständig abgearbeitet, was wir im Jahr 2007 aufgeschrieben haben? Die richtige und wichtige Frage muss doch lauten: Was sind die größten industriepolitischen Herausforderungen, die wir heute, also fünf Jahre später, in der Stadt haben? Was will der Senat zur Lösung dieser Herausforderungen tun, und wie weit ist der Senat bei der Fortschreibung des Masterplans Industrie 2012 und nicht bei der Erledigung des Masterplans von 2007? Da sind die Fragen der CDU flau und die Antworten des Senats mau.

(Beifall bei der FDP)

Ich will daher für eine solche Fortschreibung des "Masterplans Industrie" vier Punkte nennen, die aus Sicht der FDP-Fraktion wichtig sind: Die Hamburger Industrieunternehmen brauchen erstens ausreichend Fachkräfte, zweitens genügend Industrieflächen, drittens eine sichere Energieversorgung und viertens mehr Forschung und Entwicklung und einen intensiven Austausch mit den Hochschulen.

Zum ersten Punkt, dem Fachkräftebedarf. Herr Stemmann hat es erwähnt, Michael Westhagemann, der Vorsitzende des Industrieverbands Hamburg, hat gestern das Hamburger Industriebarometer vorgestellt. Die wichtigste Botschaft des Industriebarometers lautet: Trotz gebremster Erwartung wollen die Hamburger Industrieunternehmen 2012 einstellen und investieren. Jedes dritte Hamburger Industrieunternehmen plant 2012 höhere Investitionen als im Vorjahr, 18 Prozent der Betriebe wollen in den kommenden Monaten mehr Personal einstellen. Günter Butschek, Vorsitzender

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

der Geschäftsführung von Airbus Deutschland, hat gestern bekannt gegeben, dass allein sein Unternehmen 1000 zusätzliche hochqualifizierte Mitarbeiter für die norddeutschen Standorte sucht, den größten Teil für den Standort Hamburg. Nur finden die Unternehmer diese Arbeitskräfte nicht mehr, der Arbeitsmarkt hat sich gedreht. Insbesondere Facharbeiter, Techniker und Ingenieure sind mittlerweile rar wie Goldstaub. Der Masterplan 2012 wird also einen wesentlich stärkeren Schwerpunkt auf die Fragen legen müssen, was an der Schnittstelle zwischen Ausbildung und Beruf verbessert werden kann, wie die Stadt bundesweit, aber auch international den Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann und wie noch nicht vollständig ausgeschöpfte Beschäftigungspotenziale besser gehoben werden können.

(Beifall bei der FDP)

Zum zweiten Punkt, den ausreichenden Gewerbeflächen für Industrieunternehmen. Industrieunternehmen, die sich erweitern oder ansiedeln wollen, brauchen geeignete Flächen, das liegt auf der Hand, und zwar in Hamburg und nicht im Umland. Da ist zunächst einmal erschreckend, dass die Wirtschaftsbehörde offensichtlich gar nicht weiß, wie viele Industrieunternehmen aus welchen Branchen sich in Hamburg in den vergangenen Jahren angesiedelt haben. Ich zitiere aus der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der CDU:

"Umfassende statistische Übersichten zur Neuansiedlung von Industrieunternehmen in Hamburg liegen der zuständigen Behörde nicht vor."

Mit anderen Worten: Die Informationen der Wirtschaftsbehörde beruhen nur auf denjenigen Ansiedlungen, die die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung selbst betreut hat, sie sind also unvollständig. Wenn ich aber den Umfang der Ansiedlung von Industrieunternehmen gar nicht kenne, Herr Horch, wie will ich dann den Flächenverbrauch quantifizieren, wie will ich eine vernünftige vorsorgende Flächenpolitik betreiben?

Auch nur so ist erklärlich, dass der Flächenbedarf – Herr Tjarks hat es erwähnt – für neuangesiedelte Unternehmen für 2009 mit gerade einmal 6600 Quadratmetern außerhalb und 4300 Quadratmetern innerhalb des Hafens und für nach 2009 mit insgesamt rund 8300 Quadratmetern angegeben wird. Das entspräche – auch nach einer anderen Angabe des Senats in der Antwort auf diese Große Anfrage – gerade einmal dem Flächenbedarf von drei bis vier größeren Handwerksbetrieben. Wir halten diese Zahlen daher schlicht für unzutreffend und für unvollständig.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Anjes Tjarks* GAL)

Die Fragmentierung der Zuständigkeiten bei der Entwicklung und Vermarktung von Gewerbe- und

Industrieflächen muss beendet werden. In der Großen Anfrage werden die beteiligten Verwaltungsbehörden im Einzelnen aufgezählt: Finanzbehörde, Wirtschaftsbehörde, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, die Bezirksämter und die HPA. Wir halten wenig davon, dem mit einer komplizierten Lenkungsgruppe Herr werden zu wollen. Wir halten es für den richtigeren Weg, geeignete Gewerbe- und Industrieflächen der HWF, der Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, zur Vermarktung an ansiedlungs- und erweiterungswillige Unternehmen an die Hand zu geben. Bei der Vermarktung von Gewerbeflächen darf es nicht um den einmalig höchstmöglichen Quadratmeterpreis gehen, sondern um die dauerhaft bestmögliche Wertschöpfung. Wir halten es auch für eine kluge Wirtschaftspolitik, transportaffine Industrieunternehmen im Hafenbereich anzusiedeln, denn das nutzt einer Verstärkung des Güterumschlags und macht den Hafen robuster gegen die konjunkturellen Ausschläge beim Containerumschlag.

(Beifall bei der FDP)

Zum dritten Punkt, der sicheren Energieversorgung. Bei der Fortschreibung des "Masterplans Industrie" wird – im Gegensatz zum Masterplan Industrie 2007 – einer sicheren und verlässlichen Energieversorgung der Hamburger Unternehmen eine ganz erhebliche Bedeutung zukommen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Nutzen Sie doch die Pause und schenken Sie sich etwas zu trinken ein. Wenn Herr Dr. Kluth dann wieder sprechbereit ist, hört ihm das Parlament bitte auch zu.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP (fortfahrend): Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Ich nehme einen neuen Anlauf, auch die Aufmerksamkeit von Frau Schneider zu erlangen, und komme zurück zur sicheren Energieversorgung. Bei der Fortschreibung des "Masterplans Industrie" wird einer sicheren und verlässlichen Energieversorgung eine weitaus größere Bedeutung zukommen, als es noch im Masterplan 2007 der Fall war. Herr Melsheimer, der Präses der Handelskammer Hamburg, hat bereits in seiner Rede vom 30. Dezember darauf hingewiesen:

"In energieintensiven Branchen, wie beispielsweise unserer Hamburger Grundstoffindustrie, wachsen die Zweifel, ob sich Investitionen am Standort Deutschland noch rentieren, wenn die Strompreise weiter steigen und die Verlässlichkeit der Versorgung sinkt."

Da gilt zunächst: Keine Energiewende ohne Energienetze. Nach Schätzung der dena, der Deut-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

schen Energie-Agentur, brauchen wir pro Jahr 3000 Kilometer neue Leitungen. In den letzten Jahren wurden gerade einmal 80 Kilometer gebaut. Bei dem immensen Finanzierungsbedarf, den der Netzausbau mit sich bringt, macht es überhaupt keinen Sinn, jährlich rund 7,5 Milliarden Euro – und damit 50 Prozent der Förderung der erneuerbaren Energien – in eine Technologie, nämlich die Solartechnologie, zu stecken, die nur rund 3 Prozent des deutschen Stroms erzeugt.

(Beifall bei der FDP)

Die Zeche zahlen am Ende die kleinen Unternehmen und die Verbraucher. Das ist übrigens ein gigantischer Umverteilungsmechanismus, und zwar von den Verbrauchern ganz unten nach oben in Richtung Investoren- und Kapitalanleger, bei dem ich mich jeden Tag neu frage, wo denn die Empörung der LINKEN und der Grünen bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Zum vierten und letzten Punkt. Innovative Industrieunternehmen brauchen Forschung und Entwicklung. Sie brauchen daher eine enge Verzahnung und Kooperation mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die FDP-Fraktion unterstützt daher ausdrücklich das Konzept von Technologieparks in direkter Nähe zu Forschungseinrichtungen und Hochschulen. Diese Kooperationen stärken über eine Erhöhung des Drittmittelaufkommens auch die Leistungsfähigkeit der Hochschulen selbst und entlasten damit den Haushalt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Der "Masterplan Industrie" soll die Industrie fördern. Hamburg möchte attraktiv sein für die Industrie und Möglichkeiten schaffen, dass sich Unternehmer hier ansiedeln oder ihre Produktionen erweitern. Dabei sind etliche Handlungsfelder zu beachten und auch die internationale Entwicklung zu berücksichtigen. Die Frage ist, ob mit dem "Masterplan Industrie" wirklich die richtigen Zielsetzungen vereinbart und ob diese dann auch konsequent umgesetzt wurden. Ich will mich auf wenige Bereiche beschränken.

Der Anteil der Beschäftigten und der Auszubildenden ist zurückgegangen. Dies hat verschiedene Ursachen, die auch benannt werden. Dass die angeblich zahlreichen Initiativen zur Ausbildung und Qualifizierung wirksam gewesen sind – welche eigentlich, Sie beschreiben dies in der Antwort auf die Große Anfrage leider nicht –, kann man nicht sagen.

Ein weiteres Thema sind die Arbeitskosten, die in Hamburg angeblich sehr hoch sind. Aber macht das Hamburg weniger attraktiv für die Industrie? Mitnichten. Selbst im Masterplan steht, dass in Hamburg die höchste Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigen stattfindet und diese seit 2007 weiter gestiegen ist – leider, muss ich für meine Fraktion aber sagen, denn dies dürfte in nicht geringem Ausmaß an der massiven Ausweitung der Leiharbeit liegen, sodass dieses Ziel zulasten der von Arbeit abhängig Beschäftigten erreicht wurde.

(Beifall bei der LINKEN)

Viel beschrieben wird auch der Fachkräftemangel – von meinen Vorrednern viel zu wenig erwähnt –, doch sind nach Meinung der Linksfraktion sowohl die Zustandsbeschreibungen wie auch die Lösungsansätze wenig hilfreich zur Behebung der Situation. Was im "Masterplan Industrie" mit familienfreundlicher Gestaltung der Arbeitswelt gemeint ist oder mit der Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt, bleibt nämlich nebulös und wirkt eher wie pflichtgemäße Prosa.

(Beifall bei der LINKEN)

2007 ist noch nicht so lange her. Wie rückständig in diesem Masterplan mit gleichstellungspolitischen Zielsetzungen umgegangen wird, hat mich erschreckt. Wo sind die Maßnahmen zur Anhebung des Frauenanteils in der Industrie? Wo werden interkulturelle Maßnahmen beschrieben und eingeleitet? Darüber lese ich leider nichts.

(Zuruf von *Finn-Ole Ritter* FDP)

– Herr Ritter, gerade hört das Parlament Ihnen zu; vielleicht sollten wir uns entscheiden, wer redet.

In Forschung und Entwicklung investieren Hamburger Unternehmen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt äußerst wenig. Das wird auch im Masterplan festgestellt und sollte angehoben werden, die Zahlen sind nämlich ernüchternd. Insgesamt steigerte sich Hamburg, aber der Anteil der Privatwirtschaft ist noch mehr gesunken. Und keinesfalls ansteigend sind die Drittmittel, die Hamburger Hochschulen von der gewerblichen Wirtschaft erhalten. Dabei wurde doch festgestellt – ich zitiere –:

"Exzellente akademische und nichtakademische Ausbildungsangebote sind [...] wesentlich für die Attraktivität eines Standorts."

Weiter heißt es dort:

"Die Industrie hat gerade im technischen und ingenieurwissenschaftlichen Bereich hohe Ansprüche an den Fachkräftenachwuchs."

Den Fachkräftemangel hat sich die Privatwirtschaft, die Industrie, zu einem nicht unerheblichen Teil also offenbar selbst zuzuschreiben.

(Beifall bei der LINKEN)

(Kersten Artus)

Gar nicht abgefragt hat die CDU-Fraktion leider die Energiekosten. Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen und dazu ein paar Sätze sagen. Ziel des Masterplans sollte unter anderem sein – ich zitiere –:

"[...] dass Verbraucher und Unternehmen Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen erhalten und daher die wirtschaftliche Effizienz der einzelnen Vergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im Rahmen der anstehenden Novelle überprüft wird."

Hierfür wollte sich die Freie und Hansestadt Hamburg auf Bundesebene einsetzen. Was ist nun das Ergebnis? Die Haushalte müssen am Ende blechen, denn die Industrieunternehmer wurden um Milliarden Euro entlastet. Sie müssen nämlich keine Gebühren für das Stromnetz zahlen und keinen Zuschlag für die Förderung von Strom aus Wind, Wasser und Sonne. Die Kosten tragen Privathaushalte und kleine Betriebe.

Der "Masterplan Industrie", das kann ich für die Linksfraktion feststellen, enthält viel Prosa und viel Gewünschtes.

(Beifall bei der LINKEN – Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Er taugt ganz sicher nur zum Teil, um die Probleme, die die Industrie ganz real hat, zu bewältigen, und richtet sich nicht unerheblich gegen die Interessen der auf Arbeit angewiesenen Menschen. Es bedarf daher dringend einer Neuausrichtung und Überarbeitung des Masterplans.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Senator Horch hat das Wort.

Senator Frank Horch:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir sagen es in Hamburg oft genug: Den wirtschaftlichen Erfolg verdankt der Standort Hamburg dem allgemein günstigen Branchenmix der gesamten Hamburger Wirtschaft. Ich als Hamburger Wirtschaftssenator bekenne mich natürlich ausdrücklich zum Industriestandort Hamburg. Nur mit einer starken und leistungsfähigen Industrie – wir haben das heute schon wiederholt gehört – kann sich die Hansestadt zu einer großen europäischen Metropole weiterentwickeln.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Industrieverband und Handelskammer haben es in ihrem ersten Konjunkturbarometer 2012 für Hamburg auf den Punkt gebracht: Höhere Investitionen in Hamburg, mehr Personal, insgesamt positive Aussichten, das sind die aktuellen Trends der Hamburger Wirtschaft.

Die Industrie zählt in Hamburg zu den wichtigsten Arbeit- und Auftraggebern. Sie ist unverzichtbar bei der Ausbildung und Qualifizierung der dringend benötigten Fachkräfte. Haben Sie es heute schon gehört? Günter Butschek, Vorsitzender der Geschäftsführung von Airbus Deutschland, bringt es für die Luftfahrtindustrie auf den Punkt, wenn er sagt:

"Die Luftfahrtindustrie wird auch 2012 wieder ein echter Wachstumsmotor sein. [...] Dafür suchen wir in diesem Jahr allein für unsere norddeutschen Standorte mehr als 1000 hoch qualifizierte neue Mitarbeiter, den größten Teil davon sicherlich für den Standort Hamburg."

Wir sind in Hamburg in der glücklichen Lage, viele dieser Industrieunternehmen zu haben, die mutig sind, in die Zukunft zu investieren, und sich eindeutig zum Standort bekennen. Das führt dazu, dass die Industrie immer mehr auch für die Entwicklung und den Einsatz zukunftsweisender Innovationen steht. Sie ist die wesentliche Quelle des wirtschaftlichen Wohlstands am gesamten Standort Hamburg. Um nur eine Zahl zu nennen: Weit über 90 Prozent der F&E-Aufwendungen der Hamburger Wirtschaft entfallen auf das verarbeitende Gewerbe. Hamburgs Industrie nimmt damit deutschlandweit eine absolute Spitzenstellung ein. Deshalb ist es das erklärte Ziel des Senats, die Industrie zu stärken und ihre Zukunftsfähigkeit am Standort Hamburg sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem "Masterplan Industrie" steht hierzu ein umfassendes Handlungskonzept zur Verfügung. Er bildet das sogenannte Dach für alle wirtschaftspolitischen Handlungsfelder, die für die Industrie von besonderer Bedeutung sind. Hierzu zählen unter anderem die Bereiche Verkehrsinfrastruktur, Flächenmanagement, Technologie, Umweltpolitik und das breite Feld der Clusterpolitik. Sämtliche Maßnahmen des "Masterplans Industrie" sind letztlich darauf ausgerichtet, Beschäftigung, Wirtschaftsleistung und Investitionen der Industrie am Standort Hamburg noch weiter zu steigern.

Mir als Wirtschaftssenator – und ich darf sagen, auch als früherem Initiator des "Masterplans Industrie" – ist deshalb die Umsetzung und die Weiterentwicklung dieses Masterplans äußerst wichtig. Er hat sich als ein hervorragendes Instrument der Zusammenarbeit zwischen Industrie, Kammern und Verwaltung etabliert.

Bei der Fortschreibung des "Masterplans Industrie" sind die fachlich zuständigen Behörden, die Handelskammer und der Industrieverband Hamburg die ganz engen Partner der gesamten Hamburger Industrie. Ein solcher Masterplan kann nur dann erfolgreich sein, wenn das Ergebnis im Konsens erzielt und damit auch von einer großen Akzeptanz

(Senator Frank Horch)

getragen wird. In einigen Handlungsfeldern, zum Beispiel dem Flächenmanagement, der Umweltpolitik, der Technologiepolitik und der Clusterpolitik, existieren bereits intensive Arbeitsgruppen, die kontinuierlich tagen. Für andere Handlungsfelder, für die Verkehrsinfrastruktur und auch die Modernisierung der Verwaltung und vor allem für die neuen Themen Energiepolitik und Fachkräftesicherung, werden gerade entsprechende Arbeitsstrukturen neu gestaltet.

Die Fortschreibung des "Masterplans Industrie" mit der weiteren Nennung von Einzelmaßnahmen wird im Jahr 2012 erfolgen. Ich bin sicher, dass wir dieses Ziel gemeinsam erreichen werden, und ich setze dabei auf eine insgesamt konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Erlauben Sie mir zum Abschluss noch einige Worte zur Unternehmensentscheidung von Tesa, die in diesen Zusammenhang passen. Sie haben alle gehört, dass der Beiersdorf-Aufsichtsrat entschieden hat, die Zentrale und das Forschungs- und Technologiezentrum von Tesa nach Norderstedt zu verlagern. Die Produktion verbleibt in Hausbruch. Selbstverständlich, das ist gar keine Frage, hätten wir dieses Unternehmen mit der dahinterstehenden Tradition gern in Hamburg behalten und natürlich hätte sich auch der Finanzsenator gerne weiter über die Gewerbesteuern gefreut.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ja, aber die Arbeitsplätze!)

Wir müssen jedoch diese unternehmerische Entscheidung respektieren. Wichtig ist letztendlich, dass das Unternehmen und die Arbeitsplätze in der gesamten Metropolregion Hamburg verbleiben. Wir wissen, dass der neue Standort am Hamburger Flughafen großes Erweiterungspotenzial hat, das dem Wachstum von Tesa auch in Zukunft gerecht wird. Das wird langfristig aber auch zur Stärkung unseres gesamten Wirtschaftsraums in der Metropolregion beitragen. So sehen wir das als Hamburger Wirtschaft in Zusammenhang mit einem erfolgversprechenden Entwicklungsprozess für die gesamte Metropolregion und als eine reale Kooperation zwischen den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein. Sie verstehen, was ich damit auch zum Ausdruck bringen möchte.

Wir haben für Tesa mehrere umfassende Angebote ausgearbeitet und der Firma unterbreitet. Darum möchte ich mich ganz besonders auch bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Behörde und in den Bezirken Eimsbüttel und Altona bedanken, die ganz schnell Alternativen auf den Weg gebracht haben. Leider muss man feststellen, dass es am Ende bei der Entscheidung des Aufsichtsrats von Beiersdorf nicht gereicht hat. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei Katharina Wolff CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Stemmann hat das Wort.

Hjalmar Stemmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch einige kurze Anmerkungen. Herr Kluth, dass die FDP es heute nicht so mit den Parteinamen hat, hat Herr Jarchow vorhin schon gesagt. Aber 2011 ist leider kein CDU-Alleinsenat ins Amt gekommen, sondern ein SPD-Senat; da sollten Sie noch einmal auf Ihr Manuskript schauen.

(Beifall bei Dorothee Martin und Dr. Monika Schaal, beide SPD – Arno Münster SPD: Gott sei Dank! – Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Das habe ich auch nicht behauptet!)

Dass Sie nicht wirklich zugehört haben, hat man dann auch im Anschluss an Ihre Rede gemerkt, aber wenigstens haben Sie das Industriebarometer richtig zitiert.

Da mangelte es bei Ihnen ein bisschen, Herr Balcke. Es ist leider nicht so, Herr Balcke, dass die Investitionen um 31 Prozent steigen. 31 Prozent der Unternehmen planen höhere Investitionen. Und auch die Beschäftigtenzahlen steigen nicht um 18 Prozent, wie Sie ausgeführt haben, sondern 18 Prozent der Betriebe wollen ihr Personal erhöhen, wenn sie es denn finden, denn Ihr Chef hat ausgeführt, dass gerade im Bereich des Flugzeugbaus Arbeitskräftemangel herrscht. Und da liegt ein Fehler im neuen Zuschnitt der Behörden, dass die Arbeitsmarktpolitik zur Sozialbehörde übergegangen und nicht in der Wirtschaftsbehörde verblieben ist. Das bedauern wir sehr und das macht sich jetzt nachteilig bemerkbar.

Ihre Ausführungen zu Tesa, Herr Balcke, klangen leider so, als ob der Senat das Unternehmen freiwillig hätte ziehen lassen. Ich bin froh, dass Herr Horch das eben richtiggestellt und aufgezeigt hat, welche Mühen man sich im Hintergrund gemacht hat.

(Beifall bei der CDU)

Frau Artus, lassen Sie mich noch kurz auf einen Ihrer Einwände eingehen. Sie haben sich gefragt, warum wir nicht die Energiekosten abgefragt haben. Gucken Sie bitte in die Drucksache 20/2123, unsere Große Anfrage zu Energiekosten und Energiearmut. Dort werden Sie finden, was wir wissen wollten und worauf auch Sie vielleicht gewartet haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 20/2452 in der Neufassung Kenntnis genommen hat.

(Erster Vizepräsident Frank Schira)

Meine Damen und Herren! Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 54, Drucksache 20/3013, Antrag der GAL-Fraktion: Quartiere und bürgerschaftliches Engagement stärken – Quartierszentren stadtweit aufbauen!

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Quartiere und bürgerschaftliches Engagement stärken – Quartierszentren stadtweit aufbauen! – Drs 20/3013 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Herr Duge wünscht das Wort und bekommt es.

Olaf Duge GAL: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Nicht nur Seefahrt tut not, auch Quartiersentwicklung tut not, besonders in Hamburg. Denn Quartiersentwicklung heißt, Quartiere zu stärken, insbesondere dort, wo sie drohen, ins soziale Abseits zu geraten. Quartiere zu stärken heißt, ihre Attraktivität zu stärken und Stadtteile zu verbessern. Angesichts des Drucks auf dem Wohnungsmarkt, den wir in den attraktiven Quartieren haben, und der Mietpreisentwicklung dort ist dies umso nötiger, um hier Entlastung zu bringen und die Attraktivität und den Wohnungsbau auch in anderen Stadtteilen zu fördern.

Verschiedene Studien zeigen, dass die Wahl des Wohnortes fast immer eine sehr gut durchdachte Entscheidung von Menschen ist. Sie ist heute nicht mehr nur durch das angestammte Milieu geprägt. Neben Arbeitsplatz- und Infrastruktur wird der gesamte Bildungsbereich – und das ist für mich mehr als nur die Institution Schule – immer mehr zu einem erstrangigen Standortfaktor. Wer integrierte Stadtentwicklung will, darf nicht nur auf die innerstädtischen Quartiere schauen, sondern muss sich auch den grauen Mäusen, den weniger im Gespräch befindlichen Stadtteilen oder den benachteiligten Stadtteilen zuwenden. Dazu leisten Quartierszentren, wie wir sie zum Beispiel im "Feuervogel" in Harburg haben, im neuen Bürgerzentrum in Neugraben und mit dem im Bau befindlichen "Tor zur Welt" in Wilhelmsburg, einen wesentlichen Beitrag.

(Beifall bei der GAL)

Die Gestaltung der Zentren kann durchaus sehr unterschiedlich sein. Sie muss sich nach den Wünschen und Bedürfnissen des Quartiers ausrichten. Wichtige Voraussetzung ist allerdings die Vernetzung. Quartierszentren leisten hierzu einen ganz entscheidenden Beitrag, denn sie werden von professionellen Centermanagements geleitet. Schulen können, müssen aber nicht Bestandteil eines solchen Quartierszentrums sein. Es gibt auch Beispiele, wo Schulen nicht dabei sind. Die Entscheidung

über die Gestaltung und die Angebote eines Quartierszentrums sollte in erster Linie Angelegenheit der Nutzer vor Ort sein. Das sind zuallererst die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Vereine, freie Träger, Initiativen, Künstler, Beratungsstellen und natürlich auch Schulen.

Nach Angaben der GWG Gewerbe, die für den Schulbau und die Instandhaltung der Schulen im Süden Hamburgs verantwortlich ist, lassen sich erhebliche Einsparpotenziale realisieren, wenn verschiedene Einrichtungen unter ein Dach kommen. Durch Multifunktionsräume, gemeinsame Nutzung von technischen Anlagen, Büroräumen und anderem mehr werden 60 bis 70 Prozent der Fläche und nur 75 Prozent des Raumvolumens benötigt, das erforderlich wäre, wenn jeder Nutzer seine eigenen Einrichtungen und Räumlichkeiten hätte. Das senkt nicht nur die investiven Ausgaben, sondern vor allem auch die laufenden Kosten, die im Verlauf des Gebäudelebens den Löwenanteil ausmachen. Zudem werden durch bessere Auslastung – durch kombinierte Nutzung und bedarfsgerechte Anpassung der Angebotsstruktur in multifunktionalen Räumen – erhebliche Effizienzsteigerungen erzielt.

Bibliotheken, Musikschulen, Theatergruppen, Lesezirkel, Sportvereine, Fitness-Einrichtungen, Beratungsstellen und viele andere Einrichtungen mehr können die Räume und deren Einrichtungen vielfach verwenden. Unverzichtbar in einem solchen Zentrum ist allerdings das professionelle Centermanagement, das die Nutzung an sieben Tagen in der Woche von 7 bis 22 Uhr aufrechterhalten soll. Der Hausmeister traditioneller Art kann all das nicht mehr leisten, denn dazu gehören Raumkoordination, Unterstützung der Nutzer bei der Herrichtung der Räume, Sicherung des Betriebsablaufs, Wahrnehmung der Schnittstellenfunktionen bis hin zu inhaltlichen Konzeptionen des Quartierszentrums, zur quartiersbezogenen Entwicklung, Rückkopplung der Angebote und vieles andere mehr.

Die Verknüpfung verschiedener Bildungs- und Betreuungsangebote an einem Ort ist ein echtes Qualitätsmerkmal. Die Qualität drückt sich vor allem in der Möglichkeit aus, sogenannte Betreuungsketten für die Kinder und Jugendlichen einzurichten, zum Beispiel von der Kita über die Schule und die Vereine. Das ist ein ganz wichtiges Thema, auch gerade im Zusammenhang der heute in der Aktuellen Stunde geführten Diskussion zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen und deren Weiterführung in einer Hand; dies wäre ein Schritt hin zu einer besseren Zusammenarbeit.

(Beifall bei der GAL)

Persönliche Defizite oder strukturelle Kommunikationsschwächen können in einem Quartierszentrum durch direkte Kontaktaufnahme der Beteiligten aus den verschiedenen Einrichtungen ausgeglichen

(Olaf Duge)

oder abgebaut werden. Die vielfältigen Fähigkeiten der Menschen aus verschiedenen Berufen, die dort arbeiten, verbessern Erziehungs- und Bildungsleistungen, bauen Vorurteile ab, die zwischen den Einrichtungen bestehen, und erleichtern eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Vernetzung, aktive Beteiligung und Mitgestaltung durch die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils erhöhen die Akzeptanz und werten den gesamten Stadtteil auf. Damit können wir aktive Stadtteilpolitik umsetzen und den Druck auf den Wohnungsmarkt auch in den anderen Stadtteilen mittelfristig abfangen.

(Beifall bei der GAL)

Damit das gelingt, ist es notwendig, jetzt Informationen einzuholen und die vorbereitenden Planungen anzugehen. Wir sollten mit den zukunftsweisenden Anfängen nicht auf halber Strecke stehenbleiben, sondern Nägel mit Köpfen machen. Deshalb müssen die nächsten Standorte für Quartierszentren ins Auge gefasst werden, besonders in den Gebieten des Rahmenprogramms integrierte Stadtteilentwicklung (RISE), aber auch in den neuen Stadtteilen Altona Mitte und HafenCity. Wir bieten Ihnen an, diese Thematik voranzubringen – gegebenenfalls auch im Rahmen einer Sachverständigenanhörung im Ausschuss – und eine nachhaltige Quartiersentwicklung in dieser Stadt anzustoßen.

Es ist sicherlich auch hilfreich, wenn wir uns vor Ort einmal ein Bild machen. Ich habe es bedauert, dass Herr Senator Rabe in der letzten Woche leider nicht an der Veranstaltung im Bürgerzentrum Neugraben teilnehmen konnte, hoffe aber, dass sich der Senat – und das ist nicht nur an Herrn Senator Rabe gerichtet, sondern auch an Frau Senatorin Blankau oder auch andere – selbst ein Bild macht. Diese Quartierszentren sind ein fachübergreifendes Projekt und hier ist nicht nur eine Fachzuständigkeit gefragt, sondern eine Kooperation verschiedener Behörden erforderlich.

Deshalb lassen Sie uns jetzt mit den Planungen beginnen, überweisen Sie den Antrag an den Ausschuss und debattieren Sie mit uns dieses Thema.

(Beifall bei der GAL)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke. – Frau Krischok hat das Wort.

Anne Krischok SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beraten heute einen Antrag der GAL, der unterschiedliche Zielsetzungen zum Thema Quartierszentren enthält.

Erstens: Drei neue Quartierszentren für Hamburg, die sich der Senat in den RISE-Gebieten aussuchen soll. Die Frage ist: Warum eigentlich nur drei?

(Jens Kerstan GAL: Na, wenn Sie dafür mehr Geld haben, gerne mehr!)

Zweitens: Zwei weitere neue Quartierszentren in der Mitte Altona und in der HafenCity.

Drittens: Die GAL erkennt Probleme bei der Finanzierung der vorhandenen Quartierszentren und fordert, dass sie alle finanziell abgesichert werden, insbesondere und sofort das Bildungszentrum "Tor zur Welt".

Viertens: Der Senat soll ein Quartierszentren-Netz für Hamburg entwickeln, das anschließend mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und bis zum Jahr 2030 umgesetzt werden soll.

(Jens Kerstan GAL: Genau! und Beifall)

Das Konzept dafür soll allerdings schon Ende dieses Jahres vorliegen.

Meine Damen und Herren! Das sind schon sehr bemerkenswerte Forderungen einer Fraktion, die jahrelang für die Stadtentwicklung in Hamburg politisch verantwortlich gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube übrigens nicht, dass die ehemalige Stadtentwicklungssenatorin, Frau Hajduk, so einen, sagen wir einmal, verspielten Antrag in ihrer Regierungszeit goutiert hätte.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der GAL: Oh, oh!)

Auf der einen Seite sehen Sie zwar selbst die Schwierigkeiten bei der Finanzierung der vorhandenen Quartierszentren, auf der anderen Seite machen Sie aber nicht einmal einen einzigen Vorschlag zur Finanzierung und somit zur Bestandssicherung. Stattdessen fordern Sie sogar noch fünf neue Quartierszentren. Die Frage ist: Soll das alles aus dem bestehenden Budget getragen werden?

So handelt man eigentlich nur, wenn man nicht wirklich an der Sache interessiert ist. Das ist – entschuldigen Sie, wenn ich das so sagen muss – populistisch. Das ist zwar legitim, doch müssen Sie sich dann die politische Kritik gefallen lassen, denn hier ist doch etwas mehr Ernsthaftigkeit gefragt. Wir von der SPD-Fraktion machen das jedenfalls so nicht mit.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GAL: Aber wir können doch darüber reden!*)

Was Ihnen offenbar wichtig und zentral in Ihrem Antrag ist, ist das Bildungszentrum "Tor zur Welt". Hier soll der Senat sofort handeln.

(Jens Kerstan GAL: Genau! und Beifall)

Die BSU erarbeitet gegenwärtig mit den zuständigen Fachbehörden und Bezirksämtern Betreiberkonzepte für die anstehende Verstetigungsphase bei verschiedenen Projekten, die, wie Sie sicherlich wissen, ohne Städtebauförderungsmittel des

(Anne Krischok)

Bundes auskommen müssen. Hier handelt der Senat bereits, ohne von Ihnen aufgefordert zu sein. Damit ist eine wichtige Forderung Ihres Antrags bereits erfüllt. Diesen Punkt können wir abhaken und zu Ihrem nächsten kommen.

Es sollen fünf neue Quartierszentren entstehen. Bis auf die Mitte Altona und die HafenCity ist es Ihnen anscheinend egal, wo genau sie entstehen sollen, Hauptsache, sie sind in irgendwelchen RISE-Gebieten.

Die Antragsteller machen es sich hier ein bisschen zu einfach.

(Dirk Kienscherf SPD: So sind sie! – Heike Sudmann DIE LINKE: Antragstellerinnen!)

– Und die Antragstellerinnen selbstverständlich auch. Vielen Dank für den Hinweis, Frau Sudmann.

Sie lehnen sich zurück und warten darauf, welche Standorte der Senat wohl aussuchen wird. Sucht er die aus ihrer Sicht falschen Orte aus, können Sie das kritisieren, ohne in die Verantwortung genommen zu werden, weil Sie bewusst darauf verzichtet haben, eigene Vorschläge zu machen. Auch das ist ein sehr bemerkenswerter Vorgang.

Das RISE-Konzept ist mit einer grünen Handschrift von einer grünen Stadtentwicklungsbehörde entwickelt worden. Auch der schwarz-grüne Senat hatte bereits festgestellt, dass es keinerlei Anlässe für neue Quartierszentren gibt. Warum die Notwendigkeit nun plötzlich vorhanden sein soll, lassen Sie allerdings im Nebel. Wir jedenfalls sehen diese Notwendigkeit nicht und werden das von Ihnen begonnene RISE-Konzept solide weiterentwickeln und umsetzen.

Jetzt komme ich zu Ihren konkreten Vorschlägen für zwei neue Quartierszentren in der Mitte Altona und in der HafenCity: Hier wollen Sie die Schulen zu Quartierszentren ausbauen. Beide Gebiete sind ungeeignet.

Erstens: Die Flächenkapazität des vorhandenen Schulstandorts in der HafenCity ist nicht ausreichend.

Zweitens: Die Quartierszentren werden aus RISE-Mitteln bezahlt.

Drittens: Sie erkennen selbst, dass die RISE-Mittel eher knapp bemessen sind.

Viertens: Weder bei der Mitte Altona noch bei der HafenCity handelt es sich um ein benachteiligtes Gebiet.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Genau! Sehr gut!)

Warum Sie, meine Damen und Herren von der GAL, nun zu dem Schluss kommen, den benachteiligten RISE-Gebieten in dieser Stadt Geld wegnehmen und dies in die HafenCity pumpen zu wollen, ist mir völlig unverständlich.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Das ist eine Auffassung von sozialer Gerechtigkeit, die Sie den Menschen am Osdorfer Born, in Dulsberg, in Steilshoop oder in Lohbrügge sicherlich erklären müssen. Das jedenfalls machen wir Sozialdemokraten nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Und nun zu Ihrem Quartierszentrums-Netz. Sie haben offenbar großes Vertrauen in den Senat, dass er ein sinnvolles Konzept erarbeiten wird, denn Sie machen ihm keinerlei Vorgaben.

(Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)

Auch ich habe Vertrauen in diesen Senat. Das ist aber nicht die interessante und spannende Frage, sondern diese ist, ob die Entwicklung eines flächendeckenden Quartiersnetzes überhaupt mit der Intention von Quartierszentren an sich in Einklang gebracht werden kann.

Die ganze Absurdität Ihres Antrags wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass wir über 100 Quartierszentren bekommen können, eines in jedem Stadtteil. Damit können wir die ganze Stadt beglücken, von Rissen bis Poppenbüttel Quartierszentren mit aus Steuermitteln bezahlten Centermanagement-Programmen.

Wichtig ist vielmehr, dass solche Zentren mit den lokalen Akteuren vor Ort entwickelt werden. Diesem lokalen Ansatz steht eine flächendeckende Einführung durch Fachbehörden entgegen. Es besteht somit keinerlei Notwendigkeit für ein zentralistisch entwickeltes Netzwerk von Quartierszentren im ganzen Stadtgebiet, wie Sie es fordern.

Grundsätzlich können Quartierszentren Schlüsselprojekte in der integrierten Stadtentwicklung sein, aber – und das ist wichtig – sie müssen finanziell abgesichert sein. Das sind sie aber nicht, und Sie haben in den letzten Haushaltsberatungen hierzu auch nichts gefordert.

(Roland Heintze CDU: Das haben die wohl vergessen!)

Sie selber sehen auch keinen dringlichen Handlungsbedarf, denn Sie fordern die Einführung bis zum Jahr 2030, wohl wissend, dass die Einführung damit äußerst unsicher ist, da sie mehrfach Diskontinuitäten unterliegen wird, oder, was mich wundern würde, Sie hoffen darauf, dass die SPD auch im Jahr 2030 noch den Senat stellen wird.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist richtig!)

Selbst dann wären etliche Senatsmitglieder schon in ihrem wohlverdienten Ruhestand.

Meine Damen und Herren! Damit ist aus meiner Sicht alles gesagt, was man zu diesem Antrag sagen kann. Eine Überweisung an den Stadtentwick-

(Anne Krischok)

lungsausschuss und auch Ihren Antrag lehnen wir ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Hamann.

Jörg Hamann CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Liebe Frau Kollegin Krischok, das war eine fast schon kleinteilig bemühte Auseinandersetzung mit dem Antrag der GAL, wie ich sie selten erlebt habe. In Phasen war es eine derartige Verdrehung der Intention dessen, was die Kollegen von der GAL wollen, sodass sich der Verdacht aufdrängt, da hat die GAL die SPD wieder einmal erwischt. Die SPD hat vielleicht ähnliche Überlegungen und will diesen Antrag ablehnen, um dann in einigen Monaten – wie wir es zur Genüge kennen, dies haben wir schon öfter erlebt – einen eigenen Antrag zu stellen, auf dem nur ihr Logo oben steht und ansonsten jeder einzelne Satz abgeschrieben ist.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Anders kann ich diese wirklich bemühte Argumentation überhaupt nicht verstehen. Was die Kollegen von der GAL wollen, ist natürlich eine Fortsetzung der Politik, die der schwarz-grüne Senat in Teilen während der letzten Legislaturperiode gemacht hat.

(Zuruf von *Dirk Kienscherf* SPD)

– Herr Kienscherf, es ist Ihr gutes Recht, dass Ihnen das nicht gefällt. Richtig bleibt diese Politik trotzdem.

(Beifall bei der CDU und Zurufe von der SPD)

Und die Ansätze, die es dazu gibt, sind auch durchaus berechtigt. Die Kernintention ist doch, sozial schwache Stadtteile zu stärken. Es besteht sicherlich Konsens, dass die HafenCity zumindest zurzeit nicht zu den sozial schwachen Stadtteilen gehört. Es bietet sich aber an, gerade auch in Stadtteilen, die neu sind und sich fortentwickeln müssen, zusätzliches Engagement zu entwickeln und zu sehen, wie es funktioniert.

Das RISE-Programm hat auch der schwarz-grüne Senat mit großem Erfolg angeschoben. Dieses Programm wollen Sie ja entsprechend weiterführen. Das ist aus meiner Sicht auch der richtige Weg. Es wäre gut, wenn wir die einzelnen Vorschläge im Stadtentwicklungsausschuss beraten würden.

(*Andy Grote* SPD: Wir haben es extra hier angemeldet!)

Aber auch das, Herr Grote, wollen Sie nicht. Das spricht dann wieder dafür, dass es alles Dinge sind, die Sie ein bisschen ummauscheln und als eigenen Antrag verkaufen wollen. Normalerweise spricht doch nichts dagegen, gerade solche Überlegungen vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen im Stadtentwicklungsausschuss zu führen, damit wir dann im Einzelnen prüfen und schauen,

(*Andy Grote* SPD: Das passiert doch hier! Es ist doch nichts Neues!)

in welchen sozial schwachen Stadtteilen wir durch eine solche Cluster-Bildung für eine bessere Förderung sorgen können.

Die CDU-Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Wir sehen dann mit Spannung Ihrem SPD-Antrag entgegen, den Sie in wenigen Monaten wahrscheinlich wieder 1:1 abgeschrieben haben werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan* GAL)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Hamann. – Das Wort hat Herr Dr. Duwe.

(*Andy Grote* SPD: Sagen Sie mal was zur Sache!)

Dr. Kurt Duwe FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich rede immer zur Sache, es kommt nur darauf an, welche Sache es ist. Vielleicht begreifen Sie es teilweise auch nicht.

(Zurufe von der SPD)

– Das ist klar. Wenn ich Sie sehe, denke ich immer an Wohnungsbau. Das ist das Stichwort, darüber wollte ich noch reden. Es ist nur die Frage, ob man Wohnungsbau vermeiden oder fördern will.

(Zurufe von der SPD)

– Ich habe genügend Zeit, ich weiß, dass ich länger reden kann, als ich eigentlich möchte.

(*Andy Grote* SPD: Man muss den richtigen Einstieg finden!)

Über Quartierszentren habe ich über drei Jahre lang in der Harburger Bezirksversammlung nicht nur diskutiert, sondern wir haben diese Dinge auch begleitet. Wir haben zwei erfolgreiche Quartierszentren auf den Weg gebracht. Dabei haben wir allerdings auch die Schwachstellen dieser Organisationen gesehen, die man vermeiden sollte. Generell kann man sagen, dass solche Entwicklungen viele Akteure miteinander verbinden müssen. Viele Töpfe müssen angezapft werden und viel Geld

(Dr. Kurt Duwe)

muss bewegt werden, sowohl in der Investition als auch beim Betrieb.

Wir brauchen zuerst einmal Standorte. Es ist nicht so, dass wir uns einfach ein Quartierszentrum ausdenken können, einen Stadtteil wählen, der besonders benachteiligt ist, und da irgendetwas hineinsetzen. Dazu muss man einen Standort haben. Wenn man die Investitionen allein nicht bewältigen kann, muss man sehen, wie man es zusammenfassen kann, ob man vielleicht Sportstätten oder Schulen mit hinein nimmt. Man muss sehen, wie die Lage der Initiativen in diesem Stadtteil ist und ob es weitere Angebote gibt, die sich in dezentral gelegenen Räumlichkeiten befinden, wo man Synergieeffekte erzielen kann, indem man bestimmte Angebote in einen Gebäudekomplex hinein nimmt.

Herr Duge hat sehr viel Schlaues darüber erzählt, welche Synergieeffekte man erzielen kann, nur ist es problematisch, denn jedes Quartierszentrum ist ein Unikum, ein Unikat.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Unikum ist gut!)

Es gibt ein bestimmtes Quartierszentrum für jedes Quartier. Das bedeutet, dass man eben nicht ein Netzwerk erstellen kann, als wäre es ein Quartierszentrum von der Stange, sondern es gibt überall in Hamburg unterschiedliche Gegebenheiten.

Im Antrag werden einige Dinge angeführt, die ich ein wenig als Geisterdebatte abtun möchte. In Stadtteilen, die es noch gar nicht gibt, schon einmal Quartierszentren einrichten zu wollen, halte ich für sehr fragwürdig, wenn man sich anschaut, wo wir in Hamburg einen Bedarf haben. Wir brauchen Quartierszentren in einigen Bereichen. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, dass in einigen Stadtteilen schon von Dezernenten daran gearbeitet wird, auch noch weitere einzurichten. Es ist doch nicht so, dass der alte und der neue Senat sich nicht schon Gedanken darüber gemacht hätten. Ich kann verstehen, dass die SPD jetzt nein sagt, aber irgendwann wird sie wahrscheinlich, da hat Herr Hamann recht, mit Vorschlägen kommen, natürlich nicht mit einem Netz, sondern mit speziellen Angeboten in den Stadtteilen.

Ein weiterer Punkt, der mir ein wenig auf dem Magen liegt, ist das Betreiberkonzept beziehungsweise das Management danach. Und das bedeutet, dass wir die Betriebskosten finanzieren müssen. Dies bedeutet, durch mögliche Synergieeffekte mehrere staatliche Stellen in einem gemeinsamen Raum zusammenzufassen, damit man auch die Zeiten besser organisieren kann. Man kann dadurch einen Teil der Betriebskosten senken. Das heißt allerdings auch, dass wir wahrscheinlich diese Betriebskosten nicht zu 100 Prozent durch Synergieeffekte hereinbekommen, also müssen wir Prioritäten setzen in Hamburg.

Eine zweistellige Anzahl von Quartierszentren in den nächsten 20 Jahren zu erstellen, halte ich für

illusorisch. Deshalb sollte man erst einmal schauen, welche Standorte überhaupt vorhanden sind und welche optimalen Synergieeffekte wir an welchen Standorten erreichen. Wenn wir beispielsweise eine Liste von zehn Standorten haben, dann müssen die Politiker Prioritäten setzen, welcher Stadtteil sie am dringendsten benötigt. Aber man kann nicht von Anfang an sagen, dass man drei Quartierszentren in RISE-Gebieten und zwei in Nicht-RISE-Gebieten braucht, denn das ist nicht zielführend. Wir sollten eher stadtteilübergreifend denken und dort Quartierszentren erstellen, wo es Scharnierfunktionen gibt auf der Grenze zwischen einem schwachen und einem besser gestellten Stadtteil, damit Hamburg zusammenwachsen kann.

Der Gedanke der Quartierszentren ist von unserer Seite aus sehr willkommen. Wir wollen diesen Antrag auch an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Da die Finanzierung aber nicht geklärt ist, werden wir diesem Antrag nur eine Enthaltung entgegenbringen und weder Ablehnung noch Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Andy Grote SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Duwe. – Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde kürzer reden, als ich darf. Das Rahmenprogramm "Integrierte Stadtentwicklung" wurde im Juli 2009 vom damaligen Senat eingeführt. Das Ziel war ausdrücklich die Stabilisierung in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf.

Wäre dieser Antrag an den Ausschuss überwiesen worden, hätten wir dem zugestimmt, weil wir dann auch eine intensive Diskussion hätten führen können. Jetzt müsste erst einmal eine Auswertung stattfinden, was dieses Programm eigentlich gebracht hat, was die Vorzüge und die Nachteile sind, wo man nachsteuern müsste und wo man mehr tun könnte.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber wir sind dagegen, das jetzt einfach auszu-dehnen, ohne zu wissen, was nun im Detail passiert.

Zu den einzelnen Punkten möchte ich Folgendes sagen: Wenn Sie drei Standorte genannt haben wollen vom Senat – das wurde schon mehrfach angesprochen –, dann fehlen uns einfach die Kriterien, an denen man die Standortfrage festmacht.

In Punkt 2 sprechen Sie von einem externen Facility- und Center-Management. Wir würden natürlich

(Dora Heyenn)

gern wissen, was das eigentlich ist. Damit haben wir einige Probleme.

Den dritten Punkt finden wir wirklich unterirdisch, wenn dort nämlich steht, dass im Rahmen der Planung für Mitte Altona in der HafenCity dafür Sorge zu tragen sei, dass die dort neu zu errichtenden Schulen zu einem Quartierszentrum ausgebaut werden. Die Situation ist folgende: Die ehemalige Rudolf-Ross-Schule ist jetzt Stadtteilschule am Hafen und hat drei verschiedene Standpunkte. Jetzt wird ein neues Gymnasium in der HafenCity erbaut, und dann will man in der HafenCity ein Quartiersmanagement durchführen. Das ist im Grunde der Tod für die Stadtteilschule. Das können wir überhaupt nicht mittragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich kann nicht nachvollziehen, wie die GAL darauf kommt, dass dies ein Stadtteil mit besonderem Handlungsbedarf sein soll. Sonst hat sie doch schulpolitisch immer ganz andere Standpunkte.

Was das Lernen vor Ort anbetrifft, so gibt es schon das Bundesprogramm. Und das angesprochene Bildungsmanagement findet unter starker Beteiligung von Privaten, Trägern und Stiftungen statt. Wohin das führen kann, haben wir zum Beispiel schon an den Schulen gemerkt bezüglich des Lernens vor Ort. Es gab schon eine große Umfrage von der Haspa, die bei allen Schulen abfragte, wie es die Kinder mit dem Taschengeld halten und wie viel sie erhalten. Das war die ideale Grundlage für ein neues Produkt für die Haspa. Deshalb wollen wir erst einmal schauen, wie hoch der Einfluss der Stiftung ist, wie die Bedingungen sind. Deswegen lehnen wir das Ganze ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Heyenn. – Das Wort hat Herr Duge.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Der hat doch schon gesprochen!)

Olaf Duge GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krischok, Ihre Rede war in puncto Enthusiasmus in etwa das, was dem Bewegungsenthusiasmus einer Schnecke entspricht.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Es waren dermaßen detaillierte Einzelheiten, und Sie haben den gesamten Zusammenhang nicht verstanden. Sie haben einzelne Punkte aufgegriffen und einiges völlig überlesen oder überhört. Ich weiß nicht, wo Sie waren, als ich gesprochen habe.

(*Jan Quast SPD:* Dann war es wohl nicht so spannend!)

Ich habe diese Maßnahmen Quartierszentren in einen ganz klaren Zusammenhang gestellt

(*Dirk Kienscherf SPD:* Dann müssen Sie sich mal klar ausdrücken! HafenCity, das ist mittlerweile Ihre Klientell!)

mit einer Stadtentwicklung, die etwas mit Wohnen zu tun hat, und mit der Attraktivität dieser Stadt und ihrer Quartiere. Wenn Wohnungspolitik auf der Prioritätenliste dieses Senats steht, dann tut er gut daran, die Entwicklung der nicht so attraktiven Stadtteile voranzutreiben. Deswegen haben wir vorgeschlagen, in diesen RISE-Gebieten, wo dann entsprechend auch die Städtebauförderungsmittel eingesetzt werden können, die ersten Maßnahmen zu ergreifen. Das sind übrigens Vorschläge, die schon relativ weit gediehen sind. Ich glaube auch nicht, dass wir die Standpunkte im Einzelnen vorschlagen können und sollten, sondern das ist dann auch Sache der Ausschüsse und einer Beteiligung der Öffentlichkeit, die hier vonnöten ist.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – *Dirk Kienscherf SPD:* Das ist ja lächerlich, Ihre Begründung!)

Des Weiteren ist natürlich die Finanzierungsfrage eine Frage, die sich in verschiedenen Gebieten unterschiedlich stellt. Wir können sie jetzt im Detail nicht beantworten, aber es gibt Finanzierungskonzepte, die wir in den vorhandenen Quartierszentren "Feuervogel" in Neugraben durchgeführt haben. Das hängt von den jeweiligen Standorten ab. Und es ist auch völlig falsch, dass wir noch nichts gemacht haben sollen. Wir haben in der letzten Legislaturperiode diese Projekte vorgebracht, und es ist unsinnig zu sagen, dass wir nichts getan hätten; das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der GAL)

Ihr Glaube in allen Ehren, Frau Krischok, aber das, was Sie glauben, entspricht mit Sicherheit nicht der Realität.

(*Andy Grote SPD:* Wo ist der Feuervogel?)

– In Harburg.

Ich glaube, dass hier einiges notwendig ist. Vielleicht schauen Sie sich einmal selbst an, was dort gemacht wird.

Einen Punkt noch zu dem Aspekt Altona und HafenCity. Hier handelt es sich um Gebiete, die neu entwickelt werden, und im Rahmen dieser Entwicklung bestehen eben Möglichkeiten, die man prüfen muss. Und nur das wollen wir, ob hier geeignete Standorte sind, um dies voranzubringen.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das ist eine völlig falsche Priorität! HafenCity, das muss man sich mal überlegen!)

Diesen Auftrag möchten wir dem Senat gern geben. Diskutieren Sie mit uns dieses Thema im Aus-

(Olaf Duge)

schuss, lassen Sie uns Experten holen und dies auswerten.

Noch ein Wort zu Frau Heyenn. GWG und "steg" haben das Center Management in diesen südlich liegenden Quartierszentren.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Duge.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/3013 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist die Mehrheit und ist damit abgelehnt worden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 20/3013 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 44, Drucksache 20/2988, Antrag der FDP-Fraktion: Verkehrskonzept zur internationalen Gartenschau 2013.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Verkehrskonzept zur internationalen Gartenschau 2013
– Drs 20/2988 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/3152 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Verkehrskonzept zur internationalen Gartenschau 2013
– Drs 20/3152 –]**

Beide Drucksachen möchte die FDP-Fraktion federführend an den Verkehrsausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Wer wünscht nun das Wort? – Herr Dr. Kluth, Sie haben es.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Hamburg steht im Stau und der Senat schaut zu. Auf diesen einfachen Nenner lässt sich die Verkehrspolitik des Hamburger Senats in den letzten elf Monaten bringen.

(Beifall bei der FDP)

Das gilt auch für die internationale Gartenschau. Dass diese 2013 in Wilhelmsburg stattfinden wird, kann für die Behörde wirklich nicht überraschend

kommen. Und dass Besucherströme, auf die wir alle hoffen, auch Verkehrsströme mit Pkws, mit Bussen und, Frau Sudmann, auch mit Fahrrädern auslösen, ist ebenso wenig überraschend.

Aber was bietet der Senat? Rechtzeitige Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße – nicht mehr zu schaffen. Schaffung eines Großparkplatzes mit 2500 Stellplätzen – nicht mehr vorgesehen. Vorlage eines abgestimmten Verkehrs- und Parkraumkonzepts – Fehlanzeige. Das Einzige, was der Wirtschaftsbehörde einfällt, ist eine Sperrung der Wilhelmsburger Reichsstraße für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen in der Zeit zwischen 9 und 22 Uhr.

(Andy Grote SPD: Was fällt Ihnen denn dazu ein?)

Das bedeutet nichts anderes, als dass es für nahezu den gesamten Schwerlastverkehr nicht mehr möglich wäre, die Wilhelmsburger Reichsstraße zu nutzen, und das wirft verschiedene Fragen auf.

Erste Frage: Weiß denn die Wirtschaftsbehörde wirklich nicht, dass die Wilhelmsburger Reichsstraße für den Güter- und Personenkraftverkehr eine der wichtigsten Nord-Süd-Achsen ist, über die circa 7000 Schwerlasttransporte und 53 000 Pkws pro Tag rollen?

Zweite Frage: Weiß die Wirtschaftsbehörde nicht, dass die Wilhelmsburger Reichsstraße damit für die Hamburger Hafenvirtschaft und das Verkehrsgewerbe eine der wichtigsten Routen überhaupt ist?

Dritte Frage: Hat sich die Wirtschaftsbehörde noch nicht damit beschäftigt, dass bereits heute dem Hamburger Hafen nach Expertenschätzungen allein wegen der Stau- und Verkehrssituation jedes Jahr 500 000 Container im Umschlag verlorengehen?

(Andy Grote SPD: Wissen Sie, was nächstes Jahr stattfindet?)

Vierte Frage: Ist der Wirtschaftsbehörde wirklich nicht bekannt, dass durch die Instandsetzung der Köhlbrandbrücke mit weiteren Staus und Verkehrsbeeinträchtigungen zu rechnen ist?

Antwort: offenbar nicht, denn dann hätte die Wirtschaftsbehörde schon längst ein integriertes und mit den Beteiligten abgestimmtes Verkehrs- und Parkraumkonzept für die igs vorgelegt. Aber Fehlanzeige. Da kann es wirklich nicht verwundern, wenn, verehrter Herr Senator Horch, Ihre Behörde immer mehr zu einer Behörde für Wirtschaft, Stau und Ankündigungen mutiert.

(Beifall bei der FDP – Andy Grote SPD: Das war ja ein Knaller!)

Wir halten eine nahezu vollständige Sperrung der Wilhelmsburger Reichsstraße für den Schwerlast-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

verkehr als isolierte Einzelmaßnahme für den falschen Weg. Warum?

Erstens: Die Sperrung führt nicht zu Verkehrsvermeidung, sondern nur zu Verkehrsverlagerung. Das bedeutet zunächst einmal mehr Verkehr, mehr Lärm und mehr Emissionen für die Anwohner. Ob Umleitung oder Ersatzrouten erwogen werden, darüber schweigt sich die Behörde aus.

Zweitens: Die negativen wirtschaftlichen Folgen für die Hafenvirtschaft und das Transportgewerbe liegen auf der Hand – noch mehr Stau, noch längere Fahrzeiten und noch höhere Kosten. Und eine konkrete Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, also eine Abwägung der negativen wirtschaftlichen Effekte durch die Sperrung einerseits und mögliche positive Effekte durch die Besucherströme andererseits – erneut Fehlanzeige.

Drittens: Auch für den Lärmschutz ist äußerst wenig gewonnen, das Resultat ist mager. Während durch die geplante Aufbringung von offenporigem Asphalt und einem Tempolimit auf 50 Stundenkilometer eine Reduzierung von 8 bis 10 Dezibel erreicht wird, bringt die vorgesehene Sperrung und das Fahrverbot gerade einmal eine weitere Reduzierung von 2 Dezibel. Das sind nicht unsere eigenen Zahlen, Herr Horch, das sind die Zahlen Ihrer Behörde.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir brauchen keine untaugliche Einzelmaßnahme, sondern ein abgestimmtes Verkehrs- und Parkraumkonzept. Und weil sich die Wirtschaftsbehörde damit in Verzug befindet, hat die FDP-Fraktion diesen Antrag, den wir heute vorliegen haben und debattieren, in die Bürgerschaft eingebracht. Und siehe, nun ist auch die SPD-Fraktion aus dem Winterschlaf erwacht. Ich gehe davon aus, dass unser Antrag Sie geweckt hat. Nur einen Tag vor der Bürgerschaftssitzung bringt die SPD-Fraktion einen Antrag ein, der wesentliche Teile des FDP-Antrags abkuppert. Insbesondere der Ansatz, die geplante Sperrung der Wilhelmsburger Reichsstraße für den Schwerlastverkehr zu überdenken, war ein Vorschlag der FDP. So gilt für den SPD-Änderungsantrag zunächst – besser spät als nie, vor allem aber auch deshalb, weil der SPD-Antrag zugleich eine schallende Ohrfeige für die Wirtschaftsbehörde ist, deren Versäumnisse in der Verkehrspolitik erneut Anlass und Gegenstand einer Debatte in der Bürgerschaft sind.

Meine Damen und Herren! Dem Antrag der SPD fehlen wichtige Aspekte. Eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung soll demnach nicht erfolgen. Wir meinen, dass der Senat in der Pflicht steht, endlich Klarheit zu schaffen und auch Zahlen und Fakten zu nennen, mit welchen Mehrkosten die Betroffenen zu rechnen haben.

(Zurufe von der FDP: Oh, oh!)

Uns ist auch ein weiteres Aufschieben der Verkehrsplanung bis Ende Mai zu spät.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Gern.

Zwischenfrage von Heike Sudmann DIE LINKE: Herr Kluth, ich weiß nicht, wer wen geweckt hat, aber was halten Sie denn davon, dass die Spediteure heute laut eines Artikels in "Der Welt" gesagt haben, sie könnten sich durchaus eine Sperrung der Wilhelmsburger Reichsstraße vorstellen von 13 Uhr bis 22 Uhr wochentags und am Wochenende ganztägig?

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP (fortfahrend): Vielen Dank, Frau Sudmann. Dazu zwei Anmerkungen. Erste Anmerkung: Ich freue mich, dass ich zumindest Sie geweckt habe.

(Beifall bei der FDP – *Heike Sudmann* DIE LINKE: Ich war wach, Vorsicht!)

Zweite Anmerkung: Ich bin Ihnen fast dankbar, dass Sie diesen Punkt ansprechen. In der Tat meldet "Die Welt" das heute. Wir haben sofort nachgefragt und die Verbände und auch die Handelskammer befragt, ob es solche Vorschläge gibt. Die Überraschung der Verbände und der Handelskammer über diesen Vorschlag, den sie heute in "Der Welt" lesen durften, war genauso groß wie unsere Überraschung.

(Beifall bei der FDP – *Andy Grote* SPD: Was, "Die Welt" hat falsch berichtet?)

Zur Abstimmung: Wir halten unseren Antrag aufrecht und werden den SPD-Änderungsantrag ablehnen. Zumindest wünschen wir uns eine Behandlung des Antrags im Wirtschafts- und auch im Verkehrsausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Kluth. – Das Wort hat Herr Hakverdi.

Metin Hakverdi SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Zurück zur Sachlichkeit, denn die Sache ist zu wichtig. Bevor ich auf Ihren Antrag im Einzelnen eingehe, frage ich, um was es hier eigentlich, politisch betrachtet, geht, wenn wir schon einmal die großen Fragen zu diesem Thema stellen wollen? Wir haben eine Großveranstaltung, im Prinzip sogar zwei, nämlich nicht nur die internationale Gartenschau, sondern

(Metin Hakverdi)

auch die Internationale Bauausstellung nächstes Jahr. Wir haben gleichzeitig große Verkehre, die sowieso durch Wilhelmsburg laufen. Dann gibt es noch einmal extra große Verkehre, weil hoffentlich über 3 Millionen Besucher zur IBA und zur IGS insgesamt nach Wilhelmsburg kommen. Und wir haben dort ansässige Unternehmen, die auch ihre eigenen Interessen haben.

Diesen verschiedenen Problemlagen müssen wir nun gerecht werden und eine angemessene Lösung finden. Mit Verlaub, Ihr Antrag ist kein Beitrag zur Lösung. Er wäre es aber eventuell gewesen, wenn Sie neun Monate früher damit gekommen wären. Sie sind einfach zu spät, liebe FDP, und deswegen ist der Antrag heute praktisch nichts mehr wert.

(Finn-Ole Ritter FDP: Warum denn, begründen Sie das doch mal! – Robert Bläsing FDP: Und deshalb hat die SPD heute einen fast identischen Antrag eingebracht?)

Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll, die Problemlage ist ein bisschen komplizierter. Ich beginne einmal mit der CDU und schlage dann den Bogen zur FDP.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Na super!)

– Herr Hesse, Sie kommen auch noch einmal dran, es ist doch aus Ihrer Fraktion gekommen.

Die CDU hat den glorreichen Vorschlag gehabt, eine Vollsperrung der Reichsstraße zur IBA und zur IGS vorzunehmen. Herr Hesse, Sie werden wahrscheinlich gleich kein Wort mehr dazu sagen, ich wünsche es Ihnen. Dann hätten wir natürlich ganz andere Probleme, und ich weiß nicht, wer dann wirtschaftsnaher ist, die FDP oder die CDU oder keine von beiden.

Tatsache ist, dass wir die einzigen sind, die es geschafft haben, das Gespräch mit den Beteiligten vor Ort zu suchen und sie überhaupt ins Boot zu holen. Daran sind bisher alle Vorgängersenate gescheitert. Es ist schlichtweg falsch, wenn Sie sagen, dass geplant sei, dass die Reichsstraße lediglich von 9 bis 22 Uhr zu sperren oder zu ähnlichen Uhrzeiten. Das ist natürlich vollkommener Quatsch. Wenn Sie das so verkürzt sagen, ist es falsch, und ich hoffe, dass Sie es nicht absichtlich falsch gesagt haben, sondern einfach nur schlecht informiert sind.

(Beifall bei der SPD)

Es sind zum ersten Mal Gespräche geführt worden unter der Leitung von Staatsrat Rieckhof im Wilhelmsburger Bürgerhaus im Herbst letzten Jahres.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Gespräche schon, aber Ergebnisse fehlen!)

Dass dort natürlich unterschiedliche Interessen vertreten wurden von den Anwohnern, den Organisatoren der IBA und der IGS und auch von der Wirt-

schaft vor Ort, liegt in der Natur der Sache. Ohne jede Ausnahme sagten alle Wirtschaftsvertreter vor Ort, dass sie vollkommen überrascht seien und zum ersten Mal davon hörten. Sie fragten, warum keiner auf sie zugekommen sei, nicht heute, sondern im Herbst letzten Jahres.

Die Vorgängerregierung ist vielleicht überrascht gewesen, dass es 2013 eine IBA und eine IGS gibt. Vielleicht ist sie auch überrascht gewesen, dass man keine Verlagerung der Reichsstraße bis dann erreicht, da bin ich ganz bei Ihnen. Aber diese Tatsache war für Leute, die schnell denken, vor drei Jahren klar, für die, die ganz langsam unterwegs sind, vor eineinhalb Jahren. Insofern müssen wir wieder einmal den Scherbenhaufen zusammenfügen, den die Vorgängerregierung uns hinterlassen hat.

(Antje Möller GAL: Kommt auch noch mal ein Argument?)

– Das Argument kommt doch noch. Es gibt verschiedene Argumente von unterschiedlichen Seiten.

DIE LINKE kann sich jetzt einen weißen Fuß machen, die GAL nicht. Das Amt V, die Verkehrsbehörde, war in der letzten Legislaturperiode unter Ihrer Leitung. Sie haben es nicht geschafft, ein Gespräch mit der Wirtschaft vor Ort zu erreichen.

(Anja Hajduk GAL: Lächerlich!)

Jetzt ist es zum ersten Mal gelungen. Was wir heute in "Der Welt" lesen, ist ein ganz klarer Beleg dafür, wie die unterschiedlichen Interessen gegeneinander abgewogen werden.

(Zuruf von Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP)

– Hören Sie einmal einen Augenblick zu, Herr Kluth, Sie können sich gleich wieder melden.

Dieser Artikel in "Der Welt" zeigt, dass die Wirtschaft vor Ort um jede Stunde kämpft, die diese Straße weiter offen ist, um 9 Uhr, 10 Uhr oder 11 Uhr Sperrung, das ist deren Interesse. Die IGS kämpft um jede Stunde, die diese Straße früher gesperrt werden soll. Und die Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger haben erstens ein Interesse daran, dass die IBA und die IGS ein Erfolg werden, nicht nur für Hamburg, sondern auch für Wilhelmsburg, und zweitens, dass die Belastungen nicht größer werden.

Wenn Sie sich ein bisschen mit den Details beschäftigt hätten, dann wüssten Sie auch, dass dort viel, viel größere Dinge in Planung und auch schon beschlossen sind. Deswegen kommt Ihr Antrag auch leider zu spät. Die parallele Straße zur Reichsstraße ist die Georg-Wilhelm-Straße, dazu parallel verläuft die Schmidts Breite. Die Verlängerung der Schmidts Breite zum Pollhornbogen – wir haben doch einige Verkehrsexperten von der GAL, die sich vielleicht noch äußern wollen – ist eine

(Metin Hakverdi)

Forderung, die im Stadtteil gefühlte 100 Jahre alt ist, aber tatsächlich ist sie erst 15 Jahre alt.

Irgendwann gab es einmal eine Regierung mit FDP-Beteiligung, da hätten Sie sich dessen annehmen können. Das war eine Forderung nur der Wirtschaft vor Ort, und daran sind Sie schon einmal gescheitert. Das einzig Positive an dieser unterschiedlichen Gefechtslage zwischen den drei unterschiedlichen Interessengruppen ist, dass wir jetzt eine Lösung finden können, die für die IBA- und die igs-Dauer funktioniert. Man versinkt dann nicht im Verkehr, aber gleichzeitig werden diese Ausstellungen ein Erfolg. Wenn wir es richtig gut machen – und das werden wir –, dann werden wir dort Lösungen finden, die auch über die IBA und igs hinaus einen Beitrag dazu leisten, dass es mit dem Verkehr besser funktioniert.

Schauen Sie sich genau die Ecke Pollhornbogen/Schmidts Breite an, Herr Kluth, dann werden Sie mir recht geben müssen, dass dies wegweisende Projekte sind, die den Verkehr vor Ort tatsächlich verbessern. Das bleibt bei Ihnen völlig unerwähnt, weil es Ihnen nur auf billige Polemik ankommt.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Ganz im Gegensatz zu Ihnen!)

Meine Damen und Herren! Wir lehnen den FDP-Antrag ab – ich zitiere –:

"Der Senat wird aufgefordert, [...] eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu den unter Punkt 1. geforderten Planungen und den darin genannten Einzelmaßnahmen anzustellen. Dabei sind insbesondere die voraussichtlichen Mehrkosten, die den Betroffenen, insbesondere der Hafenvirtschaft sowie den Logistik- und Fuhrunternehmen, durch temporäre Verkehrsbeschränkungen anlässlich der igs entstehen [...] und die durch diese Maßnahmen erwarteten Mehrerlöse der igs 2013 gegenüberzustellen."

Für einen wissenschaftlichen Diskurs mag dies interessant sein, für praktische Politik ist es ungeeignet, und es ist viel zu spät, liebe FDP.

Wir lehnen den Antrag ab. Wir beantragen, dass uns der Senat im Mai informiert, was bei diesen Beteiligungsprozessen herauskommt. Ich werde nicht so tun, als würde ich die Stimmen in Wilhelmsburg von der Wirtschaft und der igs nicht aufnehmen und einfach blind irgendeiner Partei folgen. Wir werden die Gespräche weiterhin suchen. Wir werden dafür vor Ort gelobt ohne Ende.

(Heiterkeit bei der FDP – Christiane Schneider DIE LINKE: Ich höre die Gesänge bis hierher!)

– Machen Sie sich lustig darüber, wenn man auf Bürger zugeht und mit ihnen spricht. Das ist offensichtlich Ihr Defizit in dieser Frage.

Wir werden dafür gelobt, dass wir überhaupt das Gespräch suchen, obwohl so viele unterschiedliche Interessen aufeinandertreffen. Das ist keine einfache Situation. Und authentische Politik besteht auch darin zu sagen, dass man mit allen drei Beteiligten einen Kompromiss sucht. Das ist uns jetzt schon bei der Moderation gelungen, und es wird uns vom Ziel her erst recht gelingen.

Sie wollen es heute schon besser wissen, nämlich dass der Stau in Hamburg überall bestünde und dann käme noch die igs hinzu.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Der Senat hat nichts vorgelegt!)

Wollen Sie, dass das Projekt IBA/igs ein Erfolg für Hamburg wird? Ja oder nein? Wir schaufeln Millionen Euro von öffentlichen Geldern in dieses Projekt. Wir wollen, dass es über die Stadt hinaus auch einen Beitrag für das Standing der Stadt leistet. Und Sie kommen jetzt mit Ihren nicht einmal halb informierten Anträgen vor Ort, um uns ins Bockshorn zu jagen und einen wissenschaftlichen Diskurs über Nutzen und Kosten zu führen. Das ist vollkommen an der Realität vorbei.

Ich freue mich auf den Beitrag der CDU-Fraktion und hoffe, Sie nehmen davon Abstand, die Wilhelmsburger Reichsstraße ganz zu sperren, denn dann werden Sie die FDP wirklich voll auf Zinne bringen. Ich hoffe, dass wir in dieser Frage ein bisschen weg von der Polemik kommen und zu praktischen Lösungen vor Ort. Es ist dort schwer genug, alles unter einen Hut zu bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Hakverdi. – Das Wort hat Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Hakverdi, ich habe selten hier vorn so viel Unsinn gehört wie den, den Sie verbreitet haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn Sie tatsächlich so überzeugt sind, dass die SPD vor Ort alles richtig macht, dass der FDP-Antrag so schlecht ist, warum lehnen Sie dann den FDP-Antrag nicht einfach ab und sagen: Klappe zu, Affe tot, das war's. Aber das tun Sie nicht. Stattdessen schreiben Sie den FDP-Antrag ab und bringen einen nahezu wortgleichen Antrag ins Parlament ein und misstrauen mit diesem Antrag Ihrem eigenen Senat, indem Sie vom Senat fordern, er möge doch bitte alles offenlegen, was gerade gemacht wird. Das ist alles andere als schlüssig, das ist purer Unsinn, was wir eben von Ihnen gehört haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

(Klaus-Peter Hesse)

Wir reden hier auch nicht über einen Scherbenhaufen,

(Metin Hakverdi SPD: Die Reichsstraße ist nicht verlegt!)

lieber Kollege Hakverdi, wie Sie das eben dargestellt haben, sondern über zwei tolle Projekte. Wir reden über die IBA und über die igs, zwei Projekte, die von der CDU in den vergangenen Jahren maßgeblich vorangebracht worden sind, weil wir überzeugt sind, dass es Projekte mit Strahlkraft für unsere Stadt sind, weil es Projekte sind, die den Stadtteil Wilhelmsburg im Jahr 2013 kräftig aufwerten werden, weil es Projekte sind, die zu unserer Stadt passen. Deswegen stand die CDU-Fraktion hinter diesen Projekten, deswegen steht die CDU-Fraktion auch jetzt hinter den Projekten, und die CDU-Fraktion wird auch in Zukunft hinter diesen Projekten stehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir stehen auch zur Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße.

(Metin Hakverdi SPD: Wann?)

Es war gerade die Koalition zwischen CDU/CSU und FDP in Berlin, die für finanzielle Unterfütterung gesorgt hat. Nächstes Jahr ist Baubeginn für die Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße. Wir sind weiterhin überzeugt – ich denke, das eint uns auch mit den Kollegen von den Grünen –, dass der Beteiligungsprozess, den wir in Bewegung gesetzt haben, die Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zur Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße, vollkommen richtig war. Bis zum Regierungswechsel hat es diesen Beteiligungsprozess gegeben.

(Metin Hakverdi SPD: Ha!)

Bis zum Regierungswechsel haben wir mit den Menschen vor Ort gesprochen,

(Metin Hakverdi SPD: Ach, die sagen aber was anderes!)

weil wir sowohl zu den beiden Großprojekten stehen wie auch zur Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße. Jetzt Legendenbildungen zu betreiben, lieber Kollege Hakverdi, ist total daneben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Kluth, ich habe mich trotzdem gewundert, warum die FDP-Fraktion einen Antrag zu diesen Punkten gestellt hat. Nach Ansicht der CDU-Fraktion hätten Sie die von Ihnen aufgeworfenen Fragen auch in einer Großen Anfrage stellen können. Für uns ist das, was die zuständige Fachbehörde macht, eine Selbstverständlichkeit. Das, was Sie in Ihrem Antrag fordern, erwarten wir eigentlich. Das wäre die Fortsetzung dessen, was Schwarz-Grün in der vorigen Legislaturperiode gemacht hat. Das sind für uns Selbstverständlichkeiten. Es gibt keinen Zweifel bei uns, so wie er bei Ihnen eben deut-

lich wurde und auch im Antrag der SPD-Fraktion, dass die Fachbehörde auf dem richtigen Weg ist. Ich frage in dieser Debatte vielmehr, warum die SPD-Fraktion ihrem eigenen Senat nicht traut. Gutes Regieren heißt doch – und das sagt auch der Bürgermeister immer wieder gern –, den Bürger vor Ort einzubinden, das Parlament zu informieren.

(Metin Hakverdi SPD: Hat er doch!)

Ich habe gar keine Zweifel daran, dass dieser Senator uns alle im Verkehrsausschuss rechtzeitig über seine Verkehrskonzeption informieren wird. Ich habe gar keine Zweifel, dass er zu uns kommen würde, wenn wir ihn um Auskunft über den Sachstand bitten, wie die Gespräche mit der Wirtschaft laufen, wie es mit der Einbindung der Menschen aussieht. Ich habe diese Zweifel nicht, aber die SPD-Fraktion schreibt heute in ihrem Antrag:

"Eine transparente Darstellung und Diskussion unterschiedlicher Varianten der Verkehrsführung in der Öffentlichkeit ist bei einer derart umfangreichen Maßnahme unabdingbar. Die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner wie auch die zahlreichen Unternehmen vor Ort beteiligen sich bereits heute schon vielfach an der Diskussion [man höre] um die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße wie auch um die temporären Verkehrsführungen während der igs. Die Betroffenen vor Ort sind frühzeitig und umfassend über die geplanten Maßnahmen zu informieren und in den Diskussionsprozess einzubeziehen."

(Dirk Kienscherf SPD: Wir kennen unseren Antrag!)

Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, lieber Kollege Hakverdi. Warum schreiben Sie das Ihrem eigenen Senat ins Stammbuch? Trauen Sie Ihrem Senator nicht?

(Beifall bei der CDU)

Warum steht in Ihrem Antrag und in Ihrer Pressemitteilung, lieber Kollege, dass die SPD-Fraktion ein transparentes Verfahren zur Verkehrsführung fordert.

"Der Senat wird ersucht, [...] ein transparentes Verfahren sicherzustellen, welches die betroffenen Unternehmen wie auch die Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger frühzeitig und umfassend über die während der igs 2013 geplante Verkehrslenkung informiert."

Für uns sind das Selbstverständlichkeiten. Wenn Sie aber hier einen Antrag einbringen, dann bringen Sie Ihrem Senat nicht dieses Zutrauen entgegen,

(Dirk Kienscherf SPD: Blödsinn!)

(Klaus-Peter Hesse)

wie wir es als CDU-Fraktion tun. Lieber Herr Senator Horch, wer so eine misstrauische Regierungsfraktion zur Unterstützung hat, der braucht keine Opposition. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Jan Quast SPD*: Die haben wir ja auch nicht!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Hesse. – Das Wort hat Herr Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hakverdi, Sie haben es uns ein bisschen schwer gemacht, denn in dem Antrag steht natürlich kein Satz, den wir würden ablehnen können. Das Handeln des Senats transparent zu machen ist sicher ein Anliegen, das wir, ob selbstverständlich oder nicht, nicht ablehnen würden. Deshalb haben wir uns auch in den Vorberatungen darauf festgelegt, Ihrem Antrag zuzustimmen und den etwas fehlgeleiteten Antrag der FDP abzulehnen. Herr Hesse, wenn Sie in diesen Antrag ein Misstrauen hineinlesen oder eine gewisse Diskrepanz zwischen dem, was Herr Hakverdi verfolgt und dem, was der Senat verfolgt, dann bedenken Sie, dass es beim Thema Wilhelmsburger Reichsstraße eine kleine Tradition gibt. Wenn es nach Herrn Hakverdi gegangen wäre, wäre mit dem Regierungswechsel sofort alles gestoppt worden, was die Verlegung der Reichsstraße betrifft. Da wurde immer opportunistisches Wischiwaschi betrieben. Der Staatsrat und der Senator in der Behörde haben ganz klar gesagt, dass es keinerlei Veränderungen an den Planungen von Schwarz-Grün gibt. Im Hinblick auf das Thema Verkehr in Wilhelmsburg gibt es bei Sozialdemokraten traditionell Unterschiede.

(Beifall bei der GAL und bei *Klaus-Peter Hesse CDU*)

Aber Anträge, die vernünftige Dinge enthalten, wo sowohl die Bürgerschaft als auch die interessierten Bürgerinnen und Bürger schlauer werden sollen, wollen wir natürlich nicht ablehnen. Aber es ist ein bisschen bedauerlich, dass die Debatte an der Frage der Schuldzuweisung hängen bleibt. Wir haben ein zu lösendes Problem, wir haben ehrgeizige Projekte, die auf der Elbinsel verwirklicht sollen, und wir sind in einer Situation, die in Hamburg natürlich öfter vorkommt und die es auch noch öfter geben wird, nämlich dass wir Nutzungskonflikte auf engem Raum miteinander in Einklang bringen müssen. Deswegen bringt es auch überhaupt nichts, eine Position wie die FDP zu vertreten, die einwendet, es könnte irgendwie unter Umständen Einschränkungen für die Wirtschaftsbetriebe im Hamburger Hafen geben. Wenn man in den Blick nimmt, was die Konsequenzen für die IBA und für die Igs wären, dann muss man natürlich zu solchen

Kompromisslösungen kommen. Ich finde die sich anbahnende Kompromisslösung vernünftig, die einerseits ein Tempolimit und andererseits ein Fahrverbot für Lkw zu bestimmten Zeiten vorschreiben würde. Das ist hochvernünftig, und es ist eine Kombination von drei Maßnahmen – offener Asphalt, Tempolimit und Fahrverbot für Lkw –, die nicht Einzelmaßnahmen sind, sondern als Gesamtkonzept eine doch sehr beachtliche Lärminderung bewirken. Eine solche Maßnahme hat sogar Vorbildcharakter für die Lösung von Konflikten an anderer Stelle. Wir haben 130 000 Haushalte in Hamburg, die von gesundheitsschädigendem Lärm betroffen sind. Deswegen macht es Sinn, darüber nachzudenken, was man konkret machen kann, um Konflikte zu lösen, ohne gleich den Verkehr zum Erliegen zu bringen. Genau das ist hier nicht zu befürchten.

Noch nicht ganz gelöst ist die Parkplatzproblematik, daran arbeitet der Senat noch. Auch da gilt es, sehr genau hinzusehen, damit Wilhelmsburg nicht mit Parkplatzzuchverkehr zuläuft. Aber auch das ist lösbar, nichts, wo man jetzt würde sagen müssen, da ist Holland in Not. Wir müssen – und ich finde es absolut richtig, was dazu gesagt wurde – diese beiden wichtigen Projekte wohlwollend unterstützen und dann pragmatisch an vernünftigen Lösungen arbeiten. Ich habe keine Sorge, dass das geschieht, aber es muss natürlich intensiv weiter diskutiert werden. Und die zusätzlichen Informationen, die uns hier gegeben werden sollen, können dabei helfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Metin Hakverdi SPD*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Steffen. – Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann DIE LINKE: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie nicht enttäuschen, denn ich habe heute schon Erstaunliches in der Debatte gehört, das nicht so sehr mit dem Thema zusammenhängt.

Erstens wird die FDP richtig radikal in der Bürgerschaft. Sie sagt, was die LINKEN schon seit Jahrzehnten sagen, dass die Springer-Presse lügt.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Nee!)

Sie haben behauptet, was "Die Welt" geschrieben habe, stimme nicht. Das finde ich schon einmal sehr interessant.

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Pure Verzweiflung!)

– Das weiß ich nicht.

Zweitens finde ich sehr interessant, dass die SPD etwas getan hat – ich will nicht von einem Wahrnehmungsdefizit sprechen –, was selbstverständlich ist. Sie hat die Verbände beteiligt, sie hat die

(Heike Sudmann)

Bürgerinnen und Bürger beteiligt und ist so froh darüber, ohne Ende gelobt zu werden, dass es einem schon richtig leid tun kann.

Drittens stelle ich fest, dass die CDU wenig Anspruch an Oppositionsarbeit hat. Wenn, wie Herr Hesse sagt, Forderungen zu stellen, was wohl jede Regierungsfraktion ab und zu mal macht, wenn das schon unsere Oppositionsarbeit ersetzen soll, wäre das nicht mein Maßstab.

Aber zurück zum Thema Verkehrskonzept. Mein erster Gedanke war: Jetzt schon reden wir darüber. Herr Hakverdi hat das auch schon einmal angesprochen. Im April 2010 hat die Linksfraktion eine Große Anfrage an den damaligen Schwarz-Grünen Senat gestellt. Unter anderem ging es darum, was passiert, wenn die Wilhelmsburger Reichsstraße nicht verlegt wird. Welche Alternativen gibt es? Die Antwort war: Keine, darüber haben wir noch nicht nachgedacht, das klappt noch alles. Heute haben wir Februar 2012, in gut einem Jahr wird die IGS eröffnet und wir reden jetzt über Parkplätze. Es gab eine Schriftliche Kleine Anfrage der GAL bezüglich der Dratelnstraße. Wir reden immer noch nicht darüber, wie wir den Pkw-Verkehr anders organisieren können. Da hoffe ich doch sehr, dass der Senat, wenn der SPD-Antrag heute voraussichtlich durchkommt, Auskunft darüber erteilt, wie die S-Bahn unter den gegebenen Umständen verstärkt wird und ob ein Bus-Shuttle eingesetzt wird. Nach meiner Erkenntnis ist bisher nicht geplant, die Eintrittskarten mit einem kostenlosen HVV-Ticket zu kombinieren. Das wäre eine unbedingt wichtige Voraussetzung und ich glaube, damit ist auch die SPD einverstanden. Ich habe noch keine Überlegungen dazu gehört, wie der Pkw-Verkehr weiträumig abgefangen werden kann, etwa durch Park and ride weiter außerhalb Harburgs oder auch in der Innenstadt.

Und was mir sehr wichtig ist – das wird wahrscheinlich in der Debatte untergehen, weil wir nicht im Stadtentwicklungsausschuss darüber reden werden –, wenn die Dratelnstraße als Parkplatz ausgewiesen wird, dann sollte sichergestellt werden, dass nach der IGS und nach der IBA in der Dratelnstraße Wohnungsbau entsteht und nicht noch mehr Gewerbebau. Das wäre auch eine Kompensation für die Bevölkerung vor Ort. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Sudmann. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/2988 und 20/3152 federführend an den Verkehrsausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu?

– Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit abgelehnt worden.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Zunächst zum Antrag der FDP-Fraktion aus der Drucksache 20/2988. Diesen möchte die Fraktion DIE LINKE ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte die Ziffern 1 bis 3 des FDP-Antrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte der Ziffer 4 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt worden.

Nun zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 20/3152.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit beschlossen worden.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 5, Drucksache 20/2262, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung – können die Sozialen Medien eine neue Rolle zwischen Senat und Bevölkerung bedeuten?

[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung – können die Sozialen Medien eine neue Rolle zwischen Senat und Bevölkerung bedeuten? – Drs 20/2262 –]

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Artus wünscht es und bekommt es.

Kersten Artus DIE LINKE.* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Manchmal ist es schwer, richtig mit den Sozialen Medien umzugehen. Vielen Menschen fehlt es an Medienkompetenz und Datensensibilität. Außerdem sind die Sozialen Medien auch ein gigantischer Markt und wer dort Geld verdienen möchte, manchmal auch auf kriminelle Weise, nutzt die Unbefangenheit vieler Nutzerinnen und Nutzer aus. Das schreckt auch ab und verunsichert. Um dieses Thema soll es heute aber nicht gehen.

Die Computerisierung und Digitalisierung unserer Gesellschaft haben das Kommunikationsverhalten verändert. Das mögen manche gut finden und andere schlecht, es ist aber so. Wer sich dem verweigert, der wird über kurz oder lang abgehängt und nicht mehr beachtet. Er nimmt sich auch die Möglichkeit der Mitgestaltung und der Einflussnahme von Sozialen Medien. 63 Prozent aller Hamburger

(Kersten Artus)

Internetnutzer und -nutzerinnen sind bei Facebook, Twitter oder Xing angemeldet.

(Arno Münster SPD: Wer ist unter den Top Ten?)

Sie sind objektiv bereit, mit dem Senat und den Behörden in Kontakt zu treten, sich auszutauschen und teilzuhaben. Die Große Anfrage "Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung – können die Sozialen Medien eine neue Rolle zwischen Senat Bevölkerung bedeuten?" zielte darauf ab abzufragen, wie die Hamburger Regierung und die Behörden sich auf das digitale Zeitalter eingestellt haben und welche Strategien hierzu entwickelt wurden. Sie war gleichzeitig ein Experiment. Online konnten Interessierte an den Fragen mitstricken, der Entwurf wurde auf einer öffentlichen Veranstaltung kritisch bewertet und diskutiert. Wir haben daraus viel gelernt, zum Beispiel, dass vielen Menschen das Instrument der Senatsanfragen überhaupt nicht bewusst ist, aber auch, dass es weniger Arbeit als befürchtet war, dieses Projekt durchzuführen. Eine Studie des Instituts für Public Relations aus dem Jahr 2011, auch SWAI-Studie genannt, stellt den Regierungen in Bund und Ländern in puncto Soziale Medien ein äußerst mieses Zeugnis aus. Das zeigt sich schon am Titel, der lautet: "Deutsche Regierungen im Social Web: Bitte, bitte kein Dialog!". Danach stellen Reaktionen auf Nutzerinnen- und Nutzerkommentare und Dialogangebote die absolute Ausnahme dar. Bei 87 Prozent der Social-Web-Angebote wird nie auf Kommentare reagiert. Die Sozialen Medien werden derzeit vielmehr bespielt wie klassische Massenmedien oder lediglich als Verlautbarungsorgane benutzt. Ein weiteres Problem, so die Studie, ist, dass zu einem Drittel tote Accounts von offiziellen Stellen im Internet herumliegen. Sie sind da, werden aber nicht genutzt. Ein weiteres Problem sind ungepflegte Seiten und Links. Da findet man zum Beispiel alte Stellungnahmen und Fotos von nicht mehr auf ihren damaligen Positionen vorhandenen Personen oder uralte Filme auf YouTube.

Es sind drei zentrale Anforderungen, die an Auftritte im Social Web gestellt werden: Aktualität, Einbindung der Nutzerinnen und Nutzer und die Personalisierung, denn niemand möchte mit einer Institution kommunizieren, es werden Menschen gewünscht.

Wie geht der Hamburger Senat nun bislang mit den Sozialen Medien um? Die Details dazu sind in der Großen Anfrage nachzulesen und, ich denke, auch vollständig aufgelistet. Problematisch ist, dass es kein übergreifendes systematisches Monitoring von Social-Media-Aktivitäten gibt. Dies gibt der Senat in den Antworten auf die Große Anfrage auch zu. Das fehlende Monitoring führt aus Sicht der Linksfraktion dazu,

(Arno Münster SPD: LINKE heißt das!)

dass die Behörden nebeneinander herwerkeln. Es ist nicht klar, wer koordinierend tätig wird. Das Amt für Medien, das Personalamt oder aber die Behörde für Wirtschaft, Innovation und Medien? Solange hier Klarheit fehlt, kann auch keine vernünftige Strategie für einen aktiven und erfolgreichen Bürgerinnen- und Bürgerdialog entwickelt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist noch nicht einmal definiert, welche Portale warum genutzt werden und warum gegebenenfalls nicht. Der Senat müsste auch dringend definieren, ob und welche politischen Inhalte gepostet werden. Es kann doch nicht sein, dass sie weiterhin in der Kommunikation innerhalb der Sozialen Medien völlig fehlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Unklar sind auch die Zielgruppen, die erreicht werden sollen. Wann sollen Touristinnen und Touristen erreicht werden, wann Investorinnen und Investoren? Wann ist ein Bürgerinnen- und Bürgerdialog gewollt? Die Facebookseite Hamburg hat aktuell mehr als 580 000 Fans. Allein seit Start der Großen Anfrage sind mehr als 30 000 Fans dazugekommen. Doch wie wird dieses Potenzial genutzt? Es gäbe aktuell viele gute Möglichkeiten, über Soziale Medien mit den Menschen in den Dialog zu kommen, diverse Stadtentwicklungsprojekte zum Beispiel, etwa das gigantische Vorhaben Neue Mitte Altona, oder nehmen Sie unsere Städtepartnerschaften. Die sind doch zum Teil auch deshalb eingeschlafen, weil die Hamburgerinnen und Hamburger überhaupt nicht aktiv einbezogen werden.

Worin liegt aus Sicht der Linksfraktion ein weiteres zentrales Problem? Das ist die Tatsache, dass der ehemalige Senat ein wichtiges Instrument für einen systematischen, professionellen und menschenorientierten Dialog teilprivatisiert hat. hamburg.de ist ein PPP-Projekt, ein Gemeinschaftsunternehmen der Axel Springer AG, der HSH Nordbank, der Hamburger Sparkasse, der Sparkasse Harburg-Buxtehude und eben der Freien und Hansestadt Hamburg. DIE LINKE fordert nach wie vor: Unser Stadtportal gehört wieder zurück in öffentliche Hand.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer Bürgerinnen- und Bürgerdialog nicht unter Profitgesichtspunkten sehen will, wer den Kommerz und den Konsum hintenanstellt und stattdessen Demokratie und Transparenz an erster Stelle definiert, muss einem der größten und aggressivsten Meinungsfabriken des Landes die Möglichkeit nehmen, die Kommunikationsstrukturen der Stadt zu beeinflussen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wäre ein sehr wichtiger Schritt, um die demokratischen Möglichkeiten der Sozialen Medien zu

(Kersten Artus)

nutzen, zu gestalten und zu beeinflussen. Es warten viele Projekte darauf, im Dialog mit den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Stadt in Angriff genommen zu werden – Bürgerhaushalte, Stadtentwicklung, Verkehrsplanung, um nur einige zu nennen.

Des Weiteren fordern wir den Senat auf, eine Social-Media-Strategie zu entwickeln und zu systematisieren. Die verschiedenen Aktivitäten, die es in den Behörden und Ämtern bereits gibt, müssen zusammengeführt werden. Die Antworten auf die Große Anfrage haben deutlich gemacht, wo die Schwachstellen liegen. Es liegt nun an Ihnen, diese zu beheben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Artus. – Das Wort hat Herr Schmidt.

Hansjörg Schmidt SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mehr als 50 Millionen Deutsche verfügen mittlerweile über einen Internetzugang, 76 Prozent der deutschen Onliner gehen täglich ins Netz. Damit ist die Reichweite des Internets mittlerweile vergleichbar mit der des Fernsehens. Schon vor 50 Jahren sprach der Medientheoretiker Marshall McLuhan von der Welt als Global Village. Mittlerweile haben sich viele in diesem Dorf gemütlich eingerichtet und bestellen dort ihre Felder. Neben den reinen Nutzerzahlen spielt es aber eine große Rolle, womit die Nutzer – und die Nutzerinnen, Frau Sudmann –

(Heike Sudmann DIE LINKE: Danke!)

ihre Zeit im Internet verbringen. Hierüber liefert eine Studie der Forschungsgruppe Wahlen Erkenntnisse. Fast die Hälfte der Nutzer ruft regelmäßig politische Inhalte ab. Insgesamt lässt sich feststellen, dass das deutschsprachige Internet politischer geworden ist. Das Internet, und hier im Besonderen die Sozialen Medien, ermöglichen ganz andere Formen der Kommunikation und insbesondere auch neue Beteiligungsformen. Mit den Sozialen Medien wurde das alte Sender-Empfänger-Paradigma aufgehoben. Jetzt sind wir alle Sender und Empfänger zugleich. Ich könnte jetzt mein iPhone herausholen und diese Sitzung filmen. Das darf ich nicht, weil die Geschäftsordnung das nicht zulässt,

(Doris Müller SPD: Hausordnung!)

deswegen lasse ich das lieber, aber grundsätzlich muss man sehen, dass es viele neue Möglichkeiten gibt. Wer aber glaubt, es reicht, einfach nur ein paar Nachrichten ins Internet zu blasen, ein paar nette Profile auf den sozialen Plattformen einzurichten, der wird von den Internetnutzern nicht ernst genommen und wird scheitern.

(Beifall bei der SPD)

Wie aus den Antworten auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE hervorgeht, hat der Senat dies erkannt. Das Netz ist zu volatil, als dass man hier mit einer starren Strategie arbeiten könnte. Der Einsatz von Social Media bleibt auf absehbare Zeit "work in progress". Die Finanzbehörde hat mit den Social Media Guidelines eine deutschlandweit vielbeachtete Handlungsempfehlung für die Mitarbeiter der Stadt herausgegeben. Das ist ein Best-practice-Beispiel, das deutlich über die Stadtgrenzen hinausweist. Die gesamten Aktivitäten werden nun in der Senatskanzlei gebündelt. Hier zeigt sich auch, dass die Entscheidung von Bürgermeister Olaf Scholz, das Amt in die Senatskanzlei zurückzuholen, richtig war. Der hier vorhandene Sachverstand kann so seine Synergieeffekte viel besser ausspielen. Die Angebote an Schulungen zeigen, dass rechtzeitig auf Trends und neue Plattformen reagiert wurde. Anzuerkennen ist auch die Erkenntnis, dass Social Media zur Nachwuchskräftegewinnung sehr gut geeignet ist. Ich kenne aus eigener Erfahrung Firmen, bei denen diese Erkenntnis noch nicht durchgedrungen ist. Da muss sich Hamburg nicht verstecken.

(Beifall bei der SPD)

Wie schwierig der Einsatz von Social Media manchmal ist, zeigt die Diskussion um den Facebook-Auftritt der Polizei Hannover. Im Spannungsfeld von Information, Aufklärung und Datenschutz drohte dieses beispielhafte Projekt beinahe zu scheitern. In Hamburg hatten wir die Diskussion um die sogenannte Hamburg-WG; die Einzelheiten sind der Presse bekannt. Wenn wir aber wollen, dass Stadt und Verwaltung neue Wege gehen, dann müssen wir auch Experimente erlauben, und Experimente können manchmal auch scheitern. Deswegen sollte nicht jeder missglückte Versuch gleich zu einer Staatsaffäre hochgeschaukelt werden, sondern hinterfragt werden, welche Lehren daraus gezogen wurden. Dies gilt insbesondere für die Bürgerbeteiligung über das Internet. Hamburg hat hier mittlerweile auch einen weiten Weg hinter sich gebracht. Ich kenne die Verfahren zur Uni-Verlagerung, die Diskussion um die Living-Bridge, ebenso zeigen zivilgesellschaftliche Akteure wie NEXTHAMBURG, welches Potenzial gerade in der Beteiligung an der Stadtentwicklung liegt. Diesen Weg sollten wir weiter positiv unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Artus hat eben die Social-Media-Aktivitäten von Regierungen angesprochen. In einer anderen Schriftlichen Kleinen Anfrage von Ihnen haben Sie die Nutzung der Sozialen Netzwerke durch die Senatsmitglieder abgefragt. Lassen Sie mich hierzu auch ein paar Anmerkungen machen. Die Nutzung Sozialer Medien für die Kommunikation ist auf dieser Ebene immer eine individuelle Entscheidung. Wenn es glaubwürdig sein soll, dann muss es

(Hansjörg Schmidt)

auch von der Person gewollt sein. Deswegen sollte man es auch akzeptieren, wenn sich jemand dagegen entscheidet. Man muss nicht auf allen Hochzeiten mittanzen, lieber einige wenige Dinge richtig machen als alles falsch.

(Beifall bei der SPD und bei *Cansu Özdemir DIE LINKE*)

Beliebt sind auch Charts und Hitparaden. Die Anzahl von Followern oder das Abzählen der Fans bei Facebook sagt aber noch nichts über die Qualität der Kommunikation aus, und mir persönlich geht das auch ziemlich auf die Nerven.

(Beifall bei der SPD)

Dass man Social Media auch nutzen kann, ohne unbedingt bei Facebook, Twitter und Co. aktiv zu sein, zeigt Senator Neumann, der seit Jahren den direkten Bürgerkontakt über sein Webblog sucht, und die Kommentare zeigen, dass dies gern angenommen wird. Vielleicht kann Herr Neumann einmal seine Senatskollegen in die Geheimnisse einweihen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Hamburg auf einem guten Weg ist. Die Antwort auf die Große Anfrage liefert eine gute Bilanz. In diesem Sinne – man liest sich im Internet.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Schmidt. – Das Wort hat Herr Wankum.

Andreas C. Wankum CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einsatz der sogenannten Sozialen Medien zwischen Senat und den einzelnen Behörden und Bürgern oder innerhalb der einzelnen Behörden ist ein Thema, das uns heute sicher nicht zum letzten Mal beschäftigt. Nicht zuletzt durch die herausragende Präsenz Hamburgs auf dem Kongress "neue Verwaltung" bereits im Mai vergangenen Jahres hat sich gezeigt, dass sich auch die alten Senate in Hamburg auf dieses Zukunftsthema rechtzeitig und gut und führend vorbereitet haben. Die Sozialen Medien stellen uns immer wieder vor neue Herausforderungen, vor neue Chancen, beinhalten aber auch Risiken, mit denen man lernen muss umzugehen und sie zu nutzen.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Umso wichtiger erscheint es mir, hier noch einmal zu betonen, dass das Thema der Vermittlung von Medienkompetenz nunmehr auch konkret umgesetzt werden muss. Gestern hat Familienministerin Christina Schröder auf ihrer Pressekonferenz anlässlich des gestrigen "Safer Internet Day 2012 – Aktionstag für mehr Sicherheit im Netz" berechtigterweise darauf noch einmal konkret hingewiesen. Es darf in Hamburg nicht dabei bleiben, dass

wir hier als einen der ersten Anträge in dieser Legislaturperiode das Thema Medienführerschein und mehr Vermittlung von Medienkompetenz beschlossen haben, und dann bis heute, jedenfalls für mich erkennbar, nichts mehr passiert.

(Beifall bei der CDU)

Noch weniger darf es zur Streichung von Mitteln für die Vermittlung von Medienkompetenz, zum Beispiel bei der Medienanstalt Hamburg und Schleswig Holstein, kommen.

Das Thema Soziale Medien wird in der Antwort des Senats richtigerweise englisch mit "work in progress" beschrieben. Das stimmt und es ist, wenn man sich dessen annimmt und es einsetzt, ein Weg, den man gehen kann und bei dem auf der anderen Seite Gelder frei werden. Es eignet sich – um mit dem Lieblingssatz des Senats im Englischen zu bleiben – ideal für "pay as you go".

Der Einsatz von Sozialen Medien darf kein Selbstzweck sein, sondern hat in erster Linie den Menschen zu dienen. Gerade im Bereich der sogenannten Sozialen Medien sehen wir in der Anwendung oft, dass sie zu unsozialen Verhaltensweisen führen und dass sich das Benutzen von Facebook und Twitter die Menschen oftmals von der Realität verabschieden lässt. Gerade gestern ist eine Studie der Universität Chicago veröffentlicht worden, die darauf hinweist, dass es Menschen gibt, die eine größere Abhängigkeit von der Nutzung Sozialer Medien aufweisen, als sich dieses bei Suchtverhalten in Bezug auf Alkohol und Drogen darstellt. Allzu oft beinhaltet das häufige Nutzen Sozialer Medien die Verabschiedung von der realen Welt und das Hineintauchen in eine virtuelle.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihen Sie, Herr Wankum. Der Lautstärkepegel zeigt, dass es ein Bedürfnis nach Kommunikation gibt, nicht nur im Netz, sondern offenbar auch hier ganz persönlich mit dem direkten Nachbarn oder Gesprächspartner. Es wäre aber schön, wenn Sie das entweder nach draußen verlagern oder so weit wie möglich eindämmen könnten. – Herr Wankum, bitte fahren Sie fort.

Andreas C. Wankum CDU (fortfahrend): Danke sehr, Frau Präsidentin.

Auch weisen Studien nach, dass gerade führende Manager und leitende Beamte die Nutzung Sozialer Medien ablehnen. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die daraus folgen, sollte der Senat in Zukunft auch beim Einsatz Sozialer Medien sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene berücksichtigen. In der Antwort wird zum Ausdruck gebracht, dass man best practice, um wieder so einen Anglizismus zu benutzen, studiert, von Coburg über Moers bis Schleswig und Braunschweig. Nichts ge-

(Andreas C. Wankum)

gen diese Städte, aber führend ist man in dieser Hinsicht im Ausland und dahin sollte man schauen.

Die ausführliche Antwort des Senats zeigt aber auch, dass wir bei diesem Thema erst am Anfang stehen. Es macht derzeit wenig Sinn, dieses Thema noch einmal an einen Ausschuss zu überweisen. Vielmehr sollten wir uns hier im Plenum vornehmen, es in einem Jahr wieder zu diskutieren.

Wichtig erscheint mir, dass die in der Antwort angesprochene optionale Schulung von Mitarbeitern in eine Pflichtschulung umgewandelt wird, denn ich habe neulich den Anruf eines Bürgers gehabt, der im Internet versucht hat, mit Behörden zu kommunizieren, und kein Feedback bekommen hat, dann aber bei telefonischer Nachfrage die Antwort bekam: Sie glauben doch wohl nicht, dass wir regelmäßig in unseren E-Mail-Account schauen.

Die Neuen Medien können auch gerade im Bereich der Bürgerinitiativen eine wichtige Rolle spielen. Sie können objektiv Sachverhalte vermitteln, bei denen zum Beispiel Bürgerinitiativen, die Partikularinteressen vertreten, falsch informieren. Was aber, sehr geehrte Frau Kollegin Artus, die Vermittlung von politischen Inhalten anbelangt, da finde ich richtig, was der Senat zum Ausdruck bringt: Politische Inhalte und Parteipropaganda gehören nicht auf eine Behördenseite und auch nicht auf eine Senatsseite. Diese politische Arbeit im Internet haben wir, die Parteien und die Abgeordneten, zu erfüllen. Wichtig erscheint mir, dass der Senat auf dem bereits von den Vorgängersensaten eingeschlagenen Weg weiter vorangeht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun der Abgeordnete Müller.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Durch die Große Anfrage der LINKEN schlagen wir heute in der Bürgerschaft eine kleine Brücke zu den Unternehmen Facebook, Google und Xing, die sich mit Sozialen Medien als ihrem Geschäftszweck in dieser Stadt niedergelassen haben. Es ist mehr als angemessen, dass wir das Thema hier einmal zur Sprache bringen, inwieweit eigentlich die Politik – und nicht private Personen – auf diese Instrumente zugreifen kann und wenn ja, zu welchem Zweck. Wir haben durch die Antwort des Senats lernen können, dass vier Behörden sich mit diesem Thema beschäftigen. Es war nicht so richtig erkennbar, ob es da eine führende Behörde gibt, offenbar arbeiten sie alle parallel. Man kann sich vorstellen, dass es die Senatskanzlei mit der Pressestelle ist, die Finanzbehörde in Sachen E-Government, die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, und auch das Personalamt spielt da noch eine Rolle. Das hat mir gezeigt, dass es so recht kein Konzept gibt, wohin es nun gehen soll. Das laste ich jetzt nicht zwingend

dem aktuellen Senat an, denn es hätte auch schon früher passieren können. Soziale Medien gibt es nicht erst seit einem Jahr, aber ich fand, Kollege Schmidt, Ihre Rede ein bisschen langweilig senatstragend.

(Beifall bei der GAL und bei *Katharina Wolff CDU*)

Da hätten Sie ein bisschen mehr Leben hineinbringen können, denn wir wissen alle, dass Sie dazu mehr zu sagen wissen. Das war schade, aber es verändern sich manchmal die Sichtweisen, wenn man in die Regierung kommt.

Herr Schmidt hat auch gesagt – und da weiß ich nicht, ob es wirklich seine Meinung ist oder nur die übliche Verteidigung eines Regierungsabgeordneten –, wir bräuchten kein Senatskonzept. Das sehe ich anders.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das ist klar!)

– Das ist überhaupt nicht klar. Manchmal gibt es auch nichts, was man koordinieren sollte, aber in dieser Frage geht es um Grundsatzdinge.

Hier geht es um einen neuen Kanal der Kommunikation, und das Einzige, was der Senat herausgebracht hat, ist diese Guideline, die nur davon strotzt, was die Mitarbeiter der Verwaltung auf keinen Fall dürfen, was sie alles beachten müssen und dass sie es am liebsten gar nicht nutzen sollten, denn es könnte irgendwie schiefgehen. Man wisse nicht, ob sie unterscheiden könnten, ob sie als private Menschen die Social-Media-Angebote nutzten oder als Beamte, und da gebe es die ganzen Pflichten zur Verschwiegenheit, die ausführlich in Paragraphen dargelegt wurden, als wenn das die Beamten nicht alle schon wüssten. Es ist also eher eine abwehrende Guideline nach dem Motto: Vorsicht, da droht Gefahr. Allein schon diese Guideline zeigt, dass es eines politischen Konzeptes bedarf, wie eine moderne Regierung mit den Sozialen Medien umgeht, zumal wir uns in Hamburg immer gerne rühmen, doch die Internetstadt zu sein. Und vielleicht war das auch der Grund, warum bedeutende Unternehmen wie Facebook und Google sich in Hamburg angesiedelt haben.

Dann haben wir in der Antwort des Senats noch einmal lesen dürfen, was eigentlich die Rolle von hamburg.de ist. Auch da teile ich das Unwohlsein, dass die Bespielung des Facebook-Profiles der Stadt Hamburg in den Händen von hamburg.de liegt. Es wurde uns zwar mitgeteilt, dass darüber keine Politik vermittelt würde, aber das kann uns nicht beruhigen, weil wir das offizielle Profil der Freien und Hansestadt Hamburg nicht in private Hände geben sollten.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Ich bin aber anderer Meinung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, dass hamburg.de nicht durchaus von einem privaten Betrei-

(Farid Müller)

ber geführt werden kann, denn wir hatten die Situation, dass es in der Hand der Stadt war, und damals hatten wir ein schlechtes hamburg.de. Ich bin nicht einverstanden gewesen mit der Entscheidung des CDU-Senats, hamburg.de mehrheitlich an den Springer-Verlag zu verkaufen, weil dies die Medienkonzentration in dieser Stadt nur verstärkt hat, und zwar in die negative Richtung, zumal der Springer-Konzern es der Stadt Hamburg nicht gedankt hat. Drei Wochen nach dieser Verkaufentscheidung hat der Springer-Verlag entschieden, "Bild online" nach Berlin zu verlegen. Das war eine schallende Ohrfeige für die Freie und Hansestadt Hamburg.

Aber abseits dieser Frage finde ich es nicht richtig, dass wir das Facebook-Profil mit über einer halben Million Hamburgerinnen und Hamburgern einem Privaten übergeben. Darüber muss noch einmal nachgedacht werden, das ist keine gute Lösung. Wir haben allen Grund, dieses Pfund, mit dem wir an so viele Bürgerinnen und Bürger herankommen, auch als Stadt hoheitlich zu nutzen. Es mag sein, dass wir zurzeit die Kapazitäten nicht haben, vielleicht auch kein Konzept, was wir damit anfangen sollen, aber das ist kein Grund, es nicht in Zukunft in Angriff zu nehmen, denn es ist, da gebe ich den Kolleginnen und Kollegen der LINKEN recht, durchaus eine Möglichkeit der Bürgerbeteiligung, nicht der Entscheidung, aber der Beteiligung und der Information. Natürlich bedarf es dafür dann schon einer Idee, was die einzelnen Senatsbehörden mit so einem Pfund der Beteiligung anfangen können. Wir haben durch die Antwort mitbekommen, dass es mit der Frage des Anfangens schwierig ist, was wir denn nun mit den Bürgern machen. Jetzt könnten wir mit ihnen kommunizieren, aber lieber tun wir es nicht, und antworten tun wir auch nicht.

Fazit ist: Wir brauchen ein Konzept, wie der Umgang mit Sozialen Medien seitens der Stadt Hamburg aussehen soll. Was wir nicht brauchen, ist ein Guideline, der nur vor Warnungen strotzt: Vorsicht, da ist Internet, da ist Gefahr, lieber nicht nutzen. Das ist einer Stadt, die sich Internethauptstadt nennt, nicht würdig. – Danke.

(Beifall bei der GAL und bei *Ralf Niedmers* und *Katharina Wolff*, beide CDU)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat Frau Suding das Wort.

Katja Suding FDP: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die LINKEN haben sich einen sehr staatstragenden Titel für ihre Große Anfrage überlegt: Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung – können die Sozialen Medien eine neue Rolle zwischen Senat und Bevölkerung bedeuten? Weniger staatstragend sind allerdings die Antworten des Senats auf die gestellten Fragen, und überr-

schende Erkenntnisse bleiben dabei tatsächlich weitgehend aus. Grundsätzlich, das haben wir hier auch schon gehört, ist Hamburg auf dem Gebiet der Sozialen Medien gut aufgestellt: mehr als 580 000 Fans bei Facebook und 15 000 sogenannte Follower bei Twitter. Damit liegt Hamburg hinter Berlin auf einem guten zweiten Platz, was die Reichweite der verschiedenen Kanäle angeht. Allerdings sagen die Zahlen wenig über die vielen in Hamburg teilweise noch ungenutzten Möglichkeiten aus, die Social Media eigentlich bietet. Während die digitalen Kommunikationswege im privaten und beruflichen Umfeld in fast allen Bereichen Einzug gehalten haben, ist das Potenzial für den lebendigen und schnellen Austausch zwischen Bürger und Behörde in Hamburg kaum über das Anfangsstadium hinausgegangen. Im Wesentlichen werden die bestehenden und auch erfolgreichen Angebote, wir haben es gehört, durch die hamburg.de GmbH & Co. KG redaktionell betreut, an der die Stadt mit 20 Prozent beteiligt ist. Eine professionelle Betreuung erscheint notwendig, wenn die Angebote erfolgreich sein sollen. Allerdings kann man den betreuten Kanälen die kommerzielle Ausrichtung sicherlich nicht absprechen, und daher stellen solche Kanäle auch keinen direkten Draht in die Behörden dar.

Die durchaus positive Resonanz auf die Angebote der Stadt darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch vor der Hamburger Verwaltung noch eine ganze Menge Arbeit liegt. Trotz steigender Investitionen und zunehmender Nutzung werden die Potenziale nämlich bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Social Media ist bei einem großen Teil der Behörden noch immer kein wichtiges Thema. Als Gründe nennt die Studie "Social Media Governance 2011", durchgeführt von der Universität Leipzig, der Fink & Fuchs Public Relations AG und dem Magazin "pressesprecher", einmal den hohen Aufwand mit 76 Prozent und zum anderen den potenziellen Kontrollverlust mit knapp 55 Prozent.

Ich möchte aber noch auf einen anderen Aspekt eingehen, auf den meine Vorredner bisher wenig eingegangen sind.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihung. – Meine Damen und Herren! Frau Suding kündigt gerade einen neuen Aspekt an. Vielleicht ist das ein bisschen mehr zuhörens-wert.

(Heiterkeit bei der GAL und der LINKEN)

Katja Suding FDP (fortfahrend): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Jetzt kommt der neue Aspekt, meine Damen und Herren. In Behörden, politischen Institutionen und Verbänden ist das Kompetenzniveau signifikant niedriger als in Unternehmen und Non-profit-Organisationen, das ist bemerkenswert. Obwohl seit Jahren über den durch Social

(Katja Suding)

Media bedingten Strukturwandel der Öffentlichkeitsarbeit diskutiert wird, haben insgesamt doch weniger als 50 Prozent der Befragten überhaupt einschlägige Trainings besucht. Das zeigen auch die Zahlen in der Großen Anfrage. In den letzten drei Jahren sind lediglich 145 Teilnehmer – aus allen Behörden zusammen, wohlgemerkt – in den verschiedenen Belangen auf diesem Gebiet weitergebildet worden. Um die Chancen von Social Media aber überhaupt nutzen zu können, muss man die Möglichkeiten auch kennen. Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass die jährliche Zahl der Teilnehmer bei den entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen in den letzten Jahren gestiegen ist. Im Bereich der E-Partizipation beispielsweise aber kann die Zahl der geschulten Teilnehmer, das waren nämlich nur 24, kaum befriedigen. Und dass einige Behörden, insbesondere die Kulturbehörde, im vergangenen Jahr nicht einen einzigen Mitarbeiter auf diesem Gebiet weiterbilden ließ, kommt einem Rückschritt gleich. Nur die kontinuierliche Weiterentwicklung der Kommunikationswege garantiert eine zielgruppengenaue Ansprache der Bürger Hamburgs, und das geht eben nur mit entsprechend geschulten Mitarbeitern.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Genau darum muss es doch letztendlich gehen. Social Media ist kein Selbstzweck, Social Media bietet Möglichkeiten für die Verwaltung.

(Glocke)

Und jetzt kommt noch ein neuer Aspekt.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und bei Dirk Kienscherf SPD)

Social Media bietet nämlich die Möglichkeit, die Verwaltung effizienter und vor allen Dingen bürger näher zu gestalten.

(Dr. Till Steffen GAL: Das ist ja ganz neu!)

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, einmal die Finanzbehörde zu loben. In den meisten Fällen gibt es dazu keinen Anlass, aber das Konzept der Online-Kfz-Zulassung hat meiner Auffassung nach ganz zu Recht den Publikumspreis des letztjährigen E-Government-Wettbewerbs gewonnen.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Preisverleihung sagte Finanzstaatsrat Lattmann im letzten September etwas Bemerkenswertes:

"Die Verwaltung redet nicht nur über die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger, sie handelt auch danach. Der Nutzen für die Menschen steht für uns im Vordergrund."

Herr Lattmann, die Aussage ist wahrscheinlich der Euphorie über den Preis für dieses spezielle Projekt geschuldet, denn der Realität hält sie leider noch nicht in Gänze stand.

Der Fokus muss nicht darauf liegen, jedem Trend in der Informations- und Kommunikationstechnologie hinterherzulaufen,

(Dirk Kienscherf SPD: Den Trend selber zu setzen!)

es muss darum gehen, die Qualität im E-Government abzusichern. Um die Akzeptanz zu steigern, muss deshalb auch die IT-Sicherheit in allen Bereichen eine viel größere Rolle spielen.

(Dr. Till Steffen GAL: Das ist ja ein ganz neuer Aspekt!)

Für die Nutzer müssen elektronische Verwaltungsangebote nicht nur vielfältig und bequem, sondern auch zuverlässig und sicher sein. Der kürzlich veröffentlichte "eGovernment MONITOR 2011" zeigt sehr eindrucksvoll, dass Online-Beteiligungsmöglichkeiten von den Bürgerinnen und Bürgern mehrheitlich geschätzt werden. Er zeigt allerdings auch, dass E-Government umso erfolgreicher ist, je intensiver die richtigen Akteure eingebunden sind und über Verwaltungsgrenzen hinweg zusammenarbeiten.

Deshalb mein Appell: Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass noch mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Chancen und Möglichkeiten erkennen, die Social Media und E-Government ihnen und auch den Bürgern bieten. Deswegen beantragt die FDP-Fraktion die Überweisung der Großen Anfrage an den Haushaltsausschuss, damit sich dort der Unterausschuss Personalwirtschaft und öffentlicher Dienst mit dem Thema beschäftigen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat noch einmal Frau Artus das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Erst einmal möchte ich mich bei allen Rednerinnen und Rednern für die Debatte zu unserer Großen Anfrage bedanken. Ich fand da einige Sachen sehr wohl hilfreich. Herr Wankum, ich stimme Ihnen zu, dass wir uns in einem Jahr wieder mit dem Thema beschäftigen und schauen sollten, was der Senat nun aus der Großen Anfrage gemacht hat. Wir haben deswegen auch unsere Überweisung an den Verfassungs- und Bezirksausschuss zurückgezogen, und wir würden auch einer Überweisung an den Haushaltsausschuss nicht mehr zustimmen.

Frau Suding, nachdem ich Ihre Rede gehört habe, glaube ich, dass Sie Soziale Medien vor allen Dingen unter dem Aspekt des Einsparens im öffentlichen Dienst sehen,

(Katja Suding FDP: Da haben Sie ja was gegen!)

(Kersten Artus)

und diesen Weg möchten wir ungern mitgehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbstverständlich kann es zu mehr Effizienz führen, aber erst einmal sollten die Inhalte und die Strategie im Vordergrund stehen, und dann kann man in einem zweiten Schritt sehen, wo es möglicherweise Synergien und Einsparungen bringt.

Lassen Sie mich noch auf ein paar Aspekte eingehen, die in der Debatte zur Sprache kamen. Hier möchte ich die Beiträge des Kollegen Schmidt und des Kollegen Wankum noch einmal kurz in Erinnerung rufen. Es ist sehr wohl ein Problem, dass Soziale Medien nicht beim Amt für Medien gebündelt sind, sondern dass die verschiedenen Bereiche in den Ämtern und Behörden nebenher laufen; Herr Müller hat das benannt. Ich sehe da die Bündelung nicht, zumindest habe ich es nicht aus der Großen Anfrage herausgelesen. Das Problem sind auch nicht missglückte Versuche, wo man sagen muss, shit happens, das hätte besser laufen müssen. Das geht an dieser Sache, die wir mit der Großen Anfrage verfolgt haben, vorbei. Es geht ebenso auch nicht darum, wie sich die Senatorinnen und Senatoren im Internet präsentieren und welche Accounts sie haben. Das war nicht Zielrichtung unserer Großen Anfrage, das habe ich in einer vorherigen Schriftlichen Kleinen Anfrage einmal abgefragt. Da würde ich höchstens die Frage stellen, wie unsere politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten befähigt werden, sich auch im Netz zu bewegen, aber ansonsten stimme ich Ihnen natürlich zu, dass das jeder für sich selbst entscheiden muss. Wir wollten abfragen – und ich persönlich fand den Begriff gar nicht so staatstragend –, wie Senat und Behörden mit den Sozialen Medien umgehen.

Herr Wankum, eines noch: Politische Inhalte mit Parteipropaganda gleichzusetzen, fand ich sehr zugespitzt. Denken Sie noch einmal darüber nach, ob das Ihr Verständnis von Politik ist, denn dann wäre alles, was die CDU-Senate in den letzten Jahren gemacht haben, entweder keine Politik oder ausschließlich Parteipropaganda. Ein bisschen schräg fand ich das schon.

(Beifall bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Ich möchte noch einmal kurz auf Sinn und Zweck unserer Großen Anfrage zurückkommen, damit das auch allen in Erinnerung bleibt.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Frau Artus hat gesagt, dass sie noch einmal kurz darauf zurückkommen möchte. Vielleicht können wir noch einen Moment zuhören.

Kersten Artus DIE LINKE (fortfahrend): Ich möchte hierzu noch eine weitere aktuelle Studie heranziehen, die vom forsa-Institut in Auftrag gegeben wurde, "Soziale Netzwerke: Was Bürger von der Verwaltung erwarten", und zwei Aspekte aus der Zusammenfassung zitieren. Es ist ein bundesweites Monitoring gewesen und insofern erspart es dem Senat nicht, ein hamburgbezogenes Monitoring durchzuführen, aber zwei Zahlen sollten Sie in Ihren wohlverdienten Feierabend mitnehmen:

"Eine deutliche Mehrheit von 71 % der Bundesbürger ..."

– das steht hier so, deswegen genere ich das jetzt nicht –

"... erwartet, dass die Zufriedenheit mit der öffentlichen Verwaltung stiege, wenn es für die Bürgerinnen und Bürger mehr Möglichkeiten als heute gäbe, [...] mit Behörden und Ämtern in Kontakt zu treten."

Der zweite Aspekt:

"Mit den bestehenden Kontaktmöglichkeiten zu Ämtern und Behörden via Internet sind jedoch lediglich 29 % aller Befragten zufrieden."

Diese Zahlen sollten genug Anlass geben, daran zu arbeiten. Ich bin skeptisch, ob wir auf einem guten Weg sind, aber wir werden in einem Jahr nachfragen, Herr Wankum, und dann führen wir die Debatte hier fort. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Das Überweisungsbegehren der LINKEN ist zurückgezogen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/2262 an den Haushaltsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren mit den Stimmen der CDU- und SPD-Fraktion abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Punkt 58, Drucksache 20/3017, Interfraktioneller Antrag: St. Petersburg – Hamburgs Partnerstadt muss Menschenrechte achten.

**[Interfraktioneller Antrag:
St. Petersburg – Hamburgs Partnerstadt muss
Menschenrechte achten
– Drs 20/3017 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Kühn, Sie haben es.

Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Leider ist unser Interfraktioneller Antrag tagesaktueller, als es uns sicherlich bei diesem Thema lieb ist, denn vor wenigen Stunden hat parallel zu unserer Sitzung das Stadtparlament von St. Petersburg in zweiter Lesung den Gesetzantrag wiederum bestätigt, der ein Stück weit die Grundlage dafür bildet, warum wir heute dieses Thema interfraktionell zur Debatte angemeldet haben. Traurigerweise geht Russland – St. Petersburg als zweitgrößte Stadt der Russischen Föderation ist hier keine Ausnahme in den letzten Jahren, vor allem auch in den letzten Monaten – bei allen positiven Anzeichen aber doch in beängstigender Art und Weise und sehr fragwürdigen Schritten gegen diverse Minderheiten vor. Nicht nur, dass wir in Russland eine Diskussion über Ausländer haben, sondern wir haben dort beispielsweise auch eine Diskussion über sexuelle Minderheiten.

Mit dem vorliegenden Antrag wollen sich alle Fraktionen hier im Hause gemeinsam gegen einen Gesetzentwurf wenden, der eine ganz perfide Form angenommen hat, indem man nämlich beispielsweise Homosexualität mit Pädophilie gleichsetzen will. Das ist ein Unding, und die gesamte Hamburgische Bürgerschaft muss sich gegen ein solches Vorhaben aussprechen.

(Beifall bei der SPD, der GAL, der FDP, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Hier werden Dinge vermengt, die nicht zusammengehören, und es wird ein billiger Versuch unternommen, sexuelle Orientierung wieder zu stigmatisieren und vor allem – das ist das Entscheidende und dagegen muss sich dieses Haus entschieden wehren – sexuelle Identität zu kriminalisieren.

(Beifall bei der SPD, der GAL, der FDP, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Ohne Frage steht die Freie und Hansestadt Hamburg hier in einer besonderen Verantwortung, eben auch deshalb, weil St. Petersburg seit 1957 Partnerstadt von Hamburg ist. Insofern ist es besonders wichtig, dass wir heute als Hamburger Stadtparlament ein deutliches Zeichen gegen diese Art von Politik aussenden.

Ohne Frage ist es leider ein Stück weit Systematik autokratischer Systeme, dass sie versuchen, über Ausgrenzung und Stigmatisierung quasi ein Gemeinschaftsgefühl entstehen zu lassen, das natürlich ein trügerisches, falsches und rückwärtsgerichtetes ist und das auf keinen Fall eines ist, das in eine moderne zukünftige Gesellschaft führen kann. Die Russische Föderation ist Mitglied im Europarat und sie hat sich mit dieser Mitgliedschaft im Europarat zu Grundsätzen bekannt. Diese Grundsätze einzufordern, sind unser gemeinsames Anliegen und unser gemeinsamer Auftrag. Dafür

möchte ich mich auch an dieser Stelle vorab bedanken.

(Beifall bei der SPD und bei *Robert Bläsing FDP*)

Worum handelt es sich nun aber konkret? Um es vielleicht einmal plastisch zu machen, es geht unter anderem darum, dass, wenn zum Beispiel ein schwuler Mann mit einer Regenbogenfahne durch Moskau oder St. Petersburg läuft, dies dann schon kriminalisiert werden kann und er dafür rechtlich belangt werden kann. Das ist eine Form von Bevormundung und da wird auch ein Gesellschaftsbild deutlich, das wir kritisieren müssen und gegen das wir uns stemmen müssen. Insofern bin ich wirklich sehr nachhaltig dankbar, dass es uns hoffentlich heute gelingt, mit den Stimmen aller Mitglieder dieses Hauses ein deutliches Zeichen dagegen zu setzen.

Ohne Frage – das lassen Sie mich bitte zum Schluss noch sagen – muss gegen Pädophilie mit aller Härte des Gesetzes, aber auch mit allen therapeutischen Möglichkeiten, die wir haben, vorgegangen werden. Natürlich hat hier niemand die Absicht, in irgendeiner Art und Weise Pädophilen und ihrer sexuellen Störung oder Krankheit, wie immer man es nennen will, Vorschub leisten zu wollen. Deshalb ist es umso wichtiger, hier noch einmal ganz klar darzulegen, dass Homosexualität in keiner Weise irgendetwas mit Pädophilie zu tun hat, und gegen diese unsittliche Gleichsetzung müssen wir uns wirklich entschieden wehren.

(Beifall bei der SPD, der FDP, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Insofern danke ich allen Fraktionen, dass wir es geschafft haben, gemeinsam hier mit einem Antrag heute in diese Debatte zu gehen.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch den Hinweis, das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich erwähnen, dass die Justizsenatorin sich bereits Anfang Dezember, als die erste Lesung in St. Petersburg stattgefunden hat, mit einem sehr eindringlichen und deutlichen Brief an die dortige Stadtregierung gewendet hat. Die Justizsenatorin kann heute nicht hier sein. Sie hätte sich gerne an der Debatte beteiligt, aber sie sitzt im Vermittlungsausschuss; auch das ist eine wichtige Aufgabe, das ist entschuldbar. Aber sie begrüßt es, wenn wir diesen Antrag interfraktionell so beschließen. In diesem Sinne herzlichen Dank, dass Sie hoffentlich alle dieses Anliegen teilen, und ich freue mich auf die noch folgenden Wortbeiträge meiner Kollegen. – Vielen Dank.

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Heintze.

Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag

(Roland Heintze)

steht in einer sehr guten Tradition in diesem Hause. Wir haben uns immer auch als Bürgerschaft, und dabei haben wir uns nicht nur auf den Senat verlassen, mit unseren Partnerstädten intensiv auseinandergesetzt und einen konstruktiven Dialog geführt. Dieses beinhaltet auch – und das ist Dialog –, dass wir klar Stellung beziehen, wenn Entwicklungen in eine Richtung gehen, die mit unserem Grundverständnis und unserem Werteverständnis, die dieser Partnerschaft zugrunde liegen, nichts zu tun hat. Das tut der St. Petersburger Antrag in einer klaren und deutlichen Form, und die CDU-Fraktion kritisiert diesen ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU)

Wir unterstützen den Senat, der gegenüber St. Petersburg bereits eindeutig Position bezogen und gesagt hat, dass das Vorgehen des Stadtparlaments bedenklich ist. Wir sollten nicht in die Details von Gesetzen einsteigen und diese gegenseitig in den jeweils anderen Parlamenten diskutieren, sondern wir sollten, wie es der Antrag auch zum Ausdruck bringt, verdeutlichen, dass es nicht sein kann, dass Intoleranz und Ausgrenzung aus populistischen Gründen – wir dürfen nicht vergessen, dass dort Wahlkampf ist – genutzt werden, um auf Kosten von Minderheiten Punkte im Wahlkampf zu machen. Dem stellen wir uns als Freie und Hansestadt Hamburg entgegen, egal wo dies auf der Welt passiert. Dieses Signal sollte von dem Antrag ausgehen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der LINKEN und vereinzelt bei der GAL und der FDP)

Mein Vorredner hat darauf hingewiesen, dass wir seit 1957 eine sehr gute Städtepartnerschaft und einen regen Austausch mit St. Petersburg führen. In den Neunzigerjahren hat es in Russland entscheidende Fortschritte bei der Bewertung von Homosexualität und Bisexualität gegeben, und Russland hat als Staat gute Schritte für ein anderes Grund- und Werteverständnis getan, was für unsere Partnerschaft wichtig war. Umso schlimmer und erschreckender ist es, dass dieser Weg jetzt aufgrund kurzfristiger Wahlerfolge verlassen wird. Es fällt uns schwer, nichts dazu zu sagen, wie sich das Parlament in St. Petersburg – zumindest die große Mehrheit – verhält, sondern wir werden das klar artikulieren. In Freundschaften und Städtepartnerschaften muss es nicht immer harmonisch zugehen, sondern man muss auch klare Worte sprechen. Das tut die Bürgerschaft mit diesem Antrag. Ich bin mir sicher, dass das in St. Petersburg auch so ankommt. Es geht nicht an, dass Homosexualität, Bisexualität und Transgenderismus kriminalisiert werden und in einer Rhetorik, die menschenverachtend ist, auf Kosten einer Minderheit Wahlkampf gemacht wird. Dem müssen wir uns klar entgegenstellen; das tun wir mit diesem Antrag. Deswegen stimmt die CDU-Fraktion dem selbstverständlich zu.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Dann hat das Wort Frau Fegebank.

Katharina Fegebank GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich schließe mich meinen beiden Vorrednern an, dass das einstimmige Votum bezüglich des Gesetzentwurfs, der, wie Herr Kühn eben ausführte, tatsächlich heute in zweiter Lesung das Stadtparlament in St. Petersburg passiert hat, von uns geächtet und kritisiert wird. Wir stellen uns mit der ganzen Kraft dieses Hauses gegen eine solche Politik der Diskriminierung und der Aufhebung der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit. Dieses Signal geht heute vom Parlament aus, und ich wünsche mir – das ist gleichzeitig ein Appell an die Präsidentin –, dass dieser Antrag übersetzt und der Duma, dem Stadtparlament in St. Petersburg, zugeleitet wird, damit diese Debatte und dieser Antrag nicht verpuffen und in der Parlamentsdatenbank abgeheftet werden, sondern dass wir damit der Debatte im Parlament in St. Petersburg – vor allem auch in Unterstützung der Zivilgesellschaft vor Ort – Nahrung geben und ein klares Zeichen setzen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD, der CDU und der FDP)

Uns hat nicht nur erreicht, wie Herr Kühn und Herr Heintze ausführten, dass der Entwurf heute vermutlich wahltaktischen Erwägungen folgend als Drohkulisse in zweiter Lesung das Parlament passiert hat, sondern dass der Vorsitzende des russischen Netzwerkes für Schwule, Lesben, Transgender und Bisexuelle nach wie vor in Haft ist, dass er nach den Protestaktionen in den vergangenen Wochen und Monaten inhaftiert wurde. Das sollte für uns ein Signal sein, die Städtepartnerschaft mit St. Petersburg wieder stärker politisch zu nutzen. Es ist auch Aufgabe für uns im Europaausschuss, der sich in der nächsten Sitzung mit der Fortschreibung des Memorandums beschäftigen wird, auf genau diese Aspekte hinzuwirken, dass keine Fortschreibung des Memorandums mit St. Petersburg zustande kommt, wenn dort nicht ausdrücklich die Achtung von Minderheitenrechten erwähnt wird.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Herr Kühn, Herr Heintze und ich gehen davon aus, dass sich auch die folgenden Rednerinnen und Redner dem anschließen werden, dass sich in den letzten Jahrzehnten eine lebendige Städtepartnerschaft entwickelt hat, aus der viele Freundschaften entstanden sind, aber dass es auch unsere Aufgabe ist, immer wieder Missstände und Diskriminierungen anzuprangern und schwierige politische Entwicklungen zu benennen. Das ist unsere Aufgabe als Parlamentarier, und deshalb hoffe ich,

(Katharina Fegebank)

dass in der Fortschreibung des Memorandums nicht nur Minderheitenrechte stärker fixiert werden, sondern dass es uns auch gelingt, alle Aspekte der Städtepartnerschaft auf unterschiedlichen Ebenen in Einbindung der zivilgesellschaftlichen Kräfte zu manifestieren. Da erhoffe ich mir natürlich die Unterstützung aller Fraktionen im Parlament, noch einmal ganz klar nach außen gerichtet gegen jede Form der Diskriminierung, Einschränkung der Meinungsfreiheit und Einschränkung der Versammlungsfreiheit Stellung zu beziehen, die ausgehend von dem Gesetzentwurf dort oppositionelle Kräfte und Minderheiten stark in ihren Rechten eingeschränkt hat. Wir zeigen heute mit einem starken, einstimmigen Signal, dass wir das ächten. Das sollte die Botschaft sein, die wir nach St. Petersburg senden, und nicht diesen Antrag hier im Parlament versenden lassen, sondern übersetzen und dem dortigen Präsidenten zukommen lassen, dass wir aufmerksam und wachsam die dortigen Entwicklungen zivilgesellschaftlicher wie menschenrechtlicher Art im Blick haben. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL, der SPD, der CDU und vereinzelt bei der FDP und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Ich darf noch anfügen, dass uns mit St. Petersburg nicht nur eine Städtepartnerschaft verbindet, sondern auch eine Parlamentspartnerschaft mit der Gesetzgebenden Versammlung. Insofern ist es auch ein Gebot der Höflichkeit, unseren Beschluss, wenn er denn hier einstimmig erfolgen sollte, den Kolleginnen und Kollegen dort zur Kenntnis zu geben.

(Beifall bei der GAL und bei *Andrea Rugbarth SPD* und *Thomas Kreuzmann CDU*)

Jetzt hat Frau Kaesbach das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist sehr begrüßenswert, dass sich die Fraktionen gemeinsam erklären und Position gegen eine solche rückwärtsgewandte und menschenverachtende Politik beziehen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD, der CDU, der GAL und der LINKEN)

Durch die Umsetzung der Gesetzinitiative, die das Stadtparlament St. Petersburg heute in zweiter Lesung beschlossen hat, werden in eklatanter Weise Bürger- und Menschenrechte verletzt. Es ist schon schlimm genug, dass bereits in anderen russischen Regionen wie zum Beispiel Rjasan und Archangelsk unter dem Deckmantel des Jugendschutzes ähnliche Gesetze existieren, die lesbische, schwule, bi- und transsexuelle Menschen diskriminieren. Dass jetzt auch noch St. Petersburg, unsere Partnerstadt und eine Stadt, die in Russland die westliche Fahne eigentlich hochhält,

diese Richtung einschlägt, dürfen wir nicht schweigend hinnehmen.

Ich bedanke mich für das Engagement der Hamburger schwulen und lesbischen Verbände, insbesondere Wolfgang Preußner, der in den letzten Wochen immer wieder aktiv den Austausch gesucht hat.

(Beifall bei der FDP, der SPD und vereinzelt bei der GAL und der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Wir müssen nicht nur in unserer Freien und Hansestadt Hamburg, sondern auch gegenüber unseren Partnerstädten konsequent für Menschenrechte eintreten. Der Schutz der Menschenrechte ist das Fundament der Freiheit und für die demokratische, wirtschaftliche sowie kulturelle Entwicklung eines Landes maßgeblich. Das Recht auf sexuelle Identität ist unverzichtbarer Bestandteil der universalen Menschenrechte. Es ist gut, dass bei diesem Thema zwischen allen Parteien Einigkeit herrscht. Mit dem Antrag wurde ein Konsens gefunden, um deutlich zu machen, dass die Hamburgische Bürgerschaft die Entwicklung in St. Petersburg mit tiefer Besorgnis beobachtet und zum Ausdruck bringt. Hoffen wir, dass unsere gemeinsame Erklärung ein spürbares Echo in St. Petersburg im Parlament und bei den Bürgern hervorruft.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Sie sollen nach dem Willen der Stadtregierung unsichtbar werden – keine Regenbogenflaggen, keine Demonstrationen, keine Paraden, keine Filme und Kulturtage mehr. Schwule, Lesben und Transpersonen müssen vermutlich bald drastische Strafen in Hamburgs Partnerstadt St. Petersburg zahlen, wenn sie ihre sexuelle Identität öffentlich machen und für die Vielfalt des Lebens werben. Dies soll mit einem völlig absurden Gesetz erreicht werden, das angeblich nur auf Minderjährige abzielt. Um Ihnen noch einmal deutlich zu machen, wie dieses Gesetz heißt, zitiere ich:

"Propaganda für Sodomie, Lesbianismus, Bisexualität und Transgenderismus unter Minderjährigen ..."

soll ebenso wie die – ich zitiere –

"... Propaganda für Pädophilie [...]"

eine Verwaltungsübertretung darstellen. Der Präsident der Stadtversammlung, Wadim Tjulpanow, wird hierzu wie folgt zitiert:

(Kersten Artus)

"Wer öffentlich die nicht traditionelle Orientierung propagiert, verstößt gegen das Gesetz."

Nachdem dieser Gesetzentwurf in erster Lesung Mitte November 2011 beschlossen wurde, hagelte es internationale Proteste. Der vorliegende interfraktionelle Antrag zeigt, dass wir ein derartiges Gesetz einmütig ablehnen. Es stellt, abgesehen von seiner lebensfremden Zielbestimmung und Scheinheiligkeit, einen klaren Verstoß selbst gegen russisches Recht dar und widerspricht der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

In St. Petersburg sind drei Lesungen erforderlich, damit ein Gesetz in Kraft tritt, und deswegen müssen wir weitere Anstrengungen unternehmen. Angeblich ist die Höhe der Geldstrafen noch nicht abschließend geklärt, sodass es bislang zu dieser Verzögerung gekommen ist. Wir vermuten jedoch, dass die vielen internationalen Reaktionen, die es bislang gab, dies bewirkt haben. Vor allem aus Österreich sind erhebliche Proteste gekommen. Graz ist neben Hamburg und 19 weiteren Städten Partnerstadt von St. Petersburg, und es ist ein gutes Zeichen, dass international so vehement reagiert wurde.

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und vereinzelt bei der SPD und der FDP)

Die Bundesrepublik Deutschland ist allerdings der wichtigste Außenhandelspartner der 4,5-Millionen-Stadt. Daher ist es dringend an der Zeit, dass sich die Hamburgische Bürgerschaft mit einer Erklärung befasst. Dass die Justiz- und Gleichstellungsministerin dies bereits Ende November getan hat, begrüßt die Linksfraktion ausdrücklich.

Noch ein Wort zu St. Petersburg, eine Stadt der großen Gegensätze. Neben 120 Universitäten, geschätzten 340 000 Studierenden, etlichen Großunternehmen und bedeutenden wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen sollen 16 000 Straßenkinder in der Stadt leben. 15 Prozent der Bevölkerung leben in Gemeinschaftswohnungen, in denen sich mehrere Familien eine Küche und ein Bad teilen und nur ein Zimmer zur Verfügung haben. Derartige soziale Probleme sind Sprengstoff. Insofern würde das neue Gesetz nach Ansicht der Linksfraktion auch dazu dienen, diese Probleme mit dem Schüren von Intoleranz und der Ausgren-

zung von Minderheiten zu überdecken. Auch deswegen erfordert das Gesetz unseren Widerstand.

Ich bedanke mich ebenfalls bei allen gleichstellungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern in der Bürgerschaft, dass dieser Antrag noch ermöglicht wurde, und hoffe, wir können in Zukunft noch etwas schneller und flexibler reagieren, wenn unsere Stimme gefragt ist. Ich bin sogar dafür, dass nicht nur unser Schreiben übersetzt wird, sondern auch unsere Reden, weil in unseren Beiträgen sehr viel deutlicher zum Ausdruck gekommen ist, was so in dem Antrag, der sehr diplomatisch formuliert ist, nicht steht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, der GAL, der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem interfraktionellen Antrag aus Drucksache 20/3017 seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so beschlossen worden.

Wir kommen zu Punkt 38, Bericht des Innenausschusses: Gewalttätige Ausschreitungen am Rande des Schweinske-Cups 2012.

[Bericht des Innenausschusses zum Thema: Gewalttätige Ausschreitung am Rande des Schweinske-Cups 2012 (Selbstbefassungsangelegenheit) – Drs 20/3019 –]

Mir ist mitgeteilt worden, dass die Fraktionen einvernehmlich auf eine Debatte verzichtet haben.

Insofern bleibt mir festzustellen, dass die Bürgerschaft von der Drucksache Kenntnis genommen hat.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Ende: 20.15 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Nikolaus Haufler und Karin Prien